

**Mitteilungen**  
**des Vereins für Geschichte der Prignitz**

**Band 2**

**Im Auftrag des Vorstandes herausgegeben**  
**von Dr. Uwe Czubatynski**

**Perleberg 2002**

Hinweis: In der elektronischen Fassung dieses Bandes fehlen gegenüber der gedruckten Ausgabe die Abbildungen auf S. 71, 81 und 100 sowie die Anzeigen auf S. 20, 60, 101, 116 und 118. Aus satztechnischen Gründen entsprechen die Seitenumbrüche *innerhalb* der Aufsätze nicht der gedruckten Fassung, die deshalb zum genauen Zitieren heranzuziehen ist.

Redaktion: Kerstin Beck, Uwe Czubatynski

Anschrift des Herausgebers:

Dr. Uwe Czubatynski, Dorfstraße 21, 19322 Rühstädt

E-mail: Uwe.Czubatynski@t-online.de

Druckerei & Verlag: Georg Grüneberg, Finkenbergstr. 6, 19309 Lenzen (Elbe)

Auflage: 200 Exemplare

## Inhaltsverzeichnis

Uwe Czubatynski: Vorwort	4
Iselin Gundermann: Die erste und die zweite Reformation in der Mark Brandenburg	6
Gundula Gahlen: Die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs während des Dreißig- jährigen Krieges	21
Ursula Röper: König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und die Heiligengraber Äbtissin Louise von Schierstedt	61
Uwe Czubatynski: Der Nachlaß Johannes Storbeck im Pfarrarchiv Glöwen	72
Berichte aus anderen Vereinen	
Sauberer Strom aus dem Storchendorf Rühstädt	82
Verein zur Förderung und Erhaltung des Klosters Heiligengrabe	84
Freunde und Förderer des Prignitz-Museums e. V.	89
Ein Arbeitsförderungsprojekt im Amt Guntow	91
Der Bürgerverein Perleberg e. V.	93
Museum Perleberg	95
Verein Landschaftspark Hoppenrade	96
Verein Gemeindehaus Lanz	98
Rezensionen	
Günther Seier: Sagen der Westprignitz	102
Brandenburgische Denkmalpflege H. 2 (2000)	104
Protokoll der Mitgliederversammlung	106
Kassenbericht für die Jahre 2000 und 2001	108
Richtlinien für Autoren	110
Bibliographie zur Geschichte der Prignitz	111
Danksagung	117
Aufnahmeantrag	119

## Vorwort

Der Verein für Geschichte der Prignitz stellt hiermit den zweiten Band seiner Mitteilungen sowohl den Mitgliedern als auch der Fachwelt zur Verfügung. Er enthält mit den Beiträgen von Frau Dr. Iselin Gundermann und Frau Dr. Ursula Roeper die beiden Vorträge, die auf der Frühjahrsexkursion des Vereins am 28. April 2001 im Kloster Heiligengrave gehalten wurden. Der Inhalt beider Aufsätze weist über die Prignitz hinaus auf die brandenburgische und preußische Geschichte. Mit der Studie von Frau Gundula Gahlen wird die Veröffentlichung einer Magisterarbeit fortgesetzt, die einen gewichtigen Beitrag zur Bevölkerungsgeschichte leistet. Ein dritter und letzter Teil dieser verdienstvollen Untersuchung soll im nächsten Band der Mitteilungen folgen.

Erfreulich ist der Umstand, daß mehrere Vereine und Institutionen Berichte über ihre Aktivitäten beigesteuert haben. An dieser Stelle sei die Bitte wiederholt, vergleichbare Texte unaufgefordert der Redaktion einzureichen. Auch wenn wir keinen repräsentativen Überblick über die zahlreichen Initiativen geben können, ist diese Rubrik doch ein wichtiger Beitrag zur gegenseitigen Information. Darüber hinaus zeigt die Bibliographie zur Geschichte der Prignitz, wie viel an wissenschaftlich oder populär orientierter Literatur über unsere Region publiziert wird.

Um die kontinuierliche Fortsetzung der Mitteilungen zu ermöglichen, wurde im vergangenen Jahr eine größere Spendenaktion ins Leben gerufen, die sich sowohl an Privatpersonen als auch an Prignitzer Unternehmen gerichtet hat. Dieser Spendenaufruf ist nicht ohne Erfolg geblieben und ein positives Zeichen dafür, daß die Arbeit des Geschichtsvereins auch über den Kreis der Mitglieder hinaus Anerkennung findet. Zu danken haben wir aber nicht nur den Spendern, sondern auch den Autoren, die ihre Manuskripte dem Verein unentgeltlich zum Abdruck überlassen haben. Nicht zu vergessen ist die ehrenamtliche Tätigkeit der Vorstandsmitglieder, ohne die ein Verein nicht bestehen könnte.

Die Jahreshauptversammlung hat mit rund 30 Teilnehmern am 27. Oktober 2001 in Perleberg stattgefunden. Es war dem Verein eine besondere Ehre, Herrn Dr. Neitmann als Direktor des Landeshauptarchivs Potsdam begrüßen zu können. Sein Plädoyer für eine engere Zusammenarbeit der Vereine und Institutionen, die sich der historischen Forschung widmen, wurde aufmerksam gehört. Konkrete Schritte in diese Richtung sind auch seitens des Vereins für Geschichte der Prignitz geplant. Ein klärendes Wort ist offenbar zu der Tatsache nötig, daß das aktuelle Faltblatt des Vereins für Geschichte der Prignitz das Perleberger Stadtwappen trägt. Dies bedeutet natürlich nicht, daß der Verein sich bevorzugt oder gar ausschließlich der Perleberger Geschichte zu widmen gedenkt. Für die Verwendung des Perleberger Wappens gab es praktische und sachliche Gründe: Gefunden werden mußte zunächst eine graphische Vorlage, die sich leicht reproduzieren läßt. Das Wappen des Landkreises Prignitz zu verwenden, wäre sachlich kaum gerechtfertigt, weil sich der heutige Landkreis bekanntlich nicht mit der Prignitz in ihrem historischen Umfang

deckt. Es wäre daher notwendig gewesen, ein Wappen neu zu erfinden und zeichnen zu lassen, das es in der Geschichte der Prignitz nie gegeben hat. Als Alternative würde sich allenfalls das Wappen des Bistums Havelberg anbieten, welches in seiner Ausdehnung freilich viel größer war als die Prignitz. Für das Perleberger Wappen spricht ferner der Umstand, daß die Stadt Perleberg der formelle Sitz des Vereins ist. Darüber hinaus hat Perleberg nicht nur als Sitz des kurfürstlichen Landgerichtes die Funktion einer „Hauptstadt“ der Prignitz wahrgenommen, wie es ähnlich für Prenzlau und die Uckermark oder Stendal und die Altmark der Fall war. Auch in der Gegenwart ist Perleberg als einzige Stadt der Prignitz Sitz eines Landkreises. Verwendet wurde auf dem genannten Faltblatt die 1927 gezeichnete Fassung des Wappens, die sich an den Entwurf von Otto Hupp anlehnt. Näheres ist in dem gründlichen Aufsatz von Dr. Paul Viereck nachzulesen, der 1964 in der Festschrift zum Perleberger Stadtjubiläum erschien.

Die Tätigkeit des Vorstands war im vergangenen Jahr vor allem darauf gerichtet, den Verein einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Durch einen intensiven Schriftverkehr wurde versucht, Kontakt zu ähnlichen Vereinen herzustellen. Ein Aufsatz über die Gründung und die Aktivitäten des Vereins erschien, abgesehen von den Meldungen in der lokalen Presse, sowohl im Jahresbericht des altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte zu Salzwedel als auch im Mitteilungsblatt der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg. Verbindung wurde ebenfalls aufgenommen zum Landkreis Ostprignitz-Ruppin, der für das Jahr 2001 bereits den 10. Jahrgang des Jahrbuches Ostprignitz-Ruppin herausgegeben hat. Eine gegenseitige Mitgliedschaft besteht seit dem Herbst 2001 mit dem Förderkreis Alte Kirchen Berlin-Brandenburg. Ein Schriftentausch ist zustande gekommen mit dem 1990 wiedergegründeten Historischen Verein der Grafschaft Ruppin, der zur Zeit (Stand vom 30. November 2000) 151 Mitglieder umfaßt und ein eigenes Mitteilungsblatt herausgibt. Gleiches gilt für den ebenfalls 1990 wiedergegründeten, außerordentlich aktiven Uckermärkischen Geschichtsverein zu Prenzlau. Dieser umfaßt 229 Mitglieder (Stand vom 16. März 2000) und gibt seit 1992 aufwendig gestaltete Mitteilungsbande heraus.

Im Unterschied zu diesen Vereinen kann der deutlich später gegründete Verein für Geschichte der Prignitz an keine Tradition anknüpfen und hat daher eine mühsame Pionierarbeit zu leisten. Besonderer Wert wurde deshalb auch auf die Präsentation des Mitteilungsbandes in der Fachwelt gelegt. Exemplare dieser Publikation wurden nicht nur in der Region verteilt, sondern auch an einschlägige Bibliotheken in Berlin, Frankfurt (Oder), Hamburg, Potsdam, Leipzig, Marburg, München, Nürnberg und Wolfenbüttel verschickt. Auf diese Weise steht die neue Zeitschrift für die Forschung an verschiedenen Standorten und auch per Fernleihe zur Verfügung.

Uwe Czubatynski

Iselin Gundermann

### **Die erste und die zweite Reformation in der Mark Brandenburg**

In der Mark Brandenburg wurde die Lehre Luthers erst 1539/40, viel später also als in vielen anderen deutschen Territorien, offiziell zugelassen. Während aber im benachbarten Kursachsen der Reformator lange der Wirkung des „reinen Wortes“ vertraut hatte und erst durch die fortschreitende Entwicklung davon überzeugt worden war, daß es zu den Aufgaben der weltlichen Obrigkeit gehörte, die Ordnung „circa sacra“ in den Kirchengemeinden zu gewährleisten und zu kontrollieren, stand das evangelische Kirchenwesen Brandenburgs von Beginn an unter der Obhut der Markgrafen, Kurfürst Joachims II. und seines Bruders Johann.

*Kurfürst Joachim I.* (1499 - 1535), ihr Vater, hatte zu den konsequenten Verteidigern der alten Kirche und ihrer Lehren gehört. Als Kaiser Karl V. unter dem Druck der Türkengefahr 1532 auf dem Regensburger Reichstag mit den Protestanten über einen „Friedstand“ verhandelte, machte unter den Gesandten eine Äußerung Joachims I. die Runde, daß er die Friedensbemühungen gern unterstützen werde, sofern sie der Rückkehr zum katholischen Glauben und den gewohnten Zeremonien und Gebräuchen diene. Sollten jedoch Zugeständnisse an die Protestanten mit ihnen verbunden sein, wolle er lieber „sein Land und Leute verlieren, sterben und verderben“. In diesem Sinne verpflichtete er 1534 seine Söhne Joachim (II.) und Johann, an der Kirche „unverändert zu bleiben“ und ließ sich ihr Versprechen durch Unterschrift unter diese „Dispositio Joachimi“ bestätigen. Trotz aller Verbote und Drohungen konnte Joachim I. das Eindringen reformatorischer Gedanken jedoch nicht verhindern. Machtlos vernahm er, daß sich seine Gemahlin Elisabeth bereits zu Ostern 1527 in der Art der Protestanten Brot *und* Kelch hatte reichen lassen und sich standhaft weigerte, von Luthers Lehre abzustehen. Daß sie sich im März 1528 auf die Flucht nach Kursachsen begab und es vorzog, um den Preis ihres Glaubens über Jahre vom Unterhalt ihrer sächsischen Verwandten abhängig zu sein, als zu den Gewohnheiten der alten Kirche zurückzukehren, dürfte Joachim tief verletzt haben. Es war ihm überdies bekannt, daß Kurprinz Joachim (II.) auf der Rückreise vom Wormser Reichstag 1521 die Verbindung zu Luther gesucht und am Gründonnerstag in Wittenberg seiner Predigt über den „Würdigen Empfang des heiligen wahren Leichnams Christi“ beigewohnt hatte. Dieser Sermon wurde noch im gleichen Jahr in zahlreichen Drucken verbreitet, von denen die meisten auf dem Titelblatt den Vermerk „in Gegenwärtigkeit des Durchlauchtigsten Hochgeborenen Fürsten und Markgrafen zu Brandenburg etc. dem Jüngeren“ trugen. Ein Treffen in Wörlitz bei den Fürsten von Anhalt und spätere Briefwechsel mit dem Reformator folgten, darunter ein Schreiben, in dem der Kurprinz Luther um ein Wort zum Abendmahl in beiderlei Gestalt bat. Obwohl Luther hierdurch den Eindruck ge-

wann, daß der junge Joachim zu Gottes Wort „Lust habe“, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen, welche Entscheidung er als Landesherr einmal treffen würde.

Mit der genannten „Dispositio Joachimi“ von 1534, die die Markgrafen verpflichtete, keine kirchlichen Neuerungen einzuführen, glaubte Joachim I., sein Haus gut bestellt zu haben. Nach seinem Tode, so hatte er überdies verfügt, sollten Joachim II. die Mittelmark, die Uckermark, die Grafschaft Ruppin, die Altmark und die Prignitz zufallen, während Johann („Hans von Küstrin“) in dem aus der Neumark, dem Herzogtum Crossen, der Herrschaft Cottbus und dem Land Sternberg gebildeten Landesteil ein eigenes Fürstentum zugesprochen wurde. Tatsächlich deutete in den ersten Regierungsjahren der beiden Brüder kaum etwas darauf hin, was als Umschwung des Kirchenwesens bezeichnet werden könnte. *Joachim II.* (1535 - 1571) vermählte sich im September 1535 mit der strenggläubigen Hedwig, einer Tochter König Sigismunds von Polen, wandelte im Jahr darauf das beim Schloß auf der Spree-Insel Cölln gelegene Dominikanerkloster in ein Domstift um und ließ die Kirche nach dem Vorbild seines Oheims, des Kardinalerzbischofs Albrecht, im Stift zu Halle an der Saale aufs prächtigste mit Altären und Reliquien ausstatten. Zu den Mitgliedern des Berlin-Cöllner Domkapitels gehörte mit Wolfgang Redorffer einer der entschiedensten Gegner einer Kirchenreform in der Kurmark. Da das neue Stift zugleich als Grablege der Mitglieder des Hohenzollernhauses dienen sollte, ließ Joachim die Gebeine seiner Vorfahren aus dem Kloster Lehnin nach Cölln überführen. So schien alles beim alten zu bleiben, zumal Joachim noch am 28. September 1538 auf dem Landtag bekundet hatte, daß er sich in allen die Religion und christlichen Zeremonien betreffenden Sachen dermaßen verhalte, wie es einem christlichen Kurfürsten gebühre. Allerdings unterließ er - anders als sein Vater - harte Verbote und Strafandrohungen gegen lutherische Predigten, vermied vielmehr jede Maßnahme, aus der sein kirchenpolitisches Konzept erkennbar gewesen wäre. Er pflegte weiterhin Kontakte zu den Wittenbergern, schloß sich aber dem Schmalkaldischen Bund der Protestanten nicht an. Obwohl er sich 1540 in der Kirchenordnung nach Luthers Lehre zum Glauben ohne das Verdienst der guten Werke bekannte, blickte er voll Stolz auf seine reiche Reliquiensammlung im Domstift. Unnötige Veränderungen und Neuerungen der Zeremonien umging er; wurden sie notwendig, so berief er sich auf den Rat der Bischöfe und Visitatoren. Es überrascht deshalb nicht, daß Joachims Kirchenordnung keinen Hinweis auf die „Confessio Augustana“, die grundlegende Bekenntnisschrift der Protestanten, enthält. 1547/48 gehörte der Kurfürst zu den Befürwortern des von Kaiser Karl V. auf dem Augsburger Reichstag verkündeten „Interims“, das bis zur Entscheidung durch ein Konzil die Religionsfrage im Reiche regelte. Dieses Interim erlaubte zwar Priesterehe und Laienkelch, engte aber die weitere Entwicklung des landesherrlichen Kirchenregiments in den protestantischen Territorien ein und wurde deshalb als Beginn der Rückkehr in vorreformatorische Zustände verstanden. Erst nach dem Augsburger

Religionsfrieden (1555) sprach Joachim in einem Glaubensbekenntnis 1563 öffentlich davon, daß er von Luther „den usum“ erhalten habe.

Seine grundsätzliche Zustimmung zu einer Kirchenreform in der Mark hatte Joachim II. durch den *Empfang des Abendmahls in beiderlei Gestalt* am 1. November 1539 zu erkennen gegeben. Die im folgenden Jahr gedruckte und während der Visitationen verteilte Kirchenordnung hatte indessen nicht die sofortige Hinwendung aller Städte und Dörfer, Klöster und Stifter zur neuen Lehre zur Folge. Nur dort, wo seit langem das „reine Wort“ heimlich gepredigt worden war und man die neuen Choräle leise zu singen gewagt hatte, wirkte die Maßnahme des Kurfürsten wie eine Befreiung. Besonders schnell vollzog sich die Wende in den altmärkischen Städten, wo schon im November 1539 evangelische Pfarrer nach Seehausen, Gardelegen, Stendal, Werben, Tangermünde, Salzwedel und Osterburg berufen und dort bestätigt worden waren. Ihrem alten Glauben treu blieben dagegen jene Kirchengemeinden, über die das Havelberger Domkapitel das Patronat besaß und den Geistlichen Rückhalt bot. Hier war es vor allem der Domdechant Peter Conradi, der den Versuchen des Landesherrn, die von ihm ins Werk gesetzte Kirchenordnung auch in stiftischen Gebieten einzuführen, entgegentrat.

Wie Conradi in Havelberg, so wirkte im Bistum Lebus Wolfgang Redorffer als Streiter gegen das Luthertum. Daß sich nach der Schlacht bei Mühlberg 1547 und dem Sieg des Kaisers über den protestantischen Schmalkaldischen Bund sowie der Bekanntgabe des Augsburger Interims 1548 die mögliche Rückkehr zu vorreformatorischen Glaubensformen abzuzeichnen schien, stärkte alle Kräfte, die Joachims Reformen von vornherein verworfen oder abgelehnt hatten. Mochten unter diesen günstigen Bedingungen Persönlichkeiten wie Conradi oder Redorffer das Eindringen der neuen Lehre in ihren Bistümern auch verzögern - verhindern konnten sie es, wie die kirchenpolitische Entwicklung in den folgenden Jahren zeigen sollte, letztlich nicht.

Zu den Wegbereitern der Reformation im Bistum Brandenburg gehörte Bischof Matthias von Jagow, obwohl auch er an eine Trennung von der alten Kirche zunächst nicht dachte. Am 1. November 1539 spendete er dem Kurfürsten das Abendmahl in beiderlei Gestalt, 1540 setzte er „des Bischofs zu Brandenburg Bewilligung und Bestätigung“ unter die Kirchenordnung und ermahnte alle Pfarrherren und Kirchendiener, diese Ordnung zu beherzigen und ihr in Gehorsam nachzufolgen. Das Brandenburger Domstift dagegen schloß sich dem Schritt des Bischofs nicht an, sondern antwortete mit einhelliger Ablehnung. Auch als die Kirchenordnung 1544 in der Diözese Brandenburg eingeführt wurde, stimmte das Kapitel der neuen Glaubensrichtung noch immer nicht bedingungslos zu. Erst 1562 wurde es möglich, einen evangelischen Dompfarrer zu berufen.



Mit dem *Konsistorium* bestand seit 1543 in Berlin eine Behörde, die zum Träger des landesherrlichen Kirchenregiments ausgebaut und mit einer Reihe der vormals den Bischöfen obliegenden Kompetenzen ausgestattet worden war, obwohl die völlige Beseitigung der bischöflichen Verfassung zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu den Reformen des brandenburgischen Kirchenwesens gehörte. Vielmehr betraute die Kirchenordnung ausdrücklich Matthias von Jagow, „auch andere unsere Bischöfe, sofern sie sich [zu] unserer christlichen Kirchenordnung und Reformation halten und vergleichen“, mit der Ordination der Pfarrer und der Wahrnehmung der geistlichen Jurisdiktion. Da sich indessen in den Bistümern Havelberg und Lebus 1543 noch kein Wandel der bestehenden Verhältnisse abzeichnete, versah das Konsistorium die Aufgabe, die für den Aufbau des Kirchenwesens in den Gemeinden notwendigen Maßnahmen zu treffen, ihren Vollzug zu beaufsichtigen und als Schiedsstelle Bescheide zu erteilen.

Die *Kirchenordnung*, deren Vorrede Kurfürst Joachim II., wie er 1563 rückblickend sagte, „mit eigener Faust“ niedergeschrieben hatte, war das Ergebnis längerer Beratungen mit den nach Berlin berufenen Geistlichen Jakob Stratner, Georg Buchholzer und Georg Witzel während der Sommermonate 1538 gewesen. Ein erster Entwurf hatte Melanchthon zur Begutachtung vorgelegen, jedoch seine Billigung nicht gefunden. Der zweite Entwurf beruhte auf der 1533 in Kraft gesetzten Nürnberger Kirchenordnung und behandelte in drei Teilen die Lehre, den Katechismus und die Agende; er war somit Verfassung *und* Gottesdienstordnung. Trotz der Einwände gegen den Fortbestand vieler altkirchlicher Zeremonien gaben Luther, Melanchthon und Justus Jonas dieser Fassung ihre Zustimmung, da sie die Predigt der reinen Lehre und die Spendung des Leibes und Blutes Christi im Abendmahl zur Grundlage des kirchlichen Lebens erklärte. Im März 1540 ging sie den vereinigten brandenburgischen Landständen zu und wurde gegen die Stimmen der Prälaten - ausgenommen den Bischof von Brandenburg - angenommen.

Zu den Kirchenmännern, die gegen die „Halbherzigkeiten“ der Kirchenordnung ihres Kurfürsten Bedenken äußerten, gehörte der Propst von Berlin, *Georg Buchholzer*, dessen Schicksal mit den Besonderheiten der reformatorischen Entwicklung in der Kurmark eng verbunden ist. Buchholzer war um 1503 als Sohn eines Ratsmannen in Dahme (Erzstift Magdeburg) geboren. Nach Studienjahren in Wittenberg wurde er 1526 Pfarrer in Buckow, im Jahre darauf in Schöna bei Dahme und 1538 Oberpfarrer im neumärkischen Arnswalde, wo er regelmäßig evangelische Predigten hielt. 1539 berief ihn Kurfürst Joachim II. nach Berlin. Als Propst an der Nikolaikirche gehörte Buchholzer zu den theologischen Beratern des Fürsten, mußte aber hinnehmen, daß in der Kirchenordnung mit dem Einverständnis Luthers und Melanchthons zahlreiche altkirchliche Bräuche und Zeremonien beibehalten wurden. Auf seinen verzweifelten Hilferuf an Luther, seinen akademischen Lehrer aus Wittenberger Zeiten, äußerte sich dieser am 4. Dezember 1539 in einem berühmten

Brief, der in kaum einer Darstellung der brandenburgischen Kirchengeschichte fehlt. Wichtig sei, so Luther, daß das Evangelium Jesu Christi lauter, klar und rein und ohne menschlichen Zusatz gepredigt und beide Sakramente, das der Taufe und das des Leibes und Blutes Jesu Christi, das Abendmahl, ohne Anrufung von Nothelfern und Heiligen gereicht und gegeben würden. Was aber Buchholzers Einwände gegen Prozessionen und die „Zeigung“ der Reliquien betreffe, heißt es in Luthers Brief: „So gehet in Gottes Namen mit herum und tragt ein silbern oder gülden Kreuz und Chorkappe oder Chorrock von Sammet, Seiden oder Leinwand, und hat euer Kurfürst an einer Chorkappe oder Chorrock nicht genug, die ihr anziehet, so zieht der 3 an, wie Aaron der Hohe Priester drei Röcke übereinander anzog [...]. Haben auch ihre Kurfürstliche Gnaden nicht genug an dem Circuitu oder Prozession, das ihr umher gehet, klingt und singet, so gehet sieben mal mit herum, wie Josua mit den Kindern von Israel um Jericho giengen, machten ein Feldgeschrei und bliesen Posaunen. Und hat euer Herr, der Markgraf, ja Lust dazu, mögen ihre Kurfürstliche Gnaden vorherspringen und tanzen mit Harfen, Pauken, Zimbeln und Schellen wie David vor der Lade des Herrn tat, da die in die Stadt Jerusalem gebracht ward ...“ Sofern dem Evangelium durch solchen Abusus kein Eintrag geschehe, ließ Luther diese brandenburgischen Sonderformen auch deshalb zu, um das Reformationswerk in der Kurmark nicht grundsätzlich zu gefährden.

Für die brandenburgische *Konsistorialordnung* bildete das kursächsische Formular von 1542 das Vorbild. Aus diesem Grunde reiste Buchholzer 1545 im Auftrag des Kurfürsten nach Wittenberg, um eine Abschrift anzufertigen. Die Folge dieses Besuchs war ein freundschaftlicher brieflicher Gedankenaustausch zwischen Buchholzer und Melanchthon, der für Buchholzer weitreichende Folgen haben sollte. Als Ratgeber in theologischen Fragen und Mentor des begabten Buchholzer-Sohnes Noah bot Melanchthon Buchholzer, dem „vertrautesten Freund in Berlin“, Halt in den schwierigen Zeiten des Augsburger Interims. Daß der Hofprediger Joachims II., Johann Agricola, an der schriftlichen Ausarbeitung des als „Interim“ bezeichneten Reichstagsabschieds in Augsburg beteiligt gewesen war, der als Rückkehr in vorreformatorische Zustände verstanden werden mußte, erschwerte die Verhältnisse am kurfürstlichen Hof in Berlin, wo Buchholzer zu den überzeugten Gegnern des „Interims“ gehörte. Sachliche Diskussionen über die Rechtfertigungslehre und das Gewicht der guten Werke waren angesichts des Einflusses, den Agricola am kurfürstlichen Hof besaß, kaum mehr möglich. Was mit der Verteidigung unterschiedlicher theologischer Standpunkte begonnen hatte, artete in eine persönliche Feindschaft aus. Buchholzer lernte, nach einem Wort Melanchthons, „die Knechtschaft der Adiaphora“ zu tragen. Nach dem Augsburger Religionsfrieden (1555) änderte sich jedoch die Lage. Während sich Kurfürst Joachim II. jetzt ohne Einschränkung zu den protestantischen Reichsständen zählte, wurde Buchholzer als Freund des stets um Geduld und Ausgleich bemühten Philipp Melanchthon nunmehr des „Philipismus“ bezichtigt. Alt geworden und durch den Wandel der Verhältnisse isoliert,

stand er allein der durch seinen Landesherrn, den Generalsuperintendenten und Hofprediger Johann Agricola und den Kanzler Diestelmeyer gebildeten Front gegenüber. Er, der an Luthers Lehre nie gezweifelt hatte, der nachgelassene Predigten und Sermonen des Reformators im Druck veröffentlichte, wurde 1563 nach dem ersten öffentlichen Glaubensbekenntnis Joachims zum Luthertum vor einer Versammlung im Berliner Dom getadelt und bloßgestellt. Es kam zu einer dramatischen Szene, in deren Verlauf Buchholzers Ansätze zu einer Verteidigung unter den erregten Vorwürfen Joachims untergingen. „Ihr seid ein Schwätzer“, so der Kurfürst, „ein alter Dore [Tor] und Narre und hilft an Euch nicht, ist alles an Euch verloren ... Ich befehle mich Gott und Euch, Er Jörge [Georg Buchholzer], dem Teufel ...“ Zwei Jahre nach diesem Ereignis folgte 1565 Buchholzers Entlassung. Innerlich zerbrochen und verzweifelt, starb er am 31. Mai 1566 in Berlin.

Die (*General-*)*Visitationen* brandenburgischer Gemeinden und Klöster in den Jahren 1540 bis 1543 und 1551 bis 1558 dienten der Bekanntgabe und Erläuterung der Kirchenordnung. Zugleich prüfte die Visitationskommission die geistliche Versorgung, sie nahm Einblick in die Vermögensverhältnisse und Inventare, stellte die Besoldung der Pfarrer, Küster und Lehrer sicher und regte caritative Einrichtungen aus Rücklagen und Vermögen an. Johann Weinlöben, der kurfürstliche Kanzler, hatte eine Instruktion ausgearbeitet und sie den geistlichen wie den weltlichen Visitatoren als eine für alle Ortschaften gleichermaßen gültige Anleitung an die Hand gegeben. Die Hauptlast aber trug Weinlöben als Organisator dieser Visitationen selbst. Der Zustand der Kirchengemeinden erwies sich vielerorts als wenig erfreulich. Die Schlichtung von Streitigkeiten, insbesondere dort, wo es um Geld und Grundbesitz ging, war zeitaufwendig und anstrengend. Weinlöbens Stoßseufzer, er wolle lieber auf drei Reichstage mitziehen und auf jedem zwanzig Wochen verharren, „denn dieser Sachen lange warten“, kam sicher von Herzen. Die Visitationen aber waren nicht nur notwendig, sie waren auch nützlich, da sich die Kommission von der „Ungeschicklichkeit“ und Unwissenheit vieler Pfarrer überzeugen konnte, die nicht selten lediglich auf der Unsicherheit im Gebrauch der neuen gottesdienstlichen Formen und im Predigen bei noch fehlender Übung beruhten.

Zu den Aufgaben, die die Kirchenleitung den Gemeindepfarrern nahelegte, gehörte für ihren Sprengel die Einrichtung von Registern für Einträge von Taufen, Trauungen und Sterbefällen. Die Visitations- und Konsistorialordnung von 1573 schrieb diese „Kirchenbücher“ vor und erinnerte daran, daß neben den Daten der Amtshandlungen auch die Namen der Täuflinge, Brautleute und Verstorbenen aufgeführt werden sollten. Die meisten Kirchenbücher haben sich nicht bis in unsere Zeiten erhalten. Der Dreißigjährige Krieg hat auch auf diesem Gebiet erhebliche Schäden verursacht und Lücken in die Überlieferung gerissen. Zu den seltenen und deshalb besonders wertvollen Exemplaren aus dem Reformationsjahrhundert gehört das in

dem Gutsdorf Gröben (heute Kreis Teltow-Fläming) 1578 durch einen Pfarrer Matthäus Brand eingerichtete Kirchenbuch.

Von besonderen Problemen waren die Besuche in den Klöstern begleitet, da die Visitatoren Eingriffe in traditionelle Lebensgewohnheiten vornahmen und sie überzeugend erklären mußten. Wollten Mönche und Nonnen weiterhin ihr Leben im Schutz der Klostermauern verbringen, so wurde ihnen das unter der Maßgabe gestattet, die Kirchenordnung einzuhalten und keine Neuaufnahmen mehr vorzunehmen. Daß für Frauenklöster besondere Entscheidungen getroffen wurden, beruhte unter anderem auf den Einwänden von Vertretern des Adels, die ihre Umwandlung in evangelische Damenstifte durchsetzten und somit angemessene Lebensverhältnisse für die unverheirateten Töchter ihrer Familien schufen. Es ist bekannt, daß die Beschlagnahme des Klostervermögens dem Kurfürsten zwar nicht aus seinen finanziellen Nöten half, sie zeitweise aber verminderten. Bereits ein Jahr nach seinem Regierungsantritt hatte Joachim II. 1536 die Aufstellung von Inventaren der im Besitz der Kirchen, Klöster und Hospitäler vorhandenen kostbaren kirchlichen Geräte und Kleinodien veranlaßt. In der Uckermark betraute er den Landvogt Hans von Arnim mit dieser Aufgabe, die sich hier auch mit der gleichzeitig durch Johannes Bugenhagen („Pomeranus“) eingeleiteten Reformation Pommerns stellte, da Teile der Uckermark kirchlich zum Bistum Kammin gehörten. Hans von Arnim verstand es, im Zuge der Säkularisation brandenburgischer Klöster sein Besitztum erheblich zu vergrößern. Schon 1528 hatte er im Tausch gegen Zehdenick, das Joachim I. als Jagdhaus einzurichten wünschte, Boitzenburg mit allen Gnaden, Rechten, Freiheiten und Gerechtigkeiten erworben und sich dafür verpflichtet, in Frieden und Unfrieden zum Kurhaus zu halten. Seine Ernennung zum Landvogt der Uckermark auf Lebenszeit (1537) war ein Zeichen, daß er auch das Wohlwollen Joachims II. erlangt hatte. Mit dem Befehl an Arnim, sich von der Äbtissin Elisabeth Czernekow die Dokumente des Klosters Boitzenburg aushändigen zu lassen, leitete Joachim II. die Säkularisierung dieses Zisterzienser-Nonnenklosters ein. Am 1. Juli 1539 verkaufte er es Hans von Arnim für viereinhalbtausend Gulden, wobei er ihn und seine Erben verpflichtete, für die „Notdurft als Essen, Trinken und Kleidung“ der Domina und der Klosterjungfrauen zu sorgen. Wie Boitzenburg, dessen Erwerb sich als gewichtiger Beitrag zur Arnimschen Herrschaftsbildung erwies, erging es vielen Stiften und Klöstern in der Mark. So führte die Reformation auch hier zu einem Ende jahrhundertalter Traditionen und Lebensgewohnheiten.

Dienten die dem Kurfürsten zugefallenen klösterlichen Vermögenswerte großenteils der Verminderung seiner Schulden, wurden sie in gewissem Umfange aber auch für Landesaufgaben eingesetzt. Zu den begünstigten Einrichtungen zählte die *Universität in Frankfurt an der Oder*, da sie die Gewinne aus dem Grundbesitz der Frankfurter Karthause zugemessen erhielt. Als ihr in den folgenden Jahren weitere Einnahmen aus ehemals geistlichen Gütern zuflossen und die Gebäude des Frank-

furter Franziskanerklosters zur Nutzung übertragen wurden, besaß sie die besten Voraussetzungen, um an die ersten glanzvollen Jahre unter der Kanzlerschaft des Lebuser Bischofs Dietrich von Bülow anzuknüpfen. War es der Hohen Schule nicht gelungen, diesen Standard auf Dauer gegen die aufblühende Leucorea in Wittenberg zu behaupten, wo Luthers Vorlesungen auch viele Studenten aus dem Brandenburgischen anzogen, so tat Joachim II. jetzt alles, um der Viadrina ihre alte Attraktivität zurückzugeben. Auf Empfehlung Philipp Melanchthons erließ er 1542 eine neue Ordnung, die ihren Übergang zu einer modernen evangelischen Landesuniversität einleitete. Obwohl der Bischof von Lebus das Kanzleramt unverändert wahrnahm, übte er fortan keinen spürbaren Einfluß auf die Besetzung der Lehrstühle mehr aus. Mit Andreas Musculus kam schon 1540 ein überzeugter Lutheraner an die Frankfurter Theologische Fakultät, dessen Streit mit Abdias Praetorius um die Notwendigkeit guter Werke in die Reihe jener Kontroversen gehört, die seit Luthers Tod zunahm und im letzten Regierungsjahrzehnt Joachims II. auch die Theologen in Berlin und in der Kurmark in zwei Lager spalteten. Der erwähnte Fall des Propstes Georg Buchholzer gehört in diesen Zusammenhang.

Als nach dem Tode Joachims II. und seines Bruders Johann von Küstrin 1571 Joachims Sohn *Johann Georg* (1571 - 1598) die Nachfolge in den 1535 geteilten, nunmehr wiedervereinigten kur- und neumärkischen Landen antrat, traf er sogleich Anstalten, das von Vater und Oheim begonnene Werk der Reformation in Brandenburg zum Abschluß zu bringen und als ein guter Landesvater die Verwaltung im Sinne eines geordneten Kirchenregiments zu sparsamer Arbeit anzuhalten. Vor allem kam es darauf an, die Kurmark mit der Neumark und den Landesteilen Sternberg, Crossen, Cottbus und Peitz, wo *Markgraf Johann* (1535 - 1571) seit 1538 unabhängig vom Vorgehen seines Bruders Joachim eigene reformatorische Maßnahmen getroffen hatte, organisatorisch wieder mit der Kurmark zusammenzuführen. Erfahrungen im Regiment hatte Johann Georg während seiner Kurprinzenzeit gewonnen, als er für seinen Sohn, den zum Bischof postulierten, jedoch noch unmündigen Joachim Friedrich die Bistümer Havelberg (seit 1553), Lebus (seit 1555) und Brandenburg (seit 1560) verwaltete. Nach seinem Regierungsantritt erließ er 1572 eine neue, der Confessio Augustana verpflichtete *Kirchenordnung* und 1573 eine *Visitations- und Konsistorialordnung*, durch die er, wie es einleitend heißt, die inzwischen festgestellten Mängel früherer Verordnungen beseitigen wollte. Unmittelbar darauf veranlaßte er eine das ganze Land erfassende Visitation. Sie begann unter der Leitung des brandenburgischen Generalsuperintendenten und Frankfurter Professors Andreas Musculus bereits 1573 und endete 1581. Um das auf Luthers Lehren beruhende Bekenntnis in seinen Landen zu sichern und theologischen Streit zu verhindern, ließ der Kurfürst die Pfarrer die seit 1577 auch in anderen Territorien eingeführte *Konkordienformel* unterschreiben, so daß seine Regierungszeit mehr als die seiner Vorgänger und Nachfolger von streng auf Luthers Lehren beruhenden Grundsätzen geprägt war und die den Vorstellungen des Genfer Reformators Calvin

nachlebenden Reformierten kaum eine Möglichkeit besaßen, sich gegen das offizielle Bekenntnis durchzusetzen.

1593 nahm Johann Georg seinem Sohn Joachim Friedrich (1598 - 1608) und dessen Sohn Johann Sigismund (1608 - 1619) das Versprechen ab, an der lutherischen Kirchenverfassung in Brandenburg nichts zu ändern. Man wird dabei an die „Dispositio Joachimi“ von 1534 erinnert, in der es Joachim I. noch um den Fortbestand der katholischen Kirche gegangen war. Es war jedoch kaum zu übersehen, daß die sich zu den Lehren Calvins bekennende (reformierte) Religionsgemeinschaft seit 1598, dem Todesjahr Johann Georgs, in ihren kirchlichen Übungen nicht mehr beeinträchtigt oder beschnitten wurde. Ein Grund für diese Zurückhaltung des Landesherrn bestand sicher darin, daß nach dem Tode des strengen Lutheraners Andreas Musculus (1581) mit Christoph Pelargus ein Vertreter der vermittelnden Richtung in das Amt des Generalsuperintendenten gewählt worden war, der dem Vortrag eigenständiger theologischer Gedanken mit Verständnis zuhörte und allenfalls durch Gespräche, nicht aber durch Streit oder Strafandrohungen zu einer Übereinkunft mit den Reformierten zu gelangen suchte. Dazu kam, daß sich Kurfürst Joachim Friedrich in Gelddingen, insonderheit beim Abtragen des väterlichen Schuldenberges, wiederholt zu Kompromissen mit den Ständen gezwungen sah. 1602 wurde die finanzielle Misere auf einem allgemeinen Landtag erörtert; die Unterstützung der Stände erhielt der Kurfürst nur durch Zugeständnisse, die ihn jedoch in seiner Handlungsfreiheit einschränkten und demzufolge auch bei der Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments die Entscheidungsmöglichkeiten erheblich einengten.

Während der auf Mäßigung bedachte Kurfürst *Joachim Friedrich* der Ausbreitung der zunehmend als „moderne Richtung“ empfundenen reformierten Konfession keine auf die Bewahrung des Luthertums ausgerichteten Maßnahmen entgegensetzte, vollzog sein Sohn *Johann Sigismund* mit seinem Wechsel vom lutherischen zum reformierten Bekenntnis Calvins eine folgenreiche Entscheidung, die man zu Recht als „zweite Reformation“ bezeichnet hat. Es geschah am Weihnachtstag 1613, daß dieser Kurfürst im Berliner Dom das Abendmahl aus der Hand des Hofpredigers Martin Füssel nach dem Ritus der Reformierten „mit Brotbrechen“ empfing. Er empfand den Akt - von den im Hintergrund mitspielenden politischen Zielen einmal abgesehen - als Abschluß der Reformation und Ende der seiner Auffassung nach in Brandenburg immer noch nicht vollständig aufgegebenen liturgischen Formen aus katholischer Zeit. Die Gemeinden seines Landes wurden zur Nachfolge zwar nicht ermuntert, aber dort, wo der Fürst seinen Einfluß geltend machen konnte, förderte er nunmehr die Anhänger der reformierten Glaubensrichtung, so bei den Lehrstuhlbesetzungen in der Frankfurter Universität. In Kreisen der brandenburgischen Theologen wurde der Wechsel zum reichsrechtlich damals noch nicht anerkannten Calvinismus als Eingriff in das seit Joachim II. auf- und ausgebaute Kirchenregiment

empfundener. Da der Landesherr sein Amt als *summus episcopus* weiterhin wahrnahm, durfte seine Entscheidung nicht als eine nur persönliche Angelegenheit angesehen werden. Die streng lutherisch erzogene Kurfürstin Anna folgte ihrem Gemahl auf diesem Wege nicht. So zog sich nach dem Erlaß der *Confessio Sigismundi* - wie einst in der Regierungszeit Kurfürst Joachims I. - wieder der Graben unterschiedlicher Bekenntnisse durch die kurfürstliche Familie, wenn es auch Johann Sigismund niemals in den Sinn gekommen wäre, Anna zu seinem Glauben zu zwingen.

Berlin entwickelte sich nunmehr zur Auffangstätte von „Ausländern“, die dem reformierten Bekenntnis anhängen. Je größer ihre Gemeinde wurde, desto deutlicher erkannten der Landesherr und seine Hofprediger die Notwendigkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens, der gegenseitigen Achtung und Toleranz zwischen den Brandenburgern und den Zugezogenen mit ihren andersartigen Andachtsformen. Das galt nicht nur für die kurfürstliche Residenz, sondern für das Staatswesen in seiner Gesamtheit zwischen dem lutherischen Herzogtum Preußen im Osten und den Jülicher Landen im Westen. Vorerst aber waren die Reformierten noch eine Minderheit, da Kurfürst Johann Sigismund und Kurprinz *Georg Wilhelm* (1620 - 1640) den Ständen hatten zusichern müssen, auf alle Reformversuche zu verzichten und an der *Confessio Augustana* und dem Konkordienbuch als den Grundlagen des lutherischen Bekenntnisses festzuhalten. Allerdings blieb ihr Zugeständnis, landfremde Personen von Würden und Ämtern auszuschließen, infolge der weiteren politischen und konfessionellen Entwicklung im Reich auch in der Mark nicht auf Dauer uneingeschränkt gültig. Nicht zuletzt auf Betreiben des Großen Kurfürsten *Friedrich Wilhelm* (1640 - 1688) wurde am Ende des Dreißigjährigen Krieges im Westfälischen Friedensinstrument von 1648 die reformierte Glaubensrichtung *neben* den Lutheranern und Katholiken als gleichberechtigt anerkannt. In Brandenburg erhielten die Reformierten überdies durch die Heirat Friedrich Wilhelms mit der Oranierin Louise Henriette einen zusätzlichen Rückhalt. Erwiesen sich die reformierten Niederlande in der kurfürstlichen Außenpolitik zeitweise als wichtige Verbündete, so war darüber hinaus nicht zu verkennen, welche wirtschaftliche Bedeutung die holländischen Musterwirtschaften im Umkreis von Berlin für den Wiederaufbau der durch den Dreißigjährigen Krieg schwer heimgesuchten Mark besaßen und wie sehr sie zum Ansehen der Unternehmer beitrugen.

Die lutherischen Stände Brandenburgs waren in Glaubensdingen vorerst zu keinen Kompromissen bereit. Hinter den Einladungen des Kurfürsten zu Religionsgesprächen vermuteten sie - wohl nicht zu Unrecht - Versuche, ihr Bekenntnis in Frage zu stellen, sie zu maßregeln und von ihren Überzeugungen abzubringen. Kurfürstlichen Edikten gegen Kanzelstreitigkeiten begegneten sie mit Trotz. Toleranz ließ sich nicht erzwingen. Hier ist an die Amtsenthebung des Berliner Pfarrers und Liederdichters *Paul Gerhardt* 1666 zu erinnern. Dieser aus dem sächsischen Gräfen-

hainichen stammende Bürgermeistersohn hatte nach dem Besuch der Fürstenschule zu Grimma in Wittenberg Theologie studiert. Als Predigtamtskandidat bekleidete er mehrere Jahre lang eine Hauslehrerstelle in Berlin, wo er 1643 den Kantor der Nikolaikirche, Johann Crüger, kennenlernte. 1651 bis 1657 war Gerhardt Pfarrer in Mittenwalde, kehrte dann aber nach Berlin zurück, als sich ihm die Möglichkeit eröffnete, das Diakonat an der Nikolaikirche, Johann Crügers Wirkungsstätte, zu verwalten. Fünf Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit folgten. Schon 1643 hatte Crüger Gedichte von Paul Gerhardt vertont und in sein Gesangbuch „Praxis pietatis melica“ aufgenommen. In den folgenden Auflagen des Gesangbuchs stieg der Anteil der Paul-Gerhardt-Choräle, von denen viele noch heute zu den bekanntesten Kirchenliedern zählen.

Paul Gerhardts Tätigkeit in Berlin war überschattet vom konfessionellen Streit zwischen den Lutheranern und Calvinisten. Die Religionspolitik des Großen Kurfürsten, der seinen „Glaubensverwandten“ eine besondere Förderung zuteil werden ließ, stieß bei den Lutheranern auf einhelligen Widerstand. Die Aufrufe des Landesherrn, Verständnis und gegenseitige Duldung zu üben, blieben ebenso ergebnislos wie der Versuch, durch Gespräche über Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Glaubensinhalte zu einer Übereinkunft zu gelangen. Als überzeugter Lutheraner trat auch Paul Gerhardt dem als Zwang empfundenen Bemühen Friedrich Wilhelms mit großer Entschiedenheit entgegen. Er verweigerte seine Unterschrift unter einen kurfürstlichen Revers, wodurch er den bedingungslosen Gehorsam den kirchenpolitischen Maßnahmen des Landesherrn gegenüber *gegen* sein Gewissen bestätigt hätte. 1666 erfolgte deshalb seine Entlassung. Eingaben aus der Gemeinde erreichten im folgenden Jahre zwar das Einverständnis des Kurfürsten zur Rückkehr Gerhardts ins Pfarramt, aber Gerhardt verzichtete und wurde daraufhin endgültig abgesetzt. Nach seiner Wahl zum Pfarrer in Lübben (1668) war ihm noch eine achtjährige, zunehmend von körperlichen Gebrechen begleitete Wirksamkeit beschieden. Liest man die Gedichte Gerhardts oder begegnet seinen Liedern im Evangelischen Gesangbuch oder in Bachs Passionen und Kantaten, so denkt man wohl kaum daran, daß ihr Verfasser in seiner Zeit vor allem eine Persönlichkeit des öffentlichen oder gar politischen Interesses war. Aus seinen letzten Lebensjahren in Lübben sind keine Dichtungen mehr überliefert. So ist es letztlich dem Kantor der Berliner Nikolaikirche, Johann Crüger, zu verdanken, daß Gerhardts so sangbare Gedichte durch die 45 Auflagen der „Praxis pietatis melica“ weitergetragen und bis auf uns gekommen sind.

Auf die Dauer gelang es dem Großen Kurfürsten, die lutherischen Opponenten zum Schweigen zu bringen, eine äußere Ruhe in seinen Landen, vor allem in der Residenz Berlin, herzustellen und dadurch die notwendigen Voraussetzungen für die Aufnahme reformierter Glaubensflüchtlinge zu schaffen. Nach Erlass des *Potsdamer Edikts* (1685) begann der Zuzug von etwa zwanzigtausend Hugenotten aus Frank-



reich. In richtiger Einschätzung ihres Gewerbefleißes und des Nutzens für die Wirtschaft in Brandenburg-Preußen bot der Kurfürst den Refugiés außerordentlich gute Aufnahmebedingungen. In Berlin, aber auch in anderen Städten Kurbrandenburgs bildeten sich französische Kolonien und französisch-reformierte Kirchengemeinden. Zwar dauerte es noch viele Jahre, bis aus den „Ausländern“ Mitbewohner wurden, aber Streitigkeiten um das eine oder andere Bekenntnis wurden seltener, zumal der Nachfolger des Großen Kurfürsten, *Friedrich III.*, seit 1701 König in Preußen, um Ausgleich zwischen den Konfessionen bemüht war.

Sieben brandenburgische Kurfürsten haben zur Reformation des Kirchenwesens in der Mark beigetragen. Gegen den Willen Joachims I. hatten mutige Prediger Luthers Gedanken an vielen Orten - allen Verboten zum Trotz - bekanntgemacht. Oft hatten sie weiterziehen müssen, vielfach war es nach ihren aufrüttelnden Worten zu Tumulten gegen die verkrusteten Verhältnisse gekommen. Aber die Botschaft wirkte weiter, so daß die neue Lehre in weiten Teilen des Landes bereits aufgenommen worden war, bevor Joachim II. sie mit seiner Kirchenordnung 1540 offiziell zuließ. Man hat Joachims kirchenpolitisches Vorgehen eine „stille Reformation“ genannt. Politische Rücksichten banden ihn an den Kaiser, aber auch ohne diesen Grund hätte er sich wohl kaum der protestantischen Fürstenopposition gegen Karl V. angeschlossen. Auch sein Bruder, Markgraf Hans von Küstrin, der die Reformation in der Neumark früher und konsequenter durchführte, gehörte nicht zu ihren Wortführern und zählte nur zeitweise zu den Mitgliedern des Schmalkaldischen Bundes. Kurfürst Johann Georg, der Sohn Joachims II., hat als der eigentliche Vollender der lutherischen Reformation in Brandenburg zu gelten. Der Wechsel Johann Sigismunds zum reformierten (calvinischen) Bekenntnis 1613, der Beginn der „zweiten Reformation“, hatte zunächst keinen Einfluß auf die Konfession seiner brandenburgischen lutherischen Untertanen. Erst durch die Aufnahme der französischen Refugiés entwickelte sich aus der Minderheit der Reformierten eine starke einflußreiche Gruppe mit eigener kirchlicher Verwaltung und lange fortwirkenden Eigentümlichkeiten in Sprache und Lebensstil. Weist die Einführung der Reformation in Brandenburg viele Besonderheiten auf, so auch ihr Fortgang, der neben den Lutheranern und Katholiken den Reformierten gleichberechtigte Daseins- und Entfaltungsmöglichkeiten bot.

Ein neues Kapitel wurde aufgeschlagen, als König Friedrich Wilhelm III. 1817, dreihundert Jahre nach Luthers Thesenanschlag an die Tür der Wittenberger Schloßkirche, die Abendmahlsgemeinschaft zwischen den Lutheranern und Reformierten in Preußen einführte. Man hat diesen Vorgang niemals als „dritte Reformation“ bezeichnet, obwohl er die Menschen wiederum über ihr Bekenntnis nachdenken ließ und die theologischen Diskussionen erneut belebte.

*Literatur*

Benzing, Josef: Die Buchdrucker des 16. und 17. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet. Wiesbaden 1963

Birk, Gerhard: Verwehte Spuren. Parochie Gröben. Historisches Mosaik zur Geschichte der Mark Brandenburg. Wilhelmshorst 1999

Creutz, Ursula: Geschichte der ehemaligen Klöster im Bistum Berlin in Einzeldarstellungen. Leipzig 1995 (Studien zur katholischen Bistums- und Klostergeschichte; 38)

„Dem Wort nicht entgegen ...“ Aspekte der Reformation in der Mark Brandenburg. Hrsg. von Hans-Ulrich Delius, Max-Ottokar Kunzendorf und Friedrich Winter. Berlin 1988

Enders, Lieselott: Die Prignitz. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert. Potsdam 2000

Enders, Lieselott: Die Uckermark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert. Weimar 1992

Escher, Felix: Das Kurfürstentum Brandenburg im Zeitalter des Konfessionalismus. In: Brandenburgische Geschichte, hrsg. von Wolfgang Ribbe. Berlin 1995, S. 231 - 290

Gundermann, Iselin: Kirchenregiment und Verkündigung im Jahrhundert der Reformation (1517 bis 1598). In: Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg. Hrsg. von Gerd Heinrich. Berlin 1999, S. 147 - 241

Heidemann, Julius: Die Reformation in der Mark Brandenburg. Berlin 1889

Heinrich, Gerd: Neue Kirchenordnung und „stille“ Reformation. Die Landesfürsten und die „Luthersache“ in der Mark Brandenburg. In: Jahrbuch für Berlin-brandenburgische Kirchengeschichte 57 (1989), S. 65 - 98

Die Evangelischen Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts, hrsg. von Emil Sehling, Bd. 3. Leipzig 1909

Kirchner, Ernst Daniel Martin: Das Schloß Boytzenburg und seine Besitzer, insonderheit aus dem von Arnimschen Geschlechte. Berlin 1860

Laminski, Adolf: Georg Buchholzer. Erster evangelischer Pfarrer in Buckow, Schöna und Arnswalde sowie Propst an St. Nikolai in Berlin. In: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 50 (1999), S. 62 - 112

- Lehmann, Ludwig: Bilder aus der Reformationsgeschichte der Mark Brandenburg. Berlin 1921
- Lehmann, Rudolf: Geschichte der Niederlausitz. Berlin 1963
- Luther, Martin: Werke, Bd. 7. Weimar 1897
- Luther, Martin: Werke. Briefwechsel, Bd. 1 – 11. Weimar 1930 - 1948
- Melanchthons Briefwechsel. Hrsg. von Heinz Scheible. Regesten Bd. 3 – 8. Stuttgart, Bad Cannstatt 1979 - 1995
- Mollwo, Ludwig: Markgraf Hans von Küstrin. Hildesheim, Leipzig 1926
- Ribbe, Wolfgang: Brandenburg auf dem Weg zum polykonfessionellen Staatswesen (1620 bis 1688). In: Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg. Hrsg. von Gerd Heinrich. Berlin 1999, S. 267 - 292
- Ribbe, Wolfgang: Modernisierung und Beharrung. Aspekte der Kirchenpolitik der brandenburgischen Hohenzollern im Spannungsfeld von innerkirchlichen Reformbestrebungen und Reformation. In: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 41 (1990), S. 165 - 179
- Rudersdorf, Manfred und Anton Schindling: Kurbrandenburg. In: Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500 - 1650, hrsg. von Anton Schindling und Walter Ziegler, 2: Der Nordosten. 3. Aufl. Münster 1993, S. 34 - 66
- Schultze, Johannes: Die Mark Brandenburg, Bd. 4 und 5. Berlin 1964 - 1969
- Steinmüller, Paul: Einführung der Reformation in die Kurmark Brandenburg durch Joachim II. Halle 1903
- Teichmann, Heinz: Von Lebus nach Fürstenwalde. Kurze Geschichte des mittelalterlichen Bistums Lebus (1124 - 1555/98). Leipzig 1991
- Thadden, Rudolf von: Die Hinwendung des Kurhauses zum reformatorischen Bekenntnis (1598 bis 1620). In: Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg. Hrsg. von Gerd Heinrich. Berlin 1999, S. 255 - 265
- Thadden, Rudolf von: Die brandenburgisch-preußischen Hofprediger im 17. und 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der absolutistischen Staatsgesellschaft in Brandenburg-Preußen. Berlin 1959 (Arbeiten zur Kirchengeschichte; 32)
- Wendland, Walter: Siebenhundert Jahre Kirchengeschichte Berlins. Berlin, Leipzig 1930

[Anzeige Antiquariat Hennwack]

MittVGPrignitz 2(2002)

Gundula Gahlen

### Die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs während des Dreißigjährigen Krieges

Der Dreißigjährige Krieg war in der Frühen Neuzeit die am längsten andauernde und geographisch am weitesten verbreitete demographische Krise im Reich wie in Europa.<sup>1</sup> Dieses Urteil wird ungeachtet zugespitzter Gegendarstellungen<sup>2</sup> in neueren Überblicken<sup>3</sup> und in vielen Einzelstudien, die regionale und lokale Verhältnisse analysieren<sup>4</sup>, gefestigt. Auch für die Mark Brandenburg zeigt schon der Kriegsverlauf, daß der Dreißigjährige Krieg eine tiefe Zäsur darstellte.

Trotz des Bemühens von Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg (1619 - 1640), seine Territorien durch Lavierungen zwischen Neutralität und Bündnissen mit den zeitweise überlegenen Kriegsparteien, den Schweden bzw. den Kaiserlichen, abzuschirmen, wurde das Land in den Jahren 1626 bis 1640 Durchmarschgebiet und Kriegsschauplatz aller Truppen. Nach fast hundertjährigem Frieden war die Wehrverfassung Brandenburgs völlig veraltet. Das Lehnsaufgebot des Adels und das Fußvolk, welches die Städte im Kriegsfall zu stellen hatten, waren gegen professionelle Söldnerheere nahezu wehrlos. Die Aufstellung eines eigenen Heeres in ausreichender Größe scheiterte am Widerstand der Stände, die die nötigen Steuern zum Unterhalt nicht gewährten. So war der Kurfürst nicht in der Lage, seinen Forderungen gegenüber den Bünd-

---

<sup>1</sup> John Theibault: The Demography of the Thirty Years' War Re-revisited: Günther Franz and his Critics, in: *German History* 15 (1997), S. 1 - 21, hier: S. 2.

<sup>2</sup> Sigfrid Henry Steinberg: The Thirty Years' War. A New Interpretation, in: *History* 32 (1947), S. 89 - 102; Robert Ergang: The Myth of the All-Destructing Fury of the Thirty Years' War, Pocono Pines 1956.

<sup>3</sup> Volker Press: *Kriege und Krisen. Deutsche Geschichte 1600 - 1715*, München 1991 (= *Neue Deutsche Geschichte* 5), S. 268 - 271; Johannes Burkhardt: *Der Dreißigjährige Krieg*, Frankfurt a. M. 1992, S. 233 - 244. Zur Bedeutung des Krieges für die Bevölkerungsentwicklung der Städte: Heinz Schilling: *Die Stadt in der Frühen Neuzeit*, München 1993 (= *Enzyklopädie deutscher Geschichte* 24), S. 12 - 17; Christopher R. Friedrichs: *The Early Modern City. 1450 - 1750*, London usw. 1995 (= *A History of Urban Society in Europe* 1), S. 114 - 135.

<sup>4</sup> Führende Beispiele der Lokalstudien, die auch die demographischen Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges untersuchen, sind: Christopher R. Friedrichs: *Urban Society in an Age of War: Nördlingen 1580 - 1720*, Princeton 1979; Rudolf Schlögl: *Bauern, Krieg und Staat. Oberbayerische Bauernwirtschaft und frühmoderner Staat im 17. Jahrhundert*, Göttingen 1988 (= *Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte* 89); Bernd Roeck: *Eine Stadt in Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte der Reichsstadt Augsburg zwischen Kalenderstreit und Parität*, Göttingen 1989; John Thei-

nispartnern auch mit Waffengewalt Nachdruck zu verleihen. Die Mark Brandenburg wurde durch fortwährende Truppendurchzüge und Kriegshandlungen und die mit solchen Einmärschen verbundenen Plünderungen und Brandschatzungen auf das Schwerste belastet. Dazu brachen mehrfach Pestepidemien aus. Erst 1641 beruhigte sich die Lage im Land allmählich, als nach dem Regierungsantritt des Großen Kurfürsten (1640 - 1688) ein Bündnis mit Schweden abgeschlossen wurde.<sup>5</sup>

Für Brandenburg insgesamt liegen keine neueren Studien zu den demographischen Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges vor. Die Zusammenschau von Günther Franz „Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk“<sup>6</sup>, dessen Buch in seiner ersten Auflage während des Nationalsozialismus erschien, stellt immer noch den aktuellen Forschungsstand dar. Im folgenden soll anhand von Perleberg, der damaligen Hauptstadt des kurmärkischen Hauptkreises Prignitz,<sup>7</sup> die Bevölkerungsentwicklung einer brandenburgischen Stadt im Dreißigjährigen Krieg untersucht werden.

### Die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs bis zum Dreißigjährigen Krieg

Die Bevölkerung Perlebergs war schon seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts rückläufig.<sup>8</sup> Zwischen 1575 und 1625 sanken die jährlichen Taufzahlen um ungefähr

---

bault: *German Villages in Crisis: Rural Life and the Thirty Years' War in Hesse-Kassel, 1580 - 1720*, New Jersey 1995.

<sup>5</sup> Otto Hintze: *Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländische Geschichte*, Berlin 1916, S. 148 - 202; Wolfgang Neugebauer: *Die Hohenzollern, Bd. 1: Anfänge, Landesstaat und monarchische Autokratie bis 1740*, Berlin 1996, S. 138 - 167.

<sup>6</sup> Günther Franz: *Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte*, 4. Aufl., Stuttgart, New York 1979 (= *Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte* 7); siehe hierzu Wolfgang Behringer: *Von Krieg zu Krieg. Neue Perspektiven auf das Buch von Günther Franz „Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk“* (1940), in: Benigna von Krusenstjern und Hans Medick (Hrsg.), *Zwischen Alltag und Katastrophe. Der Dreißigjährige Krieg aus der Nähe*, Göttingen 1999 (= *Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte* 148), S. 543 - 591.

<sup>7</sup> Einen Überblick über die Geschichte Perlebergs geben: *Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands*, Bd. 10: Berlin und Brandenburg, hrsg. von Gerd Heinrich, 3. Aufl., Stuttgart 1995, S. 309; Wolfram Hennies: *750 Jahre Perleberg, Perleberg 1990* (= *Perleberger Hefte* 5); *Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil 1: Prignitz*, bearb. von Lieselott Enders, 2., überarb. und wesentlich erw. Aufl., Weimar 1997 (= *Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam* 3), S. 644 - 652; *Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte*, Bd. 2: Brandenburg und Berlin, hrsg. von Evamaria Engel u. a., Stuttgart, Berlin, Köln 2000, S. 393 - 400.

<sup>8</sup> Vgl. Gundula Gahlen: *Die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs im „langen“ 16. Jahrhundert*, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Prignitz* 1 (2001), S. 7 - 35.

50 %, die jährlichen Eheschließungen um etwa 35 %. Die Anzahl der bewohnten Häuser nahm zwischen 1550 und 1623 um 18 % ab. Perleberg verlor seine Einwohner seit Mitte des 16. Jahrhunderts vor allem deswegen, weil es unter der Politik der damaligen brandenburgischen Landesherrn litt, die den Adel auf Kosten der Städte begünstigten. Aufgrund der hohen Steuerbelastung und der Konkurrenz des Adels beim Bier- und Getreidehandel war Perlebergs Wirtschaft rückläufig. Da nicht genügend Erwerbsmöglichkeiten vorhanden waren, verließen viele Einwohner die Stadt. Die Bevölkerungsverluste aufgrund von mehrmals auftretenden Epidemien wurden nicht durch vermehrte Zuwanderung ausgeglichen. Vielmehr überstieg die Abwanderung die Zuwanderung. Der Dreißigjährige Krieg stieß so auf eine wirtschaftlich geschwächte Stadt, auch wenn Perlebergs Rang als Hauptstadt der Prignitz erhalten blieb.

#### Perleberg im Dreißigjährigen Krieg

Die Auswirkungen des Krieges beschränkten sich in der Prignitz, die anfangs von direkten Kriegseinwirkungen verschont blieb, bis 1626 auf Teuerung und Münzverschlechterung.<sup>9</sup> Ab 1626 jedoch wurde die Prignitz durch Einquartierungen von Soldaten, Kontributionen und Kriegshandlungen stark belastet. Der Grund war die geostrategische Bedeutung der Prignitz zwischen den Pässen bei Dömitz, Lenzen, Havelberg und Fehrbellin. Als Hauptstadt der Landschaft hatte Perleberg in der Regel den Stab der durchmarschierenden und einquartierten Truppen aufzunehmen. Auch war Perleberg der einzige bequeme Übergangspunkt über die weithin von sumpfigen Ufern begleitete Stepenitz. Hier trafen sich drei wichtige Straßen, die von Havelberg und Wilsnack nach Norden über Parchim zu den Ostseestädten Wismar und Rostock, jene von Kyritz nach Grabow Richtung Lübeck und die Straße von Putlitz und Pritzwalk nach Wittenberge, Lenzen und Hamburg.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Für den Überblick siehe Lieselott Enders: Die Prignitz. Geschichte einer kurländischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert, Potsdam 2000, S. 645 - 667; Johannes Schultze: Die Prignitz. Aus der Geschichte einer märkischen Landschaft. Köln, Graz 1956 (= Mitteldeutsche Forschungen 8), S. 188 - 205.

<sup>10</sup> Historisches Ortslexikon für Brandenburg (Anm. 7), S. 637; Heinz Schirrholtz: Die Städte der Prignitz. Von den Anfängen bis zur Herausbildung ihrer vollen städtischen Verfassung, Phil. Diss. Berlin 1957, S. 60; Paul Viereck: Die Stadt Perleberg: Baugeschichte der Altstadt, Perleberg 1989, S. 9.

Zwischen 1626 und 1648 verging in Perleberg kein Jahr, in dem die Einwohner nicht mit Kriegssteuern und Truppendurchzügen belastet wurden.<sup>11</sup> In den Jahren 1626 und 1627 wurde die Stadt von Truppendurchzügen Mansfelds, danach des brandenburgischen und des dänischen Heeres heimgesucht, welche Kriegskontributionen forderten und sich teilweise in der Stadt einquartierten. 1627 bis 1631 war Perleberg das Hauptquartier der in der Prignitz lagernden Regimenter Wallensteins. In dieser Zeit kam es neben den hohen Kontributionsforderungen zu ersten Plünderungen durch Soldaten.

1636 bis 1639 waren die härtesten Kriegsjahre für die Stadt. Im August und September 1636 hatte ein 20.000 Mann starkes kaiserliches Heer bei Perleberg sein Lager. Die unsichere Lage außerhalb der Stadtmauern führte dazu, daß die Landbevölkerung vermehrt Schutz hinter den Stadtmauern Perlebergs suchte.<sup>12</sup> Auch quartierten sich die Stäbe und drei Regimenter in der Stadt ein, worauf in Perleberg die Pest ausbrach. Bei einem Stadtbrand, der aufgrund der Unvorsichtigkeit von Soldaten entstanden sein soll, brannten vierzig Häuser ab. Obwohl in Perleberg die Pest noch wütete, nahm die Stadt nach der Schlacht bei Wittstock am 4. Oktober 1636<sup>13</sup> die Verwundenen von zwei schwedischen Regimentern auf.

Das Jahr 1638 ging als das sog. „Schreckensjahr“ in die Stadtgeschichte ein. In diesem Jahr brach wiederum die Pest aus. Im Oktober 1638 waren in Perleberg acht Regimenter des kaiserlichen Generalwachtmeisters Graf Buchheim einquartiert. Die Stadt war völlig überfüllt. Kämpfe um Quartier und Verpflegung entbrannten unter den Soldaten. Alle Häuser samt der Kirche und den Hospitälern wurden am 24. Oktober 1638 geplündert. Zwei Häuser brannten ab. Nach ihrem Abzug ließen die kaiserlichen Truppen 50 Mann als Schutztruppe zurück. Am 15. November 1638 stürmten Marodeure die Stadt. Nach Kämpfen verließen die Schutztruppe und die meisten Bürger Perleberg. Zwei Tage lang folgten Morde, Plünderungen und Zerstörungen.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. zu dem Kapitel Carl Ganzel: Kriegswirren vor 300 Jahren, in: 700 Jahre Perleberger Stadtgeschichte, Perleberg 1939, S. 19 - 22; Wilhelm Stappenbeck: Der Denktag Perlebergs oder Perleberg im Jahre 1638, Perleberg 1839.

<sup>12</sup> Ganzel, Kriegswirren (Anm. 11), S. 20.

<sup>13</sup> In dieser Studie werden die Daten nach der gregorianischen Zeitrechnung wiedergegeben, die in den katholischen Ländern Europas 1582 eingeführt wurde, sich in den lutherischen Gegenden allerdings erst 1700 durchsetzte. Vgl. Friedrichs, Urban Society (Anm. 4), S. XVI.

<sup>14</sup> Die Leiden der Stadt werden eingehend geschildert in: „Bittschrift des Rates an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm vom 2. Januar 1641“, in: Märkisches Provinzialblatt, hrsg. von F. A. Pischon, Bd. 1, Berlin 1818, S. 37 - 61; Weitere Augenzeugenberichte von Perlebergern sind abgedruckt bei Johann Cru-



Ende November 1638, nachdem ein brandenburgischer Trupp die Marodeure vertrieben hatte, kehrten viele der Bürger wieder in ihre zerstörte Stadt zurück. Der Winter 1638/39 war sehr kalt und führte zu einer Hungersnot. Nur schleppend kam der Wiederaufbau zustande, da Perleberg bis 1648 weiterhin mit Truppendurchzügen und Kontributionsforderungen konfrontiert wurde.

#### Quellen und Vorgehensweise

Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung Perlebergs während des Dreißigjährigen Krieges erfolgt durch die Kombination der Auswertung von erzählenden und sekundärstatistischen Quellen (Steuer- und Musterungslisten) sowie der Kirchenbücher. Aus den überlieferten erzählenden und sekundärstatistischen Quellen, Zählungen, die nicht für statistische, sondern für administrative Zwecke durchgeführt wurden und jeweils nur einen Teil der Bevölkerung erfassen<sup>15</sup>, lassen sich Hinweise auf die Bevölkerungsgröße Perlebergs zu verschiedenen Zeitpunkten entnehmen. Es wird dabei darauf verzichtet, mit Hilfe von pauschal gesetzten Multiplikatoren Feuerstellen- und Häuserangaben auf die Gesamtbevölkerung hochzurechnen, da auch geringfügige Veränderungen der Anzahl der Personen je Feuerstelle<sup>16</sup> bzw. je Haus erhebliche Auswirkungen auf die Einwohnerzahl haben.<sup>17</sup>

Durch die Auswertung der jährlichen Häufigkeiten von Taufen, Beerdigungen und Eheschließungen in den Kirchenbüchern kann die Vitalstatistik erstellt werden, die

---

sus: Höchstnötige und heilsame Erneuerung des solennen Perlebergischen Dencktages ..., Perleberg 1720.

<sup>15</sup> Der Begriff wurde von Peter-Johannes Schuler geprägt. Vgl. Peter-Johannes Schuler: Die Bevölkerungsstruktur der Stadt Freiburg i. Br. im Spätmittelalter. Möglichkeiten und Grenzen einer quantitativen Quellenanalyse, in: Wilfried Ehbrecht (Hrsg.), Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung, Köln und Wien 1979 (= Städteforschung A 7), S. 139 - 176, hier: S. 139.

<sup>16</sup> Die Summe der Feuerstellen setzt sich zusammen aus den Häusern und Buden. Buden, meist auf den Häusergrundstücken neben dem Wohnhaus in Seitenstraßen von wohlhabenden Bürgern erbaut, wurden von Leuten ohne Bürgerrecht gemietet. Johannes Gebauer, Die Städte der Alt- und Neustadt Brandenburg und ihre Landschaft zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 22 (1909), S. 1 - 93, hier: S. 3.

<sup>17</sup> Vgl. zur Problematik von Multiplikatoren allgemein Walter G. Rödel: „Statistik“ in vorstatistischer Zeit. Möglichkeiten und Probleme der Erforschung frühneuzeitlicher Populationen, in: Kurt Andermann und Hermann Ehmer (Hrsg.), Bevölkerungsstatistik an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit: Quellen und methodische Probleme im überregionalen Vergleich, Sigmaringen 1990 (= Oberrheinische Studien 8), S. 9 - 25, zu den Feuerstellenzählungen bes. S. 15; Christian Pfister: Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1500 - 1800, München 1994 (= Enzyklopädie deutscher Geschichte 28), bes. S. 70 f.

die natürlichen Bevölkerungsbewegungen Jahr für Jahr aufzeigt.<sup>18</sup> Bei der Auswertung der Kirchenbücher ist zu beachten, daß sie neben der Einwohnerschaft Perlebergs Taufen, Heiraten und Beerdigungen von Personen enthalten können, die sich nur kurzfristig in der Stadt aufhielten. Im Dreißigjährigen Krieg ist dies von besonderer Relevanz, als Perleberg häufig mit Einquartierung von Soldaten und dem Einfließen der Landbevölkerung hinter die schützenden Mauern der Stadt belastet wurde.

Der Untersuchungszeitraum reicht von 1625 bis 1652 und umfaßt damit die Zeit, in der die Prignitz vom direkten Kriegsgeschehen betroffen war und die unmittelbare Nachkriegszeit. Durch die Erweiterung des Zeitrahmens bis 1652 können die Bevölkerungsverluste bestimmt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die flüchtigen Perleberger in die Stadt zurückgekehrt sein.

Die Resultate aus den erzählenden und sekundärstatistischen Quellen, die Aussagen über den Stand der Bevölkerung zu verschiedenen Zeitpunkten erlauben, werden mit dem anhand der Vitalstatistik bestimmten Verlauf der Bevölkerungsentwicklung verglichen. Die Krisenjahre 1636 und 1638, in denen Perleberg unter Epidemien, Plünderungen und Hungersnot zu leiden hatte, werden ausführlich behandelt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Untersuchung der Zu- und Abwanderung. Schließlich soll erörtert werden, inwieweit die Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung Perlebergs der allgemeinen Entwicklung in Brandenburg bzw. im Reich entsprechen und inwiefern es Unterschiede gibt.

---

<sup>18</sup> Kirchenbuchanalysen wurden in der brandenburgischen Forschung allgemein bisher vernachlässigt, obwohl die Kirchenbücher in der Mehrzahl der Städte gut erhalten sind. Vgl. Hartmut Harnisch, Quellen zur Bevölkerungsgeschichte in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, vornehmlich am Beispiel Preußens, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1 (1979), S. 243 - 249; Wolfgang Ribbe und Karl Themel: *Brandenburgische Kirchenbücher. Übersicht über die Bestände der Pfarr- und Kirchenarchive in den Sprengeln Cottbus, Eberswalde und Potsdam der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg*, Berlin 1986. Nur Brigitte Meier und Helga Schultz nutzten bisher in ihren Studien über Neuruppin und Berlin diese Quellengattung, doch beschränkten sie sich dabei auf die Zeit nach 1650 als Vorgeschichte der Industrialisierung. Vgl. Brigitte Meier: *Neuruppin 1700 bis 1800. Sozialgeschichte einer kurmärkischen Handwerker- und Garnisonstadt*, Berlin 1993; Helga Schultz: *Berlin 1650 - 1800. Sozialgeschichte einer Residenz*, 2., durchges. Auflage, Berlin 1992. In einem neueren Aufsatz fordert Brigitte Meier dazu auf, vermehrt Kirchenbuchanalysen durchzuführen, um eine Vergleichbarkeit der Studien zu erreichen. Vgl. Brigitte Meier: Die „Sieben Schönheiten“ der frühneuzeitlichen brandenburgischen Städte, in: Ralf Pröve und Bernd Kölling (Hrsg.), *Leben und Arbeiten auf*

## Veränderungen des Bevölkerungsstandes

Über die Zeit des Dreißigjährigen Krieges in Perleberg sind sehr viele Augenzeugenberichte erhalten geblieben. Diese Quellen haben stets die Struktur, daß sie zuerst auf die Belastungen des Krieges durch die hohen Steuerforderungen und Truppendurchzüge eingehen und danach auf die verheerenden Auswirkungen der Epidemien zu sprechen kommen. Schließlich schildern sie als Höhepunkt der Kriegsleiden die mehrmalige Erstürmung und Plünderung der Stadt samt der hierdurch hervorgerufenen Hungersnot 1638. Das Jahr 1638 heißt in den Berichten deswegen stets das „Schreckensjahr“. Von den konkreten Greuel der mordenden und plündernden Soldateska, den Quälereien der Bevölkerung, den Vergewaltigungen der Frauen und dem Schänden der Kirchen wird dabei besonders ausgiebig berichtet. Als Fazit ziehen die Augenzeugenberichte stets die Entvölkerung und den totalen Ruin der Stadt. Die Plünderungen und die Erstürmung von 1638 prägten sich so tief in das historische Gedächtnis der Stadtbewohner ein, daß zur Erinnerung an sie der „Perleberger Gedenktag“ eingeführt wurde. Dieser wurde bis zu den Weltkriegen alljährlich im November, am Donnerstag nach Martini, unter Beteiligung des Magistrats offiziell begangen.<sup>19</sup>

Bei der Analyse von erzählenden Quellen ist zu berücksichtigen, daß deren Aussagen über die Wirkungen des Krieges häufig sowohl unbewußte als auch bewußte Korrekturen nach der Seite des Schlimmen enthalten. Unbewußte Übertreibungen finden sich vor allem in den bilderreichen Erzählungen. Bewußt einseitig gefärbte Berichterstattungen und Fälschungen sind besonders bei Klageschriften und Eingaben an Behörden, die Befreiung von Steuern erwirken sollten, zu vermuten. Hier stellt eben der Zweck des Schriftstückes die Verwertbarkeit für die Analyse der Bevölkerungsentwicklung in Frage.<sup>20</sup>

---

märkischem Sand: Wege in die Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700 - 1914, Bielefeld 1999, S. 220 - 242, hier: S. 234 f.

<sup>19</sup> Willy Gädke: Aus Perlebergs schwerer Vergangenheit. Der Perleberger Gedenktag, in: Unsere Heimat. Blätter aus der Prignitz 3 (1957), S. 215 - 218, hier: 217 f.

<sup>20</sup> Vgl. Kurt Hinze: Die Bevölkerung Preußens im 17. und 18. Jahrhunderts nach Quantität und Qualität, in: Otto Büsch und Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Moderne preußische Geschichte 1648 - 1947. Eine Anthologie, Bd. 1, Berlin und New York 1981 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 52), S. 282 - 315, hier: S. 288, 296 f.; Fritz Kaphahn: Die wirtschaftlichen Folgen des 30jährigen Krieges für die Altmark. Ein Beitrag zur Geschichte des Zusammenbruchs der deutschen

Dies trifft für Perleberg insbesondere bei einer Bittschrift der Bürgerschaft an den Landesherrn von 1641 zu, die Steuererleichterungen und Hilfsleistungen für den Wiederaufbau der Stadt nach ihrer mehrfachen Plünderung im Dreißigjährigen Krieg erwirken sollte. Die Bürger schilderten in der Bittschrift den vormals blühenden Zustand der Stadt gegenüber dem jetzigen Ruin und machten konkrete Angaben zu den Bevölkerungsverlusten. Auch an anderer Stelle zeigt sich, daß man bei Zahlenangaben in der Bittschrift allgemein vorsichtig sein muß. Zum Beispiel ist beim Überfall der Stadt durch Marodeure 1638 in der Bittschrift von einigen tausend Mann die Rede, in dem zeitgenössischen Bericht des Bürgermeisters Theodor Bake jedoch nur von einigen hundert.<sup>21</sup>

Der Text gibt an zwei Stellen Hinweise auf den Bevölkerungsstand Perlebergs in der Vorkriegszeit und 1641. In einem Abschnitt, in dem die steuerliche Belastung der Stadt aufgeführt wird, wird beklagt, daß „*weit uber Zweymahl hundertt tausend thaler auß dißer kleinen und nur uff 300 Feuersteten fundirten Stadt hergegeben werden müssen*“.<sup>22</sup> Die Summe der Feuerstellen setzt sich aus der Anzahl der Häuser und Buden zusammen.<sup>23</sup> Der zweite Hinweis ist von besonderem Interesse, da in ihm konkrete Zahlen zum Bevölkerungsstand genannt werden. Im Zusammenhang mit der Schilderung der Plünderung der Stadt 1638 wird zur Verdeutlichung der Bevölkerungsverluste noch einmal auf den Vorkriegsstand der Bevölkerung eingegangen. Diesmal heißt es, „*da wol vor dießer Kriegeß Unruhe drey ia Vierthe halb tausent Sehlen in dießer Stad gelebet, ist [= itzt, jetzt] nach fleißiger inquisition sich, auch die kleine Kinder mit eingerechnet, nicht 300 Persohnen befinden*“<sup>24</sup>. Die erste Angabe, die in der Literatur als 3.000 bis 3.500 Einwohner interpretiert wird<sup>25</sup>, ist zu bezweifeln, da durchschnittlich mehr als zehn Personen auf einer Feuerstelle gelebt hätten. Die heutige Forschung ist sich darüber einig, daß im 16. und 17. Jahrhundert nicht

---

Volkswirtschaft in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, Gotha 1911 (= Geschichtliche Studien Bd. 2, Heft 1), S. 2 f.

<sup>21</sup> Bittschrift des Rates (Anm. 14), S. 47; „II. Extract aus dem schriftlichen Aufsatz von Herrn Theodori Baken, guten theils testis autoris von der Perlebergischen Plünderung“, in: Crusius (Anm. 14), S. 20 - 36, hier: S. 30.

<sup>22</sup> Bittschrift des Rates (Anm. 14), S. 43.

<sup>23</sup> Vgl. Anm. 16.

<sup>24</sup> Bittschrift des Rates (Anm. 14), S. 54.

<sup>25</sup> Carl Ganzel: Die Bevölkerung Perlebergs im dreißigjährigen Kriege, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 50 (1938), S. 311 - 330, hier: S. 312; Franz Grunick: Chronik der Kreis- und Garnisonstadt Perleberg, Perleberg 1939, S. 141.

mehr als fünf Personen auf eine Feuerstelle zu veranschlagen sind, auch wenn der Wert von allgemeinen Multiplikatoren bezweifelt wird.<sup>26</sup> Aus den Populationstabellen wird ersichtlich, daß auch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Perleberg nur zwischen 5,2 und 5,9 Personen pro Feuerstelle lebten.<sup>27</sup> Wahrscheinlich wurde in diesem Abschnitt der Bittschrift der Bevölkerungsstand bewußt zu hoch angegeben, um die Bevölkerungsverluste um so dramatischer erscheinen zu lassen.<sup>28</sup>

Neben der Bittschrift wird in zwei weiteren erzählenden Quellen auf die Auswirkungen des Krieges auf die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs eingegangen. In dem Augenzeugenbericht, den der Bürgermeister Theodor Bake über die Plünderung Perlebergs verfaßte und dessen genaues Entstehungsdatum leider nicht bekannt ist, geht dieser auf den Bevölkerungsstand nach der Plünderung ein. In dem bei Crusius abgedruckten zeitgenössischen Extrakt aus diesem Bericht heißt es: „*Die Zahl der Bürger und Einwohner ist bey guter Zeit in die 300. Häuser angeschlagen, aber nunmehr durch das so viel Jahr hero continuirliche Kriegs-Wesen dermassen verringert, daß jetzt kaum 50 (Gott gebe, daß es dabey nur bleiben und nicht immer weniger werden mögen,) gezehlet werden [...]*“.<sup>29</sup> Aus dem Zitat wird klar, daß die Schrift noch während des Krieges verfaßt wurde. Da seit den 1640er Jahren der Wiederaufbau, wenn auch schleppend, vorankam, in der Ausdrucksweise hingegen noch keine Hoffnung

<sup>26</sup> Rödel, „Statistik“ in vorstatistischer Zeit (Anm. 17), S. 15; Pfister, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 17), bes. S. 70 f. Zur Verwendung von Multiplikatoren zur Errechnung der absoluten Bevölkerung in Brandenburg vgl. Rainer Wohlfeil: *Kriegsverlauf 1635 - 1642. Bevölkerungsverluste der brandenburgischen Städte zwischen 1625 und 1652/3* (Der Dreißigjährige Krieg II), Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lfg. 50, Berlin, New York 1976, ohne Seitenangabe, der für Feuerstellenangaben vor dem Dreißigjährigen Krieg den Umrechnungsfaktor von 4,5 vorschlägt.

<sup>27</sup> Friedrich Wilhelm August Bratring: *Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg*, kritisch durchgesehene und verbesserte Neuaufl. von Otto Büsch und Gerd Heinrich. Mit einer biographisch-bibliographischen Einführung und einer Übersichtskarte von Gerd Heinrich, Berlin 1968 (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin Bd. 22, Neudrucke: Bd. 2), S. 411; *Historisches Ortslexikon* (Anm. 7), S. 644 f., 652.

<sup>28</sup> Trotzdem werden die Angaben der Bittschrift, daß Perleberg 1620 geschätzt 3.500 Einwohner gehabt hätte, 1640 aber kaum 300, kritiklos als Einwohnerzahlen in einschlägigen Hilfsmitteln zur Landesgeschichte wiedergegeben. Die Angaben finden sich im *Historischen Ortslexikon*, im *Deutschen Städtebuch*, dem *Handbuch der historischen Stätten* und der Karte im *Historischen Handatlas* über die Bevölkerungsverluste der brandenburgischen Städte. Vgl. *Historisches Ortslexikon für Brandenburg* (Anm. 7), S. 652; *Handbuch der Historischen Stätten* (Anm. 7), S. 310; *Deutsches Städtebuch* (Anm. 7), S. 395; Wohlfeil, *Kriegsverlauf 1635 - 1642. Bevölkerungsverluste der brandenburgischen Städte* (Anm. 26). Auch Ganzel schätzt die Zahl in der Bittschrift als übertrieben ein. Vgl. Ganzel, *Bevölkerung* (Anm. 25), S. 312.

<sup>29</sup> Ein Auszug dieser Schrift ist abgedruckt bei Crusius (Anm. 14), hier: S. 22.

auf Besserung zum Ausdruck kommt, kann vermutet werden, daß diese Darstellung nach der Plünderung zwischen 1638 und 1640 angefertigt wurde.

In diese Zeit fällt auch der Bericht des damaligen Kantors Freyer. Er schildert die Ereignisse nach der Plünderung 1638: „*Endlich aber ist die Schule wieder ausgeräumt und den 23. Dec. wiederum darin geprediget. Da ist wieder Schule gehalten und sind wenig Knaben überblieben, etwa von soviel 100. nur 20.*“<sup>30</sup> Das Katastrophenbild aus den erzählenden Quellen soll nunmehr durch die Untersuchung der sekundärstatistischen Quellen und der Kirchenbücher überprüft werden.

Die Musterungsliste von 1623 gewährt eine ungefähre Vorstellung von der Anzahl der bewohnten Häuser in der unmittelbaren Vorkriegszeit. Damals drohte der schon seit Jahren in Süddeutschland wütende Krieg sich nach Norddeutschland zu verlagern.<sup>31</sup> In Perleberg war der Militärdienst an das Haus gebunden, die Hauseigentümer mußten pro Haus einen Mann hierfür zur Verfügung stellen. Allein die kirchlichen und städtischen Häuser waren von der Musterung ausgenommen. Aus der Musterungsliste ist ersichtlich, daß zu dieser Zeit 282 Häuser in Perleberg bewohnt waren.<sup>32</sup> Sie zeigt, daß die Angaben, daß Perleberg in der Vorkriegszeit in etwa 300 Häuser oder auch Feuerstellen<sup>33</sup> besessen hätte, glaubwürdig ist.

Die nächste Quelle stammt vom April 1635. Im Beisein des kurfürstlichen Kommissars Baltzer Veit von Einbeck wurden Liquidationen, Kostenabrechnungen für Einquartierung, aufgestellt, die die Aufwendungen für die Kompanie Reiter des Wachtmeisters Eichendorf und des Rittmeisters Marwitz betrafen. Diese Kompanie war vom 19. Januar bis zum 4. März 1635 in Perleberg einquartiert. In der Liste wurden die Namen der Quartiergeber mit Angaben über die Höhe der von ihnen erbrachten

---

<sup>30</sup> „Folgendes ist genommen aus einer gedruckten Schrift, die der Herr Cantor Georgius Freyer auf Begehren des Hrn. Insp. Mag. von der Linde zusammengetragen“, in: Crusius (Anm. 14), S. 49 f., hier: S. 50.

<sup>31</sup> Das Edikt hierzu befindet sich im GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 24 Kriegssachen hauptsächlich aus der Zeit des 30jährigen Krieges, F. 1. fasc. 7.

<sup>32</sup> BLHA Potsdam, Pr. Br. Rep. 78 Kurmärkische Lehnkanzlei, I Generalia 69. Die Musterungsliste wurde mit dem dazugehörigen Protokoll von Georg Grüneberg ediert. Vgl. Georg Grüneberg: Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung im 17. Jahrhundert, Lenzen 1999 (= Quellen und Schriften zur Bevölkerungsgeschichte der Mark Brandenburg 6), S. 91 - 99. Vgl. ausführlich zur Auswertung der Musterungsliste von 1623: Gahlen, Die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs im „langen“ 16. Jahrhundert (Anm. 8), S. 18 - 20.

<sup>33</sup> Im Schoßregister von 1568 sind Angaben über die Häuser und Buden Perlebergs erhalten. Damals machte der Budenanteil 21 % aus. GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 21 Brandenburgische Städte, Nr. 118; Gahlen, Die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs im „langen“ 16. Jahrhundert (Anm. 8), S. 14 f.

Kontribution, der Kosten der Einquartierung und anderer Kosten eingetragen.<sup>34</sup> Es werden 160 Namen aufgelistet, unter denen 12 als Witwen bezeichnet werden. Auffällig ist, daß in der Liste von 1635 nur zweimal Vor- und Nachnamen doppelt und mit verschiedenen Schreibweisen aufgeführt werden, die nicht durch Zusätze als verschiedene Personen kenntlich gemacht sind.<sup>35</sup> In den Musterungslisten hingegen gibt es häufig Mehrfachnennungen, da die Personen, denen mehrere Häuser in Perleberg gehörten, auch entsprechend viele Männer zur Musterung stellen mußten. Verschiedene Erklärungsmöglichkeiten für die Gegensätzlichkeit in der Liste von 1635 sind anzuführen. Eine Möglichkeit wäre, daß allein die Hauseigentümer aufgenommen wurden, so daß, da Mehrfachbesitz von Häusern in Perleberg 1623 keine Seltenheit war, die Zahl der bewohnten Häuser höher veranschlagt werden müßte. Da allerdings die Quartiergeber in der Liste aufgeführt wurden, die neben einem Schlafplatz auch für die Kost der Soldaten aufkommen mußten, ist die zweite Möglichkeit, daß nicht die Hauseigentümer, sondern die Vorstände der Hausbewohner aufgelistet wurden, wahrscheinlicher. Bei dieser Variante handelte es sich bei der Zahl 160 um die damalige Zahl der bewohnten Häuser. Sie hätte sich somit seit 1623 um 43 % verringert, als noch 282 bewohnte Häuser gezählt wurden.

Im Januar 1646 fand eine Musterung der Pferde und Mannschaften Perlebergs statt, um die Stadt gegen Marodeure zu schützen.<sup>36</sup> Neben den Namen ist in der Liste vermerkt, ob die betreffende Person selbst zur Verfügung stand oder einen Vertreter schickte und ob sie zusätzlich ein Pferd stellen konnte. Am Ende der Liste erfolgt eine Summenangabe, bei der erläutert wird, daß es sich um den „*Hauptbestandtheil der Bevölkerung*“ handelte. Neben der Bürgerschaft scheinen auch die unterbürgerlichen Haushaltsvorstände aufgenommen worden zu sein, da etwa der Müllerknecht, der ohne Namen genannt wird, in einer eigenen Zeile aufgeführt wurde. Insgesamt werden 1646 67 gemusterte Personen genannt. Bei drei Personen wurde vermerkt, daß ihre Gesellen sie vertreten würden. Eine Person schickte ihren „*Kunzen*“. Als einzige

---

<sup>34</sup> GStAPK Berlin, I. HA. Rep. 21 Brandenburgische Städte, Nr. 115: „Liquidationen der Prignitzischen Städte 1635“. Die Liste ist ediert bei Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), S. 110 - 112.

<sup>35</sup> Jochim Köler und Jochim Köhler sowie Jochim Tiede und Jochim Tyde. Grüneberg weist darauf hin, daß auch der Name Peter Wulff eine doppelte Nennung sein könnte, siehe Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), S. 112. Die unterschiedlichen Schreibweisen „Peter Wulff“ und „Peter Wulff jun.“ sprechen aber eher für zwei verschiedene Personen.

<sup>36</sup> Abschrift bei Hugo Wendt: Chronik der Stadt Perleberg, 1884, fol. 494 - 496 (Handschrift im Stadtarchiv Perleberg, ohne Signatur).

weibliche Person wird die Tochter Jochen Schultzes genannt, bei der auffälligerweise kein Vertreter erscheint. Gegenüber 1635 hatte sich die Zahl der Bürgerschaft mehr als halbiert. Im Vergleich zum Vorkriegsstand, der in der Musterungsliste von 1623 zum Ausdruck kommt, war weniger als ein Viertel der Bürgerschaft noch vorhanden. 1648 wurde eine Liste mit dem Zweck aufgestellt, die für die Kontribution zur Verfügung stehenden Haushalte zu bestimmen.<sup>37</sup> Nach Quartalen geordnet wurden die Namen der Haushaltsvorstände, ihr Wohnort, der Zustand der Wohnungen, ihre Berufe und ob sie von der Kontribution befreit waren, vermerkt. Insgesamt werden 144 Haushaltsvorstände genannt. 139 Haushalte werden mit dem Namen des Haushaltsvorstandes angegeben. Bei den restlichen fünf Eintragungen ist vom Pfarrhaus, der Jungfernschule und von den Wohnungen des Diakons, des Schweinehüters und des Kuhhirten die Rede.

In der Liste erhielt nicht jede Eintragung eine Nummer, sondern es wurden nur 115 Nummern vergeben. Diese entsprechen den Haushalten, die zur Kontribution verpflichtet waren. Die kirchlichen und städtischen Amtsträger waren von der Kontribution ausgenommen, was sechs Haushalte ausmachte. Die übrigen 23 Haushalte waren aufgrund ihrer Armut von der Kontribution befreit.<sup>38</sup>

Aus der Kontributionsliste geht hervor, daß die Häuser und Buden 1648 wie vor dem Krieg nur mit einem Haushalt belegt waren. Bei 40 Haushalten ist zwar eine andere Person als Haus- oder Budeneigentümer angegeben als der Bewohner, so daß hier von einem Mietverhältnis auszugehen ist.<sup>39</sup> Doch wird allein in sechs Fällen der Eigentümer auch in der Liste der kontributionspflichtigen Haushalte aufgeführt. Aufgrund der Quartals- und Nummernangaben kann aber geschlossen werden, daß auch in diesen Fällen die Hauseigentümer nicht mit den Mietern ihr Haus geteilt haben, sondern daß es sich um weitere Häuser in ihrem Eigentum handelte.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Stadtarchiv Perleberg, Urkunde Nr. 198; Die Liste ist abgedruckt bei Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), S. 113 - 118.

<sup>38</sup> Beispiele für diesbezügliche Zusätze: „*ein alter, armer, elender Mann, gibt keine Contribution*“, „*wegen Alters und mangelndem Gesicht der Contribution erlassen*“, „*gibt keine Contribution, wie auch die Kinder der Almosen leben*“.

<sup>39</sup> Dies betraf 33 Häuser und sieben Buden.

<sup>40</sup> Bei Claus Briesemann (selbst: 4. Quartal, Nr. 101; Joachim Schröder in Briesemanns Haus: 1. Quartal, Nr. 12), Math. Francke (selbst: 2. Quartal, Nr. 55; Rel. Christ. Wulffen in Math. Frankens Häuschen, 3. Quartal, Nr. 75), Mathias Hasse (selbst: 3. Quartal, Nr. 57; ein Oberst Leutnant in Hasses Haus: 1. Quartal, Nr. 5); Johann Rüdigers (selbst: 2. Quartal, Nr. 25; Georg Rittner in Joh. Rüdigers Haus: 2. Quartal, Nr. 42); Bernhard Ruhlow (selbst: 2. Quartal, Nr. 52; Hermes Drewes in Ruhlows kleiner Bu-



Bei allen Einwohnern wurde angegeben, ob sie in Häusern oder in Buden lebten. So kann aus der Liste die Zahl der bewohnten Häuser erschlossen werden, die sich mit der Angabe aus der Musterungsliste von 1623 vergleichen läßt. 12 Buden, ein Häuschen und ein Gartenhäuslein werden genannt. Von Christoph Gäde wird erwähnt, „hat ein wenig auf seiner Brandstätte zur Wohnung angerichtet“.<sup>41</sup> Um einen Vergleich mit der Musterungsliste von 1623 zu erreichen, sind abgesehen von diesen 15 Stellen die kirchlichen und städtischen Häuser abzuziehen,<sup>42</sup> da nur die bürgerlichen Hauseigentümer zum Militärdienst verpflichtet waren. Neben dem Pfarrhaus, der Jungfernschule, den Wohnungen des Diakons, des Schweinehirten und des Kuhhirten sind drei weitere Haushalte abzuziehen, bei denen erwähnt wird, daß sie in der Heiligen Geist Freiheit wohnten. Hierunter ist wohl das Hospital St. Spiritus zu verstehen, das im äußersten Nordosten der Stadt lag und nach der Reformation zunehmend verfallen war.<sup>43</sup> Insgesamt ergeben sich auf diese Weise 121 bewohnte Häuser.<sup>44</sup> Die erzählenden und sekundärstatistischen Quellen zeigen, daß die Bevölkerungszahl Perlebergs während des Dreißigjährigen Krieges drastisch zurückging.

Tab. 1: Anzahl der Häuser, Haushalte und Einwohner während des Dreißigjährigen Krieges<sup>45</sup>

	1623	1635	nach 1638	1641	1646	1648
Häuser	282	160	<i>kaum 50</i>		67	121
Haushalte						144
Einwohner				<i>kaum 300</i>		

---

de: 2. Quartal, Nr. 52 u. Jacob Böttcher in Ruhlovs Bude: 3. Quartal, Nr. 65); Jürgen Wincke (selbst: 4. Quartal, Nr. 112; ein fremder Zimmermann in Jürgen Wienckes Haus: 1. Quartal, Nr. 6)

<sup>41</sup> Im III. Quartal, Nr. 78.

<sup>42</sup> Kontributionsfreie, städtische Stellen werden in der Kontributionsliste kenntlich gemacht, indem die Wohnung und nicht der Haushaltsvorstand angegeben sind.

<sup>43</sup> Das zweite in Perleberg vormals vorhandene Hospital St. Jürgen war 1640 abgerissen worden. Vgl. Viereck, Stadt Perleberg (Anm. 10), S. 47 f.

<sup>44</sup> Grüneberg spricht hingegen in seiner statistischen Übersicht in Perleberg 1648 von nur 115 bewohnten, steuerpflichtigen Häusern. Vgl. Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), S. 18. Indem hier alle bewohnten Häuser abgesehen von den städtischen und kirchlichen Häusern gezählt wurden, auch jene, deren Bewohner aufgrund ihrer Armut von der Kontribution befreit waren, läßt sich die Angabe mit der Musterungsliste von 1623 vergleichen.

<sup>45</sup> Die Angaben aus erzählenden Quellen wurden kursiv wiedergegeben.

Wurden 1623 bei einer Musterung noch 282 bewohnte Häuser gezählt, reduzierte sich die Anzahl bis 1635 um über 40 %, als im höchsten Fall noch 160 Häuser bewohnt waren. Perleberg blieb bis zu diesem Zeitpunkt von Morden und Epidemien verschont. Allerdings brannten im Jahr 1623 26 Häuser und im Jahr 1626 20 Häuser ab,<sup>46</sup> so daß ein Verlust von 46 Häusern 1635 gegenüber 1623 erklärbar wäre, nicht jedoch ein Verlust von 122 bewohnten Häusern.

Nach den Pestepidemien und der Plünderung und Zerstörung der Stadt 1638 berichtet Bake in seinem Bericht, daß kaum 50 Häuser in Perleberg bewohnt gewesen seien. Die Bittschrift von 1641, als die Geflüchteten teilweise schon in die Stadt zurückgekehrt waren, spricht von kaum 300 Einwohnern, wobei selbst die kleinen Kinder in dieser Zahl enthalten gewesen seien. Noch 1646, als der Wiederaufbau schon vorangeschritten sein muß, werden nur 67 bewohnte Häuser bei einer Musterung gezählt. Dies entspricht nur einem Viertel der Häuser in der Musterung von 1623. Aufgrund des Vergleichs mit der Musterungsliste von 1646 sind die Angaben in dem Bericht von Bake und der Bittschrift nicht als völlig übertrieben abzutun. Im Jahr des Westfälischen Friedens hatte sich der Bevölkerungsstand gegenüber 1646 schon wieder deutlich erhöht. Es werden 144 Haushalte, von denen 115 kontributionspflichtig waren, aufgelistet.

Die Musterungsliste von 1623 und die Kontributionsliste von 1648 ermöglichen es, aufgrund der Anzahl der bewohnten Häuser eine Schätzung hinsichtlich des Bevölkerungsverlustes in Perleberg zu wagen. Die meisten geflüchteten Einwohner, die sich nicht in der Fremde niedergelassen hatten, werden bis zu diesem Zeitpunkt nach Perleberg zurückgekehrt sein. Der prozentuale Verlust an bewohnten Häusern zwischen 1623 und 1648 betrug 57 %. Waren 1623 noch 282 Häuser bewohnt, waren es 1648 nur noch 121.

#### Vitalstatistik

Mit Hilfe der Kirchenbücher läßt sich die Bewegung der Bevölkerung Jahr für Jahr nachzeichnen, da die Zahl der Pfarrangehörigen für die Zeit bis zur Trennung von Kirche und Staat im 19. Jahrhundert im Prinzip mit der Gesamtzahl der im Kirchspiel ansässigen Personen gleichzusetzen ist. Zudem können die demographischen Krisen bestimmt werden, bei denen die Gestorbenenzahlen um mindestens 30 % über dem

---

<sup>46</sup> Ganzel, Bevölkerung (Anm. 25), S. 311.

Durchschnitt der Gestorbenenzahlen der vorhergehenden und nachfolgenden fünf Normaljahre liegen. Mit dem Maximum der Sterblichkeit geht eine spürbare Verringerung der Empfängnisse und Eheschließungen einher. Das Ende der Krise wird markiert durch ein Absinken der Anzahl der Todesfälle, parallel dazu verläuft eine vorübergehende Erhöhung der Anzahl der Empfängnisse und Heiraten.<sup>47</sup>

Ein großes Manko im Fall Perleberg während des Dreißigjährigen Krieges ist, daß die Sterberegister erst ab 1640 überliefert sind, als sich Perleberg von den schlimmsten Kriegseinwirkungen schon wieder zu erholen begann. Auch ist zu bedenken, daß manche aufgezeichneten Taufen, Beerdigungen und Hochzeiten der geflüchteten Landbevölkerung zuzurechnen sind und die meisten Dorfpfarren zwischen 1635 und 1640 verlassen waren, so daß die Sakramente nur in den Städten zu erlangen waren.<sup>48</sup>

Tab. 2: Die jährliche Vitalstatistik 1625 bis 1652

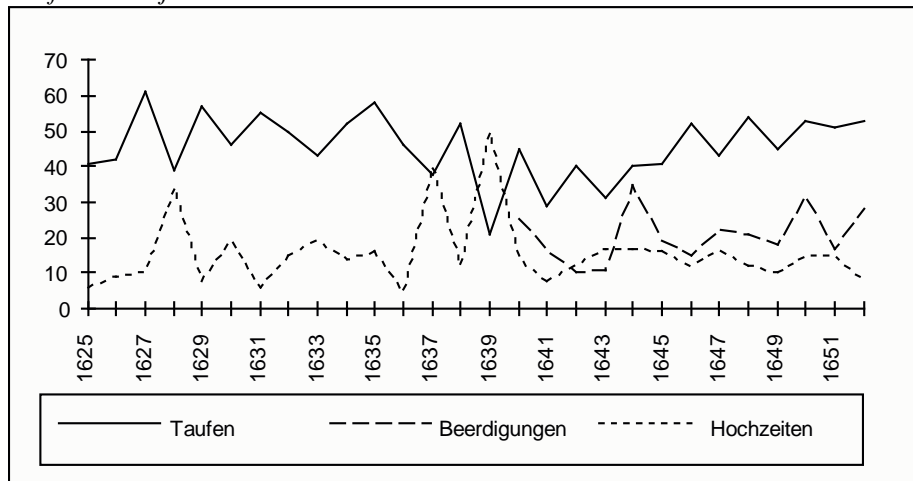
Jahr	Taufen	Hochzeiten	Beerdigungen
1625	41	6	
1626	42	9	
1627	61	10	
1628	39	34	
1629	57	8	
1630	46	19	
1631	55	6	
1632	50	15	
1633	43	19	
1634	52	14	
1635	58	16	
1636	46	5	

<sup>47</sup> Michael Flinn: The Stabilization of Mortality in Pre-Industrial Europe, in: *Journal of European Economic History* 3 (1974), S. 285 - 318, hier: S. 287 ff. Mit der von Flinn vorgeschlagenen Definition arbeitet Hans Medick: *Weben und Überleben in Laichingen 1650 - 1900. Lokalgeschichte als Allgemeine Geschichte*, Göttingen 1996 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 126), S. 307 - 308. Rödel geht ausführlich auf den Forschungsstand zu Definition, Ursachen und Auswirkungen von demographischen Krisen ein. Vgl. Walter G. Rödel: *Mainz und seine Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert. Demographische Entwicklung, Lebensverhältnisse und soziale Strukturen in einer geistlichen Residenzstadt*, Wiesbaden 1985, S. 218 - 228.

<sup>48</sup> Johannes Schultze: Einleitung, in: *Die Prignitz und ihre Bevölkerung nach dem dreißigjährigen Kriege, Perleberg 1928* (= Veröffentlichungen des Heimatvereins Perleberg), S. III - XV, hier: S. VIII.

Jahr	Taufen	Hochzeiten	Beerdigungen
1637	38	40	
1638	52	12	
1639	21	50	
1640	45	14	25
1641	29	8	17
1642	40	12	10
1643	31	17	11
1644	40	17	35
1645	41	16	19
1646	52	12	15
1647	43	16	22
1648	54	12	21
1649	8	10	18
1650	53	15	32
1651	51	15	17
1652	53	8	28

Grafik 1: Die jährliche Vitalstatistik 1625 bis 1652



Während des Krieges wurden die Taufen in Perleberg durchgängig vermerkt.<sup>49</sup> Zwischen 1625 und 1635 bleiben die Werte ungefähr auf einem Niveau, auch wenn die Zahlen jährlich schwanken. Die Zahlen bewegen sich insgesamt zwischen 39 und 62. Der durchschnittliche Wert liegt um die Zahl 50. 1636 bis 1639, in denen die Stadt unter Seuchen, Plünderungen und Hungersnot litt, sanken die Taufzahlen steil ab. Von 1639 bis 1652 stieg die Anzahl mit Schwankungen wieder und erreichte 1652 den Wert 53. Die jährlichen Todesfälle belaufen sich 1640 bis 1652 zwischen 10 (1642) und 35 (1644) und sind durchschnittlich nur halb so hoch wie die gleichzeitigen Taufwerte.<sup>50</sup>

Die Trauungen wurden während des Krieges durchgängig dokumentiert.<sup>51</sup> 1625 bis 1628 steigen die Werte an. Das Jahr 1628 erreicht mit 34 Trauungen die dritthöchste Zahl während des Krieges. 1629 bis 1636 bleiben die Werte mit hohen Schwankungen auf relativ niedrigem Niveau. Sie erreichen Werte zwischen 19 (1630 und 1633) und 5 (1636). Die Krisenjahre 1636 und 1638 sind bei der Entwicklung der Hochzeiten während des Dreißigjährigen Krieges sehr deutlich erkennbar. In den Jahren 1636 und 1638 wurden weniger Ehen als im Durchschnitt geschlossen und in den folgenden Jahren 1637 und 1639 ausgesprochen hohe jährliche Heiratsraten erreicht: 1637 40 Eheschließungen und 1639 sogar 50. Zwischen 1640 und 1652 ist trotz Schwankungen ein flacher Abwärtstrend auszumachen.

Der Bevölkerungstrend, den die Vitalstatistik zeigt, ist insbesondere bei der Entwicklung der jährlichen Taufen erstaunlich. Bei der Anzahl der Taufen zeigt sich ein Abwärtstrend zwischen 1625 und 1639 um etwa 25 %. Von 1639 bis 1650 erhöht sich die Anzahl wiederum deutlich, so daß 1650 schon wieder in etwa die gleiche durchschnittliche Anzahl an Taufen wie vor dem Krieg verzeichnet wurde. Zwar ist davon auszugehen, daß bei den Taufen auch Taufen der in die Stadt geflüchteten Landbevölkerung verzeichnet wurden und Leute vom Land nur zur Taufe in die Stadt kamen, doch ist trotzdem erstaunlich, daß bei solch hohen Veränderungen im Bevölkerungsstand die Anzahl der jährlichen Taufen 1650 schon ungefähr wieder dem Wert vor dem Krieg entsprach. Dies ist um so frappierender, da Kaphahn bei der Auswertung

---

<sup>49</sup> Die betreffenden Kirchenbücher sind nicht numeriert: Taufregister 1601 - 1643, S. 88 - 278, 293 - 307; Taufregister 1644 - 1717, S. 2 - 704.

<sup>50</sup> Sterberegister sind allein zwischen 1640 und April 1653 erhalten. Kirchenbuch ohne Nummer: Beerdigungen 1640 - 26. 4. 1653, S. 278 - 290.

<sup>51</sup> Kirchenbuch ohne Nummer, Trauregister 1601 - 1644, S. 1 - 58; Kirchenbuch Vol. IV, Trauregister 1645 - 1776.

der Taufregister in den altmärkischen Immediatstädten zu ganz anderen Ergebnissen kam. Er errechnete die durchschnittliche Anzahl der Taufen pro Jahr 1621 bis 1625 und 1646 bis 1650.<sup>52</sup>

Tab. 3: Die durchschnittliche Anzahl der Taufen pro Jahr in den altmärkischen Immediatstädten<sup>53</sup>

	1621 - 1625	1646 - 1650	Verlust in %
Stendal	277	112	60 %
Salzwedel	226	173	24 %
Gardelegen	43	31	28 %
Tangermünde	137	71	48 %
Seehausen	78	31	60 %
Werben	62	16	74 %

Ging in Perleberg die jährliche Anzahl an Taufen im Zeitraum 1646 bis 1650 gegenüber dem von 1621 bis 1625 nur um 13 % zurück, reduzierte sie sich in den altmärkischen Immediatstädten zwischen 24 % und 74 %. Und dies, obwohl auch in den Taufregistern der altmärkischen Städte davon ausgegangen werden muß, daß Taufen der Landbevölkerung verzeichnet sind.

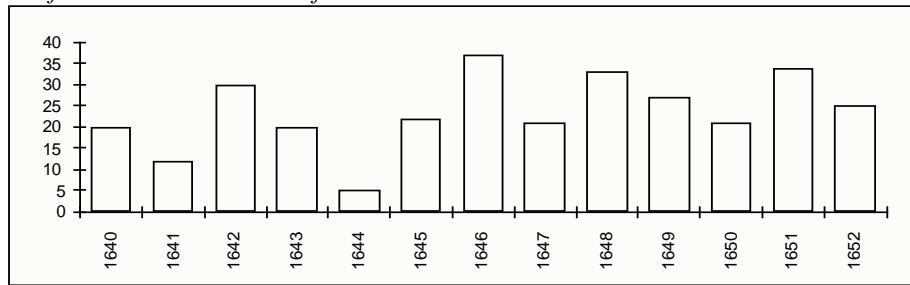
Zwischen 1640 und 1652 sind Sterberegister erhalten. Die Anzahl der jährlichen Beerdigungen zeigt vom Trend her seit 1640 die gleiche Entwicklung wie die der Taufen. Die Werte steigen zwischen 1640 und 1650 um etwa 25 % an. Die Anzahl der jährlichen Hochzeiten bleibt hingegen von 1625 bis 1652 mit Ausnahme der Jahre 1637 und 1639 auf ungefähr einem Niveau.

Auffällig ist, daß zwischen 1640 und 1652 durchschnittlich nur halb soviel Menschen gestorben sind wie geboren wurden. Der Geburtenüberschuß hielt bis 1652 an, was ein Hinweis auf eine stark anwachsende Bevölkerung seit 1640 ist.

<sup>52</sup> Kaphahn, Die wirtschaftlichen Folgen (Anm. 20), S. 34.

<sup>53</sup> Vgl. zu den Taufzahlen der altmärkischen Immediatstädte: Kaphahn, Die wirtschaftlichen Folgen (Anm. 20), S. 34.

Grafik 2: Geburtenüberschuß 1640 bis 1652



Dieser hohe Geburtenüberschuß erklärt sich vor allem daraus, daß auf die enormen Bevölkerungsverluste mit höheren Kinderzahlen reagiert wurde. Das wichtigste Regulierungsinstrument stellte hierbei wohl das Heiratsalter der Frauen dar.<sup>54</sup>

Die niedrige Sterblichkeit in Perleberg 1640 bis 1652 läßt sich vor allem auf zwei Faktoren zurückführen. Einerseits waren von den Pestseuchen 1636 und 1638 sicherlich überproportional alte Menschen betroffen, wie dies bei dieser Art von Epidemien üblich war. In den folgenden Jahren starben deswegen strukturbedingt nur noch sehr wenige Menschen. Des weiteren könnte die Sterblichkeit vorübergehend zurückgegangen sein, da die sinkenden Getreidepreise eine bessere Ernährung erlaubten.<sup>55</sup>

#### Krisenjahre

Die Krisenjahre zeichnen sich in der Vitalstatistik deutlich ab. Die Jahre, in denen Perleberg am stärksten vom Dreißigjährigen Krieg betroffen war, waren 1636 bis 1639. 1636 und 1638 traten in Perleberg Epidemien auf. Des weiteren folgte 1638 eine mehrfache Plünderung der Stadt und im Winter 1638/39 eine Hungersnot.

<sup>54</sup> Man nimmt für ganz Deutschland an, daß kurzfristig die Geburtenziffern auf 50 ‰ und mehr anstiegen. In normalen Jahren lagen sie damals knapp über 30 ‰. Christof Dipper: Deutsche Geschichte 1648 - 1789, Frankfurt a. M. 1991 (= Moderne Deutsche Geschichte 3), S. 53 f.

<sup>55</sup> Für die Mark Brandenburg besitzt man nur lückenhafte Angaben über die Preis- und Konjunktorentwicklung. Nur für den Berliner Getreidemarkt existiert eine umfangreichere Sammlung von Getreidepreisen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Der besondere Wert des Berliner Getreidemarktes liegt darin, daß sehr häufig der höchste und der niedrigste Preis, der im Laufe eines Jahres erzielt wurde, angegeben ist, so daß anhand des Höchstpreises krisenhafte Entwicklungen bestimmt werden können. Die Tabellen finden sich bei Werner Naudé: Die Getreidehandelspolitik und Kriegsmagazinverwaltung Brandenburg-Preußens bis 1740, Berlin 1901 (= Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Die einzelnen Gebiete der Verwaltung. Getreidehandelspolitik 2), S. 568 - 573.

Im demographischen System des Ancien Régime gab es drei Arten von Übersterblichkeit: bedingt durch Seuchen, bedingt durch Krieg, bedingt durch Nahrungsmittelknappheit. Im Dreißigjährigen Krieg kamen die drei Faktoren zusammen und potenzierten sich gegenseitig.<sup>56</sup> Der Auffassung von Günther Franz, daß die Pest sich so verhängnisvoll nur infolge des Krieges und nur in den Gebieten, die Kriegsschauplatz waren, habe auswirken können und es daher schlechthin unmöglich sei, die Pesttoten nicht zu den Kriegsfolgen zu rechnen,<sup>57</sup> wurde zuletzt von Vasold zugestimmt. Alle Kriege, die das Reich in der Neuzeit führte, hätten bis hin zum Krieg von 1866 selbst unter den Soldaten höhere Verluste infolge von Seuchen als infolge von direkten Kampfhandlungen verursacht.<sup>58</sup>

Leider fehlen für die entscheidenden Jahre 1636 bis 1639 für Perleberg die Sterberegister. Doch zeigen auch die Diagramme der Taufen und Heiraten, daß 1636 und 1638 Krisenjahre waren. Am deutlichsten sind die Krisenjahre bei den Hochzeiten erkennbar. In den Jahren 1636 und 1638 wurden weniger Ehen als im Durchschnitt geschlossen. Noch auffälliger ist, daß in den folgenden Jahren 1637 und 1639 sich sehr hohe jährliche Heiratsraten abzeichnen: 1637 40 Eheschließungen und 1639 sogar 50. Die auf den ersten Blick erstaunliche Tatsache, daß ein solcher Heiratsboom insbesondere 1639 nach dem Seuchenzug, der Plünderung und der darauffolgenden Hungersnot überhaupt möglich war, läßt sich aus der Tatsache erklären, daß „*das Reproduktionspotential in der damaligen traditionellen Gesellschaft beträchtlich war.*“<sup>59</sup> Mattmüller weist darauf hin, daß im Fürstbistum Basel Anfang des 18. Jahrhunderts ungefähr die Hälfte der Erwachsenen (über 15 Jahre) verheiratet, ebenso viele aber ledig waren. Infolge der Seuchenzüge erlaubten frei gewordene Ernährungs- und Erwerbsstellen, daß Menschen heiraten konnten, die nach ihrer sozioökonomischen

---

<sup>56</sup> Manfred Vasold: Die deutschen Bevölkerungsverluste während des Dreißigjährigen Krieges, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 56 (1993), S. 147 - 160, hier: S. 155.

<sup>57</sup> Franz, Der Dreißigjährige Krieg (Anm. 6), S. 7.

<sup>58</sup> Vasold, Bevölkerungsverluste (Anm. 56), S. 151.

<sup>59</sup> Markus Mattmüller: Bevölkerungsgeschichte der Schweiz, Teil I: Die frühe Neuzeit 1500 - 1700, unter Mitarbeit von Fridolin Kurmann und André Schluchter, Basel und Frankfurt a. M. 1987, Bd. 1: Darstellung, S. 248.



bzw. erbrechtlichen Stellung in der Gesellschaft noch nicht so früh oder überhaupt nie geheiratet hätten.<sup>60</sup>

Auch bei den Taufen schlugen sich die Krisenjahre nieder. In den Krisenjahren wurden in Perleberg weniger Kinder als üblich gezeugt, im folgenden Jahr weniger Kinder geboren. Den niedrigen Wert von 1637 kann man vielleicht noch mit den üblichen Schwankungen erklären, nicht jedoch den Wert von 1639. Nur 21 Taufen wurden in diesem Jahr gezählt, im Jahr 1638 waren es noch 52.

Selbst ohne die Todesfälle zeigt die Vitalstatistik den üblichen Ablauf auf, daß sich in der Zeit hoher Mortalität die Zahl der Empfängnisse und Eheschließungen stark verminderte, um parallel zum Abflachen der Mortalität dann in ein Ansteigen der Hochzeiten und - zeitlich dazu versetzt - in eine Erhöhung der Geburtenkurve zu münden.<sup>61</sup>

Über die Opfer der im Jahre 1636 grassierenden Pest ist allein die Zahlenangabe von Bake überliefert, daß 700 Personen damals an der Pest starben.<sup>62</sup> Dieser Angabe ist aufgrund der gerundeten Zahl kritisch gegenüberzustehen. Angaben über Seuchen-, Hunger- und Kriegsoffer sind häufig Stereotypen.<sup>63</sup> Wahrscheinlich ist auch, daß bei dieser Angabe neben den verstorbenen Stadtbewohnern in der Stadt gestorbene Soldaten und die Toten der Landbevölkerung, die sich hinter die schützenden Mauern der Stadt geflüchtet hatte, mitgerechnet wurden.<sup>64</sup>

Über die Zahl der Seuchenopfer 1638 ist eine genaue Aussage überliefert. Magister Bernhard von der Linden führt in seiner Plünderpredigt aus, daß 1638 an den Seuchen 282 Menschen gestorben seien, wobei bei dieser Zahlenangabe die Toten der in die

---

<sup>60</sup> Mattmüller (Anm. 59), Bd. 1, S. 249; vgl. auch Wilhelm Norden: Eine Bevölkerung in der Krise. Historisch-demographische Untersuchungen zur Biographie einer norddeutschen Küstenregion (Butjadingen 1600 - 1850), Hildesheim 1984, S. 15.

<sup>61</sup> Rödel, Mainz (Anm. 47), S. 232 f.

<sup>62</sup> Stadtarchiv Perleberg, Urkunde 202, Theodor Bake: Angustiae Perlebergenses. Kurtze und wahrhaftige Beschreibung der barbarischen und tyrannischen Ausplünderung und Verheerung der in der Prignitz gelegenen Hauptstadt Perleberg, so geschehen vom 1. Oct. biß auf den 13. Dez. anno 1638, S. 10; Bake, Extract (Anm. 21), S. 24.

<sup>63</sup> Rödel, „Statistik“ (Anm. 17), S. 17.

<sup>64</sup> Wohlfeil warnt davor, bei summarischen Angaben über „Pesttote“ zu übersehen, daß sie nicht nur verstorbene Stadtbewohner, sondern auch die Toten der geflüchteten Landbevölkerung enthalten. Vgl. Wohlfeil, Kriegsverlauf 1635 bis 1642 (Anm. 26), o. S.

Stadt geflüchteten Leute vom Land und Adel ausgenommen seien.<sup>65</sup> Dies ist eine größere Anzahl an Todesfällen, als im 16. und in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Perleberg bei Epidemien überliefert ist.<sup>66</sup>

Bernhard von der Linden und Theodor Bake vermerken in ihren Berichten zwei Seuchen, „*die hitzige Haut-Kranckheit*“ und die „*giftige Seuche der Pestilenz*“.<sup>67</sup> Hinter dem Ausdruck „*hitzige Haut-Kranckheit*“ verbirgt sich höchstwahrscheinlich das im Dreißigjährigen Krieg vielfach aufgetretene Fleckfieber. Es handelt sich um eine vor allem bei älteren Menschen tödlich verlaufende Infektionskrankheit, die von Kleiderläusen übertragen wird. Das Fieber gehörte zu den sogenannten Lagerkrankheiten, die während Einquartierungen oder auch durch Auf- und Durchmärsche von den infizierten Truppenteilen auf die Zivilbevölkerung ausgebreitet wurden.<sup>68</sup> Auch im Falle Perleberg zeigt sich, daß die Seuchenopfer während des Krieges zu den Verlusten des Dreißigjährigen Krieges gezählt werden müssen. Beide Male, 1636 und 1638, wurden die Epidemien durch Soldaten in die Stadt eingeschleppt.

Wieviele Einwohner während der Plünderung ermordet wurden, kann anhand der Berichte nicht ermittelt werden. Während der Plünderung scheint nur eine kleine Minderheit in der Stadt geblieben zu sein. Schwerwiegender war wohl die durch sie hervorgerufene Nahrungsmittelknappheit. Schon in der Zeit der Einquartierung der kaiserlichen acht Regimenter im Herbst 1638 kam es zu einer Hungersnot in Perleberg. Bake schreibt dazu: „[...] *d. 5. Nov. ist die Bagage nachkommen, und wegen Menge der Leute eine grosse Hungersnoth entstanden, daß die meisten sowohl von Soldaten als Bürger-Volck in etlichen Tagen keines Bissen Brods mächtig seyn können, und dahero viele schleunigk von Hunger, Kälte, Angst und Schrecken wegge-*

---

<sup>65</sup> „Extract aus der Perlebergischen Plunder-Predigt, so Herr Mag. Bernhard von der Linde, der in der Plünderung selbst mit gewesen und sehr vieles drin ausgestanden, einige Jahre nachher hieselbst gehalten“, in: Crusius (Anm. 14), S. 12.

<sup>66</sup> Die Lückenhaftigkeit der überlieferten Todesfälle ist zu bedenken. Erst ab 1719 sind die Beerdigungsregister durchgängig erhalten, zuvor sind allein für die Jahre 1573 - 1586, 1589 - 1595 und 1640 - 1653 Register vorhanden. Kirchenbücher der Gemeinde St. Jacobi, Beerdigungsregister; vgl. zu den Todesfällen in Perleberg im 16. Jahrhundert auch Gahlen, Die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs im „langen“ 16. Jahrhundert (Anm. 8), S. 21 f.

<sup>67</sup> Linde, Plunder-Predigt (Anm. 65), S. 12 und Bake, Extract (Anm. 21), S. 23.

<sup>68</sup> Arthur E. Imhof: Die nicht-namentliche Auswertung der Kirchenbücher von Gießen und Umgebung. Die Resultate, in: Ders. (Hg.), Historische Demographie als Sozialgeschichte. Gießen und Umgebung vom 17. zum 19. Jahrhundert, Bd. 1, Darmstadt und Marburg 1975 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 31), S. 279 - 516, hier: S. 234; Vasold, Bevölkerungsverluste (Anm. 56), S. 155 f.

storben.“<sup>69</sup> Während der dreitägigen Plünderung und in den folgenden Wochen scheint sich die Hungersnot noch verschlimmert zu haben. Es ist überliefert, daß die Menschen damals Ratten, Mäuse, Katzen und Hunde gekocht hätten.<sup>70</sup> Noch im folgenden Jahr blieb aufgrund von fehlendem Saatkorn die Versorgungslage angespannt.<sup>71</sup>

Auch wenn der Kantor Freyer über die Bedeutung der Krisenjahre für Perleberg zusammenfassend schrieb: „*Die Pest hatte sie schon sehr verderbet, aber die Feinde noch viel mehr.*“<sup>72</sup>, muß festgehalten werden, daß hinsichtlich der Mortalität die Greuel und Torturen der plündernden Soldateska im Verhältnis zu den Opfern der epidemischen Krisen wie der Hungerkrisen, die sich gegenseitig verstärkten, nur geringe Auswirkungen hatten. Die meisten Perleberger waren vor den Plünderern geflohen. Nur eine Minderheit verblieb damals in der Stadt. Wenn auch nicht die direkten Kriegshandlungen hohe Opferzahlen in Perleberg forderten, war doch der allgemeine Kriegszustand dafür verantwortlich, daß die Epidemien während des Dreißigjährigen Krieges mehr Menschen erfaßten und häufiger zum Tode führten als vorangehende Mortalitätskrisen. Die Seuchen wurden durch die Truppen- und Fluchtbewegungen, Menschenansammlungen in der Stadt, Hunger und die katastrophalen hygienischen Bedingungen stärker verbreitet.<sup>73</sup>

### Migration

Die Migration in Perleberg während des Dreißigjährigen Krieges wurde bisher mit Hilfe eines Familiennamenvergleichs zu bestimmen versucht. Carl Ganzel vergleicht in der Musterungsliste von 1623 und der Kontributionsliste von 1648 die Familiennamen, um einen Überblick über den Austausch der Bevölkerung während des Krieges zu erhalten. Ganzel problematisiert, daß sein Vergleich ungenau bleiben muß, da oft der gleiche Familienname mehrere Familien umfaßte. Trotzdem lasse sich feststellen, „*welche Familiennamen während des Krieges aus Perleberg verschwunden sind, und welche Familien die Lücken gefüllt haben, die Krieg und Krankheit in die Ein-*

---

<sup>69</sup> Bake, Extract (Anm. 21), S. 28 f.

<sup>70</sup> Linde, Plunder-Predigt (Anm. 65), S. 18 f.

<sup>71</sup> Bittschrift des Rates (Anm. 14), S. 50.

<sup>72</sup> Freyer, Schrift (Anm. 30), S. 48.

<sup>73</sup> Pfister, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 17), S. 14 f.

*wohnerschaft gerissen hatten.*<sup>74</sup> Er schreibt, daß von den etwa 150 verschiedenen Familiennamen des Jahres 1623 sich 1648 nur 52, also etwa ein Drittel, wiederfanden. Andererseits kämen 1648 über 40 neue Familiennamen vor. Ganzel folgert aus diesem Ergebnis, „daß fast die Hälfte der Bevölkerung Perlebergs nach dem Krieg nicht heimischen Ursprungs“ war.<sup>75</sup> Bei dieser Interpretation werden die Hauseigentümer und die Hausbewohner vermengt. Es wird vernachlässigt, daß mehr als ein Viertel der damals in Perleberg ansässigen Hausbewohner im Vergleich nicht berücksichtigt wird.

Bliß greift die Ergebnisse aus dem Namenvergleich von Ganzel auf, doch gibt er ihnen eine neue Bedeutung: „Daß die Städte rund zwei Drittel ihrer Einwohnerzahl eingebüßt hatten, wird durch das Beispiel Perleberg zusätzlich bezeugt, wo 1648 nur noch ein Drittel der Vorkriegsfamiliennamen erscheint. Unter den Namen der 1648 ansässigen Hausinhaber (125) findet sich ein Drittel (40) neuer Namen.“<sup>76</sup> Der letzte Satz ist in mehrerer Hinsicht nicht richtig. Es werden nicht 125 ansässige Hausinhaber in der Kontributionsliste von 1648 aufgeführt. Statt dessen werden insgesamt nur 121 bewohnte Häuser aufgeführt, von denen allerdings nur 93 Hauseigentümer 1648 in Perleberg ansässig waren. Neben den variierenden Zahlenangaben ist problematisch, daß die Zahl der Hauseigentümer direkt mit der Zahl der neuen Namen in Beziehung gesetzt wird. Hier wird übersehen, daß nicht jeder Hauseigentümer einen anderen Familiennamen hatte.

Von noch schwerwiegenderer Problematik ist die Folgerung von Bliß, daß Perleberg zwei Drittel seiner Einwohnerzahl im Dreißigjährigen Krieg eingebüßt hätte, da in der Liste von 1648 nur noch ein Drittel der Vorkriegsfamiliennamen erscheint. Im großen und ganzen ist dies in gemäßigter Form auch die Argumentation von Ganzel, der mit Hilfe des Vergleichs glaubt, die Lücken ausmachen zu können, die Krieg und Krankheit in die Einwohnerschaft gerissen hätten, und von Zuzüglern wieder gefüllt worden seien. Diese Interpretationen ignorieren, daß die Städte auch in Friedenszeiten keine geschlossene Bevölkerung darstellten, und daß daher der Bevölkerungsaustausch nicht vollständig dem Krieg anzulasten ist.

---

<sup>74</sup> Ganzel, Bevölkerung (Anm. 25), S. 313.

<sup>75</sup> Ganzel, Bevölkerung (Anm. 25), S. 313 f.

<sup>76</sup> Winfried Bliß: Die Prignitz im Dreißigjährigen Krieg, Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lfg. 20, Berlin 1962, o. S.

Als Beispiel für einen Austausch der Bevölkerung in Friedenszeiten können die Familiennamen in den für Perleberg überlieferten Schoßregistern von 1706 und 1718 verglichen werden.<sup>77</sup> Sie eignen sich besonders gut, da sich die Anzahl der schoßpflichtigen Stellen innerhalb dieser zwölf Jahre nur um eine Stelle, von 290 auf 291 Feuerstellen, erhöhte. Im Gegensatz zur Musterungsliste von 1623 wurden in den Schoßregistern neben den Hauseigentümern auch die Budeneigentümer aufgeführt. Zwischen der Aufnahme der beiden Schoßregister lagen zwölf Jahre, also etwa die Hälfte des Zeitraums zwischen 1623 und 1648.

Im Schoßregister von 1706 wurden 250 Haus- und Budeneigentümer aufgelistet, von denen 26 Personen mit Mehrfachbesitz verzeichnet waren.<sup>78</sup> Unter diesen Stelleneigentümern kamen 179 verschiedene Nachnamen vor. Im Schoßregister von 1718 werden wiederum 250 Haus- und Budeneigentümer vermerkt, von denen diesmal allerdings 31 Personen Mehrfachbesitz hatten.<sup>79</sup> Für 1718 werden 174 verschiedene Nachnamen gezählt.

*Tab. 4: Vergleich der Familiennamen 1706 und 1718*

Anzahl der Nachnamen 1706	179
Anzahl der Nachnamen 1718	174
Anzahl der Nachnamen, die in beiden Listen vorkommen	122
prozentualer Anteil der neuen Nachnamen 1718	30 %

Der Vergleich der Familiennamen ergibt, daß nur 122 Familiennamen sowohl 1706 als auch 1718 in den Schoßregistern zu finden waren. 52 Namen kamen hingegen bis 1718 neu hinzu, was 30 % der Familiennamen von 1718 entspricht. Die Anzahl der Feuerstellen insgesamt blieb hingegen ungefähr gleich. Für diese starke Fluktuation innerhalb der Stellenbesitzer können weder kriegerische Auseinandersetzungen noch Seuchen verantwortlich gemacht werden. Es wurden keine Lücken durch exogene Faktoren in die Bevölkerung Perlebergs gerissen, die von anderen Familien wieder gefüllt wurden.

<sup>77</sup> BLHA Potsdam Pr. Br. Rep. 23 A Kurmärkische Stände, C 3408 (1706) und C 3537 (1718).

<sup>78</sup> Im Schoßregister von 1706 wurden 26 gleiche Vor- und Nachnamen verteilt auf 66 Einträge vermerkt.

<sup>79</sup> Im Schoßregister von 1718 kamen 31 gleiche Vor- und Nachnamen verteilt auf 72 Einträge vor.

Daß diese hohe Mobilität in Perleberg nicht nur ein Phänomen des 18. Jahrhunderts war, zeigt ein Vergleich der Familiennamen in den Musterungslisten von 1550<sup>80</sup> und 1623. Die Anzahl der bewohnten Häuser ging zwischen 1550 und 1623 innerhalb von 73 Jahren von 343 auf 282 um 18 % zurück. 1550 wurden 226 verschiedene Familiennamen gezählt, 1623 nur noch 192<sup>81</sup>, was einem Rückgang von 15 % entspricht. Nur 43 der Familiennamen von 1550, also 22 %, finden sich 1623 wieder. 78 % der Familiennamen kamen innerhalb von 73 Jahren neu hinzu.

Diese Beispiele belegen, daß ein Hinzukommen von etwa der Hälfte neuer Familiennamen innerhalb von 25 Jahren an sich nichts Ungewöhnliches darstellt. Insbesondere der Vergleich der Schoßregister von 1706 und 1718 zeigt, daß auch bei ungefähr gleich bleibenden Einwohnerzahlen die Bevölkerung stark fluktuierte. Bei einer in solch starkem Ausmaß fluktuierenden Stadtbevölkerung können aufgrund des Vergleichs der Familiennamen keine Rückschlüsse auf die Bevölkerungsverluste gezogen werden. Die Folgerung von Bliß, daß Perleberg zwei Drittel seiner Einwohnerzahl eingebüßt hätte, da 1648 nur noch ein Drittel der Vorkriegsfamiliennamen erscheint, ist nicht zulässig.

In dieser Studie soll die Migration in Perleberg während des Dreißigjährigen Krieges mit Hilfe verschiedener Herangehensweisen zu umreißen versucht werden, da sich für Perleberg die Berechnung von Wanderungssaldi zwischen zwei Zählungen ausschließt. Dieser Ansatz würde genaue Einwohnerzahlen in kürzeren Abständen und jährliche Geburten- und Sterbezahlen voraussetzen.<sup>82</sup> Im Fall Perleberg sind weder genaue Einwohnerzahlen noch die Sterberegister durchgängig vorhanden. So wird mit Hilfe von erzählenden Quellen, den Bürgerbüchern und den Ergebnissen aus den sekundärstatistischen Quellen das Einfliehen und der Zuzug in die Stadt sowie der Wegzug aus der Stadt hinsichtlich der Fluchtbewegungen und der langfristigen Abwanderung beschrieben. Schließlich soll ein Einblick in den Austausch der Bevölkerung durch eine Untersuchung des Anteils der Hochzeiten mit Auswärtigen im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges erzielt werden. Letzterer Ansatz ist eine Verkürzung

---

<sup>80</sup> Die Musterungsliste von 1550 ist ediert bei Peter von Gebhardt: Eine Musterungsliste von Perleberg von etwa 1550, in: Archiv für Sippenforschung 10 (1933), S. 328 - 330.

<sup>81</sup> Die Differenz zwischen der in der Musterungsliste von 1623 von mir ausgemachten Zahl der Familiennamen und der von Ganzel ändert nichts an dem Ergebnis, daß die Bevölkerung stark fluktuierte. Setzt man die Zahl von Ganzel ein, fielen vielmehr die Fluktuation noch um einiges heftiger aus.

<sup>82</sup> Pfister, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 17), S. 104.

der in den klassischen Familienrekonstitutions-Studien praktizierten Skizzierung der Heiratskreise.<sup>83</sup>

Die Städte galten mit ihren festen Mauern als Fluchtpunkte für die Landbevölkerung. Es ist davon auszugehen, daß sich während der Truppendurchzüge seit 1626 eine beträchtliche Zahl an Flüchtlingen in der Stadt befand. Dies ist wahrscheinlich der Hauptgrund, warum sich die Anzahl der Taufen während des Krieges nicht merklich verringerte. Für das Jahr 1638 ist überliefert, daß viele Menschen aus den umliegenden Dörfern und Leute von Adel sich in Perleberg aufgehalten hätten.<sup>84</sup> Bake schreibt über die Auswirkungen der Epidemien, „*darinnen der mehrentheill der burger und Frauen, Kinder undt gesinde sampt unzehligen landtvolck gantz Jemmerlichen verstorben*“.<sup>85</sup>

Ein Ausschnitt aus dem Zuzug nach Perleberg läßt sich mit Hilfe des Bürgerbuchs erfassen, das ab 1637 vollständig vorliegt.<sup>86</sup> Im Bürgerbuch wurden jene Personen festgehalten, die das Bürgerrecht erwarben und sich damit für die selbständige Lebensführung als Gewerbetreibende, die sogenannte „bürgerliche Nahrung“, und für den Erwerb von Grundbesitz qualifizierten. Es wurden die Söhne von Perleberger Bürgern und die Zuwanderer, die das Bürgerrecht erwarben, verzeichnet. Ein nicht unbedeutender Kreis von Zuwanderern bleibt im Dunkel. Der Anteil der Unterschichten ohne Bürgerrecht lag in größeren Städten während der gesamten frühen Neuzeit kaum unter der 50 %-Marke. Über kleine Städte und Städtchen mit ländlichem Charakter herrscht allein der Konsens in der Forschung, daß der Anteil der unterbürgerlichen Schichten gegenüber den Groß- und Mittelstädten etwas niedriger lag, ohne daß hier prozentuale Werte genannt werden.<sup>87</sup> Die Analyse der Zuwanderung auf der Basis von Bürgerbüchern erfaßt somit nur eine mehr oder weniger große und mehr oder weniger gut abgrenzbare Teilmenge der Wandernden, deren Verhältnis zur Ge-

---

<sup>83</sup> Pfister, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 17), S. 104, 108.

<sup>84</sup> Magister Bernhard von der Linden führt in seiner Plünderpredigt aus, daß 1638 an den Seuchen 282 Menschen gestorben seien, wobei bei dieser Zahlenangabe die Toten der in die Stadt geflüchteten Leute vom Land und des Adels ausgenommen seien. Linde, Plünder-Predigt (Anm. 65), S. 12.

<sup>85</sup> Bake, Angustiae (Anm. 62), S. 8 f.

<sup>86</sup> Stadtarchiv Perleberg, Bürgerbuch, Bd. I, 1623 - 1671 (ohne Signatur). Die Bürgerbücher Perlebergs wurden alphabetisch geordnet bis 1750 von Grüneberg ediert. Vgl. Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), S. 119 - 203.

<sup>87</sup> Wolfgang von Hippel: Armut, Unterschichten, Randgruppen in der frühen Neuzeit, München 1995 (=Enzyklopädie deutscher Geschichte 34), S. 18.

samtmenge nicht genau bekannt ist. Festgehalten ist außerdem nicht der Zeitpunkt der tatsächlichen Zuwanderung, sondern jener der rechtlichen Integration in die bürgerliche Gesellschaft der Stadt, die Jahre bis Jahrzehnte später erfolgen konnte.<sup>88</sup>

Das Bürgerbuch von Perleberg verzeichnet die Namen der Perleberger Neubürger mit dem Datum der Ableistung des Bürgereides. Außer den Namen werden der Beruf und die Höhe des Bürgergeldes erwähnt. Bei den Zugezogenen ist der Herkunftsort angeführt. Bei Söhnen von Perleberger Bürgern wurden meist der Name und der Beruf des Vaters verzeichnet.

Das Bürgerbuch Perlebergs enthält für die Jahre 1623 und 1624 jeweils nur einen Eintrag. Daraufhin folgt eine Lücke bis 1637. Zwischen 1637 und 1652 erlangten in Perleberg 135 Personen das Bürgerrecht, was einem jährlichen Durchschnitt von neun Neubürgern pro Jahr entspricht.

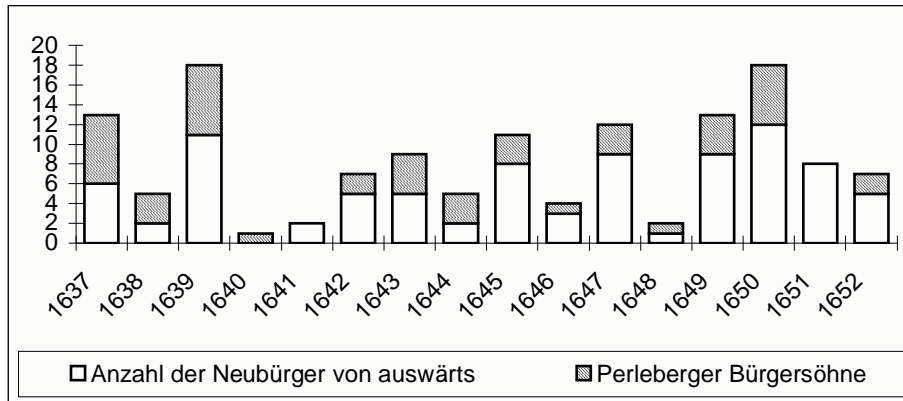
*Tab. 5: Jährliche Neubürger bis 1652*

Jahr	Anzahl der Neubürger	Anzahl Neubürger von auswärts	Perleb. Bürger-söhne	Jahr	Anzahl der Neubürger	Anzahl der Neubürger v. auswärts	Perleb. Bürger-söhne
1623	1	0	1	1644	5	2	3
1624	1	0	1	1645	11	8	3
1637	13	6	7	1646	4	3	1
1638	5	2	3	1647	12	9	3
1639	18	11	7	1648	2	1	1
1640	1	0	1	1649	13	9	4
1641	2	2	0	1650	18	12	6
1642	7	5	2	1651	8	8	0
1643	9	5	4	1652	7	5	2

*Grafik 3: Neubürger Perlebergs 1637 bis 1652*

<sup>88</sup> Pfister, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 17), S. 106.





Der errechnete Durchschnitt von neun Personen, die jährlich in Perleberg das Bürgerrecht zwischen 1637 und 1652 erwarben, verdeckt, daß die Zahlen extrem schwankten. Jahre mit einer hohen Anzahl von Neubürgern waren 1637 (13), 1639 (18), 1645 (11), 1647 (12), 1649 (13) und 1650 (18). In den übrigen Jahren lag die durchschnittliche jährliche Zahl an Neubürgern bei fünf Personen.<sup>89</sup> Bis 1652 machten durchschnittlich 33 % der Bürgeraufnahmen die Söhne von Perleberger Bürgern aus, die kein Bürgermahl zahlen mußten. 67 % der Neubürger kamen von auswärts.

Die hohe Anzahl an Neubürgern in den Jahren 1637 und 1639 ist mit der in Perleberg auftretenden Pest in den Jahren 1636 und 1638 sowie der Plünderung 1638 zu erklären. Auf die hohen Bevölkerungsverluste wurde mit vermehrten Bürgeraufnahmen reagiert. Einerseits wurden deutlich mehr Perleberger Söhne als üblich aufgenommen, was sicherlich damit zusammenhängt, daß Stellen frei wurden und Erbschaften gemacht wurden. Andererseits fand eine vermehrte Zuwanderung in die Stadt statt. Nur Bürger konnten in eine Zunft eintreten oder Grundeigentümer werden. Daß 1640 keine und 1641 nur zwei Aufnahmen von Fremden in die Bürgerschaft überliefert sind, zeigt allerdings, daß nach dem Zuzug unmittelbar nach den Krisenjahren die daraufhin folgende Zuwanderung nur schleppend vorankam. Perleberg litt 1640 und 1641 weiterhin unter Truppendurchzügen und Einquartierungen, was sicherlich manchen vor einem Zuzug in die Stadt zurückschrecken ließ. Die Bevölkerungsverluste

<sup>89</sup> In den restlichen 10 Jahren wurden 50 Personen in das Bürgerbuch eingetragen.

konnten durch die Zuwanderung, zumindest jener, die sich im Bürgerbuch zeigt, in keiner Weise ausgeglichen werden.

Kaphahn bemerkt im Hinblick auf die Städte der Altmark, daß sich die Städte während des Dreißigjährigen Krieges nur in geringem Maße von den Pestverlusten erholten, da der früher bedeutende dauernde Zuzug von außen ausblieb. Statt dessen beobachtet er eine verstärkte Abwanderung.<sup>90</sup> Dies scheint den Verhältnissen in Perleberg zu entsprechen. Zwar liegen keine Bürgerbücher für die Zeit vor Beginn des Krieges vor, doch kann aufgrund einer Bemerkung im Ratsprotokoll von 1639 auf eine gegenüber der Vorkriegszeit gesunkene Zuwanderung während des Krieges geschlossen werden. 1619 war beschlossen worden, auch von Frauen eine Gebühr für das Bürgerrecht zu verlangen, doch dies „*Kan bey diesen Zustande nicht wieder introduciret werden.*“<sup>91</sup> Der Zustand der Stadt nach der Plünderung war wohl für Zuwanderer nicht gerade attraktiv, und so war der Rat bemüht, der Zuwanderung in die Stadt möglichst keine Hürden in den Weg zu stellen.

1645, 1647, 1649 und 1650 wurden wiederum überdurchschnittlich viele Neubürger vermerkt. Zum Großteil waren es Zuwanderer. Diese hohen Zahlen sind in Zusammenhang mit der Einkehr von Frieden in der Prignitz zu sehen. Die gesicherte Neugründung einer Existenz war jetzt möglich.

Die Herkunft der Neubürger Perlebergs wurde von Grüneberg für den Zeitraum 1637 bis 1670 ausgewertet.

Tab. 6: Die Herkunft der Neubürger Perlebergs 1637 - 1670<sup>92</sup>

Herkunftsort	Anzahl der Neubürger	in %
Perleberg	83	31 %
Prignitz	49	19 %
Altmark	18	7 %
übriges Deutschland	74	28 %
Ausland	7	2 %
keine Angabe	35	13 %
<i>Summe</i>	<i>266</i>	<i>100 %</i>

<sup>90</sup> Kaphahn, Die wirtschaftlichen Folgen (Anm. 20), S. 41 f.

<sup>91</sup> Adolph Friedrich Riedel: Codex diplomaticus Brandenburgensis. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, Hauptteil I, Bd. I, Berlin 1838, S. 75.

<sup>92</sup> Nach Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), Übersicht 4, S. 21.

Zwischen 1637 und 1670 kamen insgesamt 21 % aller Neubürger aus Perleberg selbst und 26 % aus der Prignitz oder der Altmark, also aus der unmittelbaren Region. 28 % der Neubürger waren aus den übrigen Teilen Deutschlands zugewandert. Von den sieben Neubürgern aus dem Ausland kamen drei aus Dänemark und je einer aus Riga, Masuren, Mähren und Schweden. Bei 13 % der Neubürger wurde keine Herkunft angegeben.<sup>93</sup>

Der Wegzug aus Perleberg während des Dreißigjährigen Krieges läßt sich nur schwer erfassen. Allein für das Jahr 1638, als Perleberg geplündert und verwüstet wurde, gibt es mehrfache Hinweise in den erzählenden Quellen über die vorübergehende Flucht aus Perleberg, aber auch, daß Einwohner endgültig die Stadt verließen. Der Befund in der Liquidationsliste von 1635, als nur noch etwas über die Hälfte der bewohnten Häuser von 1623 vorhanden war, obwohl bis dahin keine Seuchen und direkten Kriegseinwirkungen auftraten, kann nur durch vermehrte Abwanderung erklärt werden.

Auch Kaphahn, der die altmärkischen Städte untersuchte, stellte schon seit den 1620er Jahren eine verstärkte Abwanderung fest.<sup>94</sup> Als Grund für die Abwanderung werden von den altmärkischen Städten stets die hohen Kriegslasten angegeben. Dies wird auch in Perleberg ein Grund für die Abwanderung bis 1635 gewesen sein. Auch die von Kaphahn angeführte Erklärung, daß die schlechte wirtschaftliche Lage der Städte Anfang des 17. Jahrhunderts die tiefere Ursache für die Abwanderung darstellte,<sup>95</sup> muß für das vermehrte Verlassen der Stadt Perleberg in Betracht gezogen werden. Der Handel Perlebergs war im Laufe des 16. Jahrhunderts mehr und mehr zurückgegangen. In friedlichen Zeiten machte sich die schlechte wirtschaftliche Lage jedoch für den einzelnen nur langsam bemerkbar. Auch hielt manchen die Hoffnung, daß sich die Zeiten in naher Zukunft zum Besseren wenden könnten, in seiner Heimat. In Kriegszeiten ging diese Hoffnung dahin. Es wurden nun zusätzlich von jedem Einwohner außerordentliche Leistungen in Form von Steuern und Einquartierungen von Soldaten verlangt. Die Kumulation dieser Faktoren muß einen starken Anreiz zur Abwanderung gegeben haben.

---

<sup>93</sup> Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), S. 21.

<sup>94</sup> Kaphahn, Die wirtschaftlichen Folgen (Anm. 20), S. 42 f.

<sup>95</sup> Kaphahn, Die wirtschaftlichen Folgen (Anm. 20), S. 43.

Allgemein wird in der Historischen Demographie davon ausgegangen, daß ein Wanderungsentschluß dann gefaßt wird, wenn im Bewußtsein der Beteiligten ein erheblicher Niveauunterschied zwischen zwei Orten, die als günstig bzw. ungünstig wahrgenommen wurden, besteht. Bestimmend ist in der Regel eine Konstellation von positiven und negativen Faktoren, die auf verschiedene Gruppen unterschiedlich einwirken, je nach dem Filter der sozialen und psychologischen Wahrnehmung.<sup>96</sup>

Der Wegzug aus Perleberg 1638 ist hingegen vor allem auf die direkte Flucht vor den feindlichen Truppen zurückzuführen. Insbesondere der Bericht von Theodor Bake, daß kaum 50 Häuser nach der Plünderung noch bewohnt gewesen seien,<sup>97</sup> ist nicht dahingehend zu verstehen, daß die übrigen Einwohner verstorben waren, sondern bedeutet, daß sich der Großteil auf der Flucht befand. Über den Aufenthalt des Grafen Buchheim mit acht kaiserlichen Regimentern in Perleberg im Oktober 1638, bei welchem alle Häuser samt der Kirche und den Hospitälern geplündert wurden, wird berichtet: „*Etliche Einwohner und Bürger lieffen mit Weib und Kindern in der sinkenden Nacht davon ihr Leben zu salviren, weil sie an Wein, Brod, Butter, Käse, Speck, Bier nichts mehr übrig hatten und schaffen konten.*“<sup>98</sup> Als die gleichen Soldaten einen Tag nach ihrem Abzug wiederkehrten, kam es zu einer erneuten Flucht. „*Die Leute lieffen zu den Häusern hinaus und flohen vor solche verdrießliche Gäste aus den Stadt-Thoren hinweg. Da verlohren sich die Weiber von ihren Männern, von ihren Eltern die Kinder, die sie hernach in vielen Wochen kaum wieder ausforschen mögen [...]*“.<sup>99</sup>

Nach dem Abzug der kaiserlichen Truppen scheint sich die Einwohnerschaft so schon deutlich dezimiert zu haben. Den zurückgebliebenen Einwohnern wurden 50 Mann als Schutztruppe gelassen. Am 15. November 1638 stürmten Marodeure die Stadt. Die meisten der noch vorhandenen Einwohner sollen daraufhin in die Altmark geflohen sein.<sup>100</sup>

Doch auch nach dieser letzten Plünderung Perlebergs während des Dreißigjährigen Krieges entschlossen sich viele aufgrund der aussichtslosen Lage zur Abwanderung. Noch in der Bittschrift von 1641 heißt es, daß aufgrund der schlechten wirtschaftli-

---

<sup>96</sup> Pfister, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 17), S. 105.

<sup>97</sup> Bake, Extract (Anm. 31), S. 22.

<sup>98</sup> Freyer, Schrift (Anm. 30), S. 39.

<sup>99</sup> Freyer, Schrift (Anm. 30), S. 39.

<sup>100</sup> Linde, Plunder-Predigt (Anm. 65), S. 30.

chen Lage in Verbindung mit den Steuerforderungen die Abwanderung als der letzte Ausweg angesehen wurde. „Wirdt demnach bey alsolcher notorischen dießer Stadt Beschaffenheit da keine Lebensmittel mehr vorhanden oder angeschaffett werden können, aller Credit fallen, Menschen undt Viehe hinweg gestorben, der Ackerbauw und Viehezucht ganz darnieder liegen, Brieff undt Siegel untüchtig, die freyhren Künste undt Handtwercke ungültigk sein, unnd dennoch die onera publica et contributiones hauffenweise auffgebürdet undt erfordert werden wollen, nichtß mehr Ubrig und zugewarten sein, Alß daß auch die wenig Ubrige daß lamentabile, flebile et miserabile emigrandi beneficium ergreifen, das veteres migrate coloni practisieren Undt nach ach undt wehe sich in bittere exilium begeben mußten.“<sup>101</sup> Hier wird die Option der Abwanderung als Druckmittel eingesetzt. Daß der Kurfürst die Abwanderung seiner Untertanen verhindern wollte, wird in einer Resolution vom März 1641 an seine Räte deutlich. Man solle die Stände um die Bezahlung ihrer Kontribution anhalten, „jedoch mit Behutsamkeit, daß wir dabei nicht mehr Schaden des Landes und Verlierung einiges Volks, als Vorteil und Frommen empfinden mögen“.<sup>102</sup>

Wo sich die abgewanderten Perleberger niederließen, kann nur in Ansätzen beantwortet werden. Im Landreiterbericht von 1652<sup>103</sup>, in dem die männlichen Bewohner der Dörfer und Mediatstädte der Prignitz verzeichnet wurden, finden sich nur sieben Personen, bei denen als Herkunftsort die Stadt Perleberg angegeben wurde.<sup>104</sup> Eine Erklärung für den geringen Anteil an Perlebergern im Landreiterbericht von 1652 ist,

---

<sup>101</sup> Bittschrift des Rates (Anm. 14), S. 56 f.

<sup>102</sup> Zitiert nach Kaphahn, Die wirtschaftlichen Folgen (Anm. 20), S. 43.

<sup>103</sup> Johannes Schultze: Die Prignitz und ihre Bevölkerung nach dem dreißigjährigen Kriege, Perleberg 1928 (= Veröffentlichungen des Heimatvereins Perleberg).

<sup>104</sup> Es handelt sich um Georg Bauman (Wilsnack), Joachim Mohrman (Putlitz), Joachim Munte (Bischofberg), Michael Runge (Groß Gottschow, Kreis Perleberg), Jacob Schulze (Weisen, Kreis Perleberg), Jochim Wegner (Kuhbier, Kreis Pritzwalk) und Hans Winzenhagen (Motrich, Kreis Perleberg). In drei Fällen ist angegeben, daß sie sich während des Krieges als Soldaten verdingt hatten. Die entsprechenden Bemerkungen lauten: Musketier (Lübeck), Sattler (Schweden) und Leutnant zu Roß (Schweden). Von Johannes Schultze ist für die Prignitz allgemein festgestellt worden, daß viele aus der Bevölkerung Soldaten wurden. Johannes Schultze: Die Prignitz. Aus der Geschichte einer märkischen Landschaft, Köln, Graz 1956 (= Mitteldeutsche Forschungen 8), S. 201. Jan Peters' Untersuchungen ergaben, daß die Anzahl der Bauern, die Soldaten wurden, in der saldernschen Herrschaft etwa ein Drittel der männlichen Bewohner erreichte. Sie wechselten, oft mehrfach, zwischen diesen beiden Daseinsformen. Jan Peters: Die Herrschaft Plattenburg-Wilsnack im Dreißigjährigen Krieg - eine märkische Gemeinschaft des Durchkommens, in: Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft, Festschrift für Lieselott Enders zum 70. Geburtstag, hrsg. von Friedrich Beck und Klaus Neitmann, Weimar 1997 (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam 34), S. 157 - 170, hier: S. 165.

daß sich der Großteil der weggezogenen Perleberger wohl in Städte der gleichen oder größeren Größenordnung wandte. Es kann nur vermutet werden, daß sich die abwanderungswilligen Perleberger bevorzugt in die gleichen Städte begaben, die für andere Abwanderer aus brandenburgischen Städten bezeugt sind. In einer Mitteilung Stendals vom Jahr 1641 heißt es, daß die Tuchmacher nach Hamburg in Dienst gegangen seien, und die Stände klagten in einer Eingabe an Schwarzenberg, daß die Einwohner sich nach Polen, Sachsen, Holstein und die Seestädte gewandt hätten.<sup>105</sup> All dies waren Gegenden, die vom Dreißigjährigen Krieg verschont blieben. Es ist bezeugt, daß der Dreißigjährige Krieg für Hamburg einen Bevölkerungszuwachs brachte, ebenso auch für Lübeck und Bremen, so daß sich der Krieg dort infolge dieser Zuwanderungen für Handel und Gewerbe förderlich auswirkte. Auch in Sachsen konnte sich so die Bevölkerung im Dreißigjährigen Krieg vermehren.<sup>106</sup>

Ein weiterer Ausschnitt aus der Entwicklung der Migration während des Krieges allgemein und hinsichtlich der Auswirkung der schlimmsten Krisenjahre läßt sich mit Hilfe der Trauregister ermitteln. Die in den Kirchenbüchern eingetragenen Eheschließungen von 1625 bis 1652 wurden hierfür hinsichtlich des prozentualen Anteils an Hochzeiten mit Auswärtigen, bei denen bei mindestens einem Ehepartner angegeben war, daß er zum Zeitpunkt der Eheschließung nicht in Perleberg wohnhaft war, untersucht. Es kann allerdings nicht darauf geschlossen werden, daß in allen Fällen mit der Eheschließung eine Zuwanderung in die Stadt erfolgte. Des weiteren konnte die Hochzeit noch in der Heimatstadt des einen Ehepartners stattfinden, bevor das Paar sich in dem Heimatort des anderen Partners ansiedelte. Wenn bei beiden Ehepartnern ein anderer Herkunftsort angegeben wurde, was bei 44 bzw. 10 % der 435 Hochzeiten zwischen 1625 und 1652 vorkam, besteht zwar die Möglichkeit, daß das Paar sich nach der Hochzeit in Perleberg dauerhaft ansiedelte, doch ist die Wahrscheinlichkeit höher, daß es nach der Eheschließung die Stadt wieder verließ. Letzterer Fall tritt ein, wenn das Paar in den umliegenden Dörfern wohnte und nur zum Heiraten in die Stadt kam, oder bei Soldateneheschließungen, die während ihrer Einquartierung in Perleberg Frauen aus dem mitziehenden Troß heirateten.<sup>107</sup>

---

<sup>105</sup> Kaphahn, Die wirtschaftlichen Folgen (Anm. 20), S. 43 f.

<sup>106</sup> Schilling, Stadt (Anm. 3), S. 15; Hinze, Die Bevölkerung Preußens im 17. und 18. Jahrhunderts (Anm. 20), S. 300.

<sup>107</sup> In den Perleberger Trauregistern sind 1625-1652 allerdings insgesamt nur 19 Hochzeiten mit Soldaten und zwei mit ehemaligen Soldaten verzeichnet. Eine Ballung von sieben Hochzeiten mit Soldaten wur-

Hier wird eine allgemeine Problematik der Auswertung der Kirchenbücher deutlich, daß sie neben der Einwohnerschaft Perlebergs Taufen, Heiraten und Beerdigungen von Personen enthalten, die sich nur kurzfristig in Perleberg aufhielten. Allerdings machte der Anteil an Hochzeiten, bei denen beide Partner von auswärts kamen, auch in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges nur 10 % der Hochzeiten aus. In Friedenszeiten, wo Einquartierung von Soldaten oder Flucht hinter die schützenden Mauern der Stadt ausblieb, lag der Anteil sicherlich nicht höher. So kann davon ausgegangen werden, daß die Hochzeiten, bei denen bei beiden Ehepartnern ein anderer Herkunfts-ort angegeben wurde, ob sie nun hinzugezählt oder abgezogen werden, keine gravierenden Veränderungen im Trend der Entwicklung der Hochzeiten in Perleberg bewirken.

*Tab. 7: Der Anteil der Hochzeiten mit Auswärtigen vor, während und nach den Krisenjahren im Dreißigjährigen Krieg*

	1625-1635	1636-1639	1640-1652
Anzahl der Hochzeiten im jeweil. Zeitraum	156	107	172
Durchschnittl. jährl. Anzahl an Hochzeiten	14	27	13
Anzahl der Hochzeiten mit Auswärtigen	68	34	104
Anteil der Hochzeiten mit Auswärtigen	44 %	32 %	60 %

Bestimmt man den Anteil der Hochzeiten mit Auswärtigen vor, während und nach den Krisenjahren, zeigt sich eine eindeutige Entwicklung. Lag bis 1635 der Anteil bei 44 %, machte er während der Krisenjahre 1636 bis 1639 nur noch 32 % aller Eheschließungen aus. Der Anteil an Hochzeiten mit Auswärtigen war um mehr als ein Viertel zurückgegangen, während die durchschnittliche Anzahl an Hochzeiten auf ungefähr das Doppelte anstieg. In der Folge, als sich die Anzahl der jährlichen Hochzeiten ungefähr auf dem gleichen Niveau wie vor den Krisenjahren einpendelte, lag der Anteil der Hochzeiten mit Auswärtigen bei 60 %, war also fast doppelt so hoch wie während der Krisenjahre.

Die Entwicklung läßt sich dahingehend erklären, daß während der Jahre, als Perleberg am schlimmsten von direkten und indirekten Kriegseinwirkungen betroffen war, die Zuwanderung in die Stadt prozentual zurückging. Die Bevölkerung Perlebergs heiratete in den Krisenjahren vor allem untereinander. Anschließend waren infolge der

---

de im Winter 1627/28 verzeichnet, als der kaiserliche Graf von Fahrensbach mit einem Regiment in

Bevölkerungsverluste für Auswärtige durch frei gewordene Stellen Anreize entstanden, sich in der Stadt eine neue Existenz aufzubauen. Die gesicherte Neugründung einer Existenz war jetzt möglich. Crusius beschwert sich in einer Predigt aus dem Jahr 1719 über diese Zuzügler, daß sie den „Perleberger Gedenktag“, der vom Kurfürst zur Erinnerung an die Plünderung eingeführt worden war, nicht achten würden. *„Ja zuweilen geschichts, daß einige Einwohner dieser Stadt, zumahlen die mit der Plünderung her von andern Oertern oder Ländern her gekommen und sich hie wohnhaft niedergelassen, oder doch aufhalten, diesen Tag zu feyren überflüßig und unnöthig halten, [...] Zudem sind sie in Possession und Besitz der Güter und Häuser derer, die damahls gelebet, getreten [...]“*.<sup>108</sup> Der hohe Anteil an Hochzeiten mit Auswärtigen von 60 % kann wohl doch dahingehend verstanden werden, daß mit den Eheschließungen ein vermehrter Zuzug in die Stadt verbunden war.

#### Gesamtinterpretation

Klare Aussagen über die Bevölkerungsentwicklung Perlebergs während des Dreißigjährigen Krieges werden erheblich dadurch erschwert, daß die Sterberegister erst ab 1640 erhalten sind, als sich Perleberg von den schlimmsten Krisenzeiten schon wieder zu erholen begann. Auch ist bei den Tauf- und Trauregistern zu bedenken, daß, wie aus den erzählenden Quellen bekannt ist, sich die Landbevölkerung hinter die schützenden Mauern von Perleberg geflüchtet hatte, so daß die Vitalstatistik über die altingesessene Einwohnerschaft nur bedingt Aussagen erlaubt. Für die Zeit des Dreißigjährigen Krieges sind so in Perleberg die sekundärstatistischen Quellen aussagekräftiger als die Kirchenbücher, auch wenn sich mit ihrer Hilfe nur Ausschnitte des Bevölkerungsstandes zu bestimmten Zeitpunkten beschreiben lassen. Aus den untersuchten Quellen wird jedoch zumindest der Trend der Bevölkerungsentwicklung Perlebergs während des Dreißigjährigen Krieges deutlich.

Schon vor dem Dreißigjährigen Krieg war die Bevölkerung Perlebergs aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt rückläufig. Während des Dreißigjährigen Krieges setzte sich dieser Rückgang der Bevölkerung in potenziert Form fort. Die Zahl der besetzten Häuser Perlebergs reduzierte sich bis 1635 drastisch. Wurden 1623 noch 282 besetzte Häuser gezählt, waren es 1635 nur noch 160. Wahrscheinlich wanderten viele Perleberger aufgrund der hohen Steuerforderungen und der schlechten wirtschaftlichen Lage ab. In der Bittschrift an den Kurfürsten von 1641

---

Perleberg einquartiert war.

<sup>108</sup> „Eine von mir allhie am Perleberger Dencktage gehaltene Predigten (1715)“, in: Crusius (Anm. 14), S. 109 - 181, hier: S. 112 f.



heißt es, daß im Laufe des Krieges seit 1625 bis zu der letzten Katastrophe an Kriegsteuern und Leistungen bar gezahlter Gelder weit über 200.000 Taler gegeben worden seien. Auch wenn diese Zahl sicherlich übertrieben ist, müssen die steuerlichen Belastungen für die Einwohner äußerst schmerzlich gewesen sein.<sup>109</sup> Der Tiefpunkt in der Bevölkerungszahl Perlebergs im Untersuchungszeitraum wurde 1638 erreicht, als in Perleberg die Pest grassierte und die Stadt mehrmals geplündert wurde. Nach den Plünderungen sollen nur noch 50 Häuser bewohnt gewesen sein. Diese Angabe bedeutet allerdings nicht die langfristigen Bevölkerungsverluste, da viele vor den Plünderern geflohen waren und später wieder nach Perleberg zurückkehrten. Allerdings wurden noch 1646 erst 67 besetzte Häuser vermerkt. Zwischen 1646 und 1648 nahm die Zahl der bewohnten Häuser wieder sprunghaft zu. Dem entspricht, daß sich in der Vitalstatistik ab 1640 ein prägnanter Geburtenüberschuß zeigt. Außerdem setzte ab 1645 in Perleberg eine deutliche Zuwanderung ein. Seitdem sich das direkte Kriegsgeschehen in der Prignitz beruhigte, begann sich die Bevölkerung langsam wieder zu erholen. Die gesicherte Neugründung einer Existenz war wieder möglich geworden. 1648 wurden in Perleberg 121 bewohnte Häuser gezählt. Da bis dahin sicherlich der Großteil der Flüchtigen zurückgekehrt war, kann aus dieser Angabe der Bevölkerungsverlust abgeschätzt werden. Die Stadt hatte gegenüber 1623 57 % ihrer bewohnten Häuser verloren. Da aus der Liste hervorgeht, daß 1648 wie vor dem Krieg in einem Haus nur ein Haushalt wohnte, kann relativ sicher gesagt werden, daß Perleberg etwas über die Hälfte seiner Einwohner durch den Dreißigjährigen Krieg einbüßte.

Etwa die Hälfte der Familiennamen der Hauseigentümer kamen zwischen 1623 und 1648 neu hinzu. Dieser Austausch ist auch für Friedenszeiten nicht ungewöhnlich groß, wie anhand der Schoßregister von 1706 und 1718 nachgewiesen wurde. Allerdings nahm die Anzahl der Neubürger von auswärts mit Ausnahme der Nachwirkung der Krisenjahre erst in der zweiten Hälfte der 1640er Jahre stark zu. Auch verdoppelten sich die Hochzeiten mit Auswärtigen nach den Krisenjahren. So ist davon auszugehen, daß gegenüber einer kontinuierlichen Zuwanderung in Friedenszeiten ein Großteil der neuen Hauseigentümer durch eine vermehrte Zuwanderung in den 1640er Jahren zustandekam.

Insgesamt ergibt die Untersuchung den Trend, daß schon bis zu den schlimmsten Krisenjahren 1636 bis 1639 die Bevölkerung drastisch zurückging. Der Bevölkerungsverlust ist neben den Opfern durch die Epidemien, den auftretenden Hungersnöten und der mordenden Soldateska auf einen bedeutenden Wegzug aus Perleberg

---

<sup>109</sup> Ansonsten werden genaue Informationen über die Kriegsleistungen nur verstreut angegeben. Zum Beispiel mußten 1627 Brandenburg, Perleberg und Havelberg monatlich an Tillys Truppen 8079 Reichstaler, 1054 Ochsen, 158 Wispel Roggen und 3185 Tonnen Bier abliefern. Vgl. Bittschrift des Rates (Anm. 14), S. 187; Stappenbeck, Der Perleberger Denktag (Anm. 11), S. 51.

während des Krieges zurückzuführen. Während der Krisenjahre verblieb nur eine Minderheit in der Stadt. Bis 1652 kehrten die geflüchteten Einwohner wiederum in die Stadt zurück, und eine geringe Zuwanderung setzte ein. Allerdings hatte Perleberg 1648 gegenüber 1623 über die Hälfte seiner Einwohner verloren.

Perleberg zeigt während des Dreißigjährigen Krieges den gleichen Bevölkerungstrend auf, den Jan Peters in den Dörfern der benachbarten Herrschaft Plattenburg-Wilsnack feststellt. Auch diese Dörfer wurden in Abhängigkeit vom Kriegsverlauf gewissermaßen wellenförmig bewohnt. Seit 1625 lief die Tendenz auf eine Entvölkerung hin, seit dem Ende der 1640er Jahre auf eine Neubesetzung zu. Die Einwohnerzahlen wechselten dabei stark. Zeitweise war ein großer Teil der Dörfer nahezu völlig entvölkert, doch auch nach der partiellen Rückkehr der Dorfbewohner dominierte die Tendenz zum Wüstfallen des Landes.<sup>110</sup>

Innerhalb der Prignitz läßt sich die Stadt Perleberg hinsichtlich der Bevölkerungsverluste allein mit ihrem ländlichen Umland vergleichen. Zwar sind für die Immediatstädte der Prignitz Listen der bewohnten Feuerstellen von 1654 erhalten, in denen neben den bewohnten auch die unbewohnten Feuerstellen angegeben sind.<sup>111</sup> Aufgrund der Tatsache, daß keine Angaben zu den besetzten Feuerstellen in der Vorkriegszeit vorhanden sind, können aus diesen Listen allerdings nicht die Bevölkerungsverluste aufgrund des Dreißigjährigen Krieges bestimmt werden.<sup>112</sup> Die Zahl der unbewohnten Feuerstellen betrug 1654 in den Immediatstädten der Prignitz zwischen 48 % (Havelberg) und 77 % (Pritzwalk). Diese hohen Prozentsätze geben eine Vorstellung davon, daß die Bevölkerungsverluste auch in diesen Städten bedeutend waren. Die genauen Bevölkerungsverluste könnten allein durch weitere Quellenstudien bestimmt werden.

Die ländlichen Bevölkerungsverluste der Prignitz lassen sich anhand des Landreiterberichts von 1652 bestimmen.<sup>113</sup> Dieser Bericht enthält die Anzahl und soziale Stellung der tatsächlich anwesenden männlichen Landbewohner vom 12. Lebensjahr an. In ihm sind die Dörfer und Mediatstädte enthalten. Anhand des Landreiterberichts

---

<sup>110</sup> Peters, Die Herrschaft Plattenburg-Wilsnack (Anm. 105), S. 164.

<sup>111</sup> Es handelt sich um die „Revisionsprotokolle über den von den Städten aufzubringenden Vor- und Pfundschoß aufgrund der alten Schoßtaxen“, die für Havelberg, Kyritz, Lenzen und Pritzwalk erhalten sind: BLHA Potsdam Pr. Br. Rep. 23 A, Kurmärkische Stände, C 3099, C 3100, C 3101 und C 3102. Die Listen wurden von Grüneberg ediert. Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), S. 31 - 39, 49 - 50, 77 - 84, 216 - 228. Für Wittstock fehlt das Revisionsprotokoll.

<sup>112</sup> In der Übersicht 1 von Grüneberg, Die Prignitz und ihre städtische Bevölkerung (Anm. 32), S. 19 wird die Anzahl der Häuser, die aus der Musterungsliste von 1610 ersichtlich ist, mit den Angaben aus den Revisionsprotokollen verglichen. Grüneberg bezeichnet allerdings die Summe der Feuerstellen 1654 als die Summe der Häuser, obwohl zu den schoßpflichtigen Feuerstellen neben den Häusern auch die Buden gehörten. Auch ist zu bemängeln, daß bei Lenzen die Einliegerhaushalte als Häuser hinzugezählt werden.

<sup>113</sup> Ediert in: Die Prignitz und ihre Bevölkerung nach dem dreißigjährigen Kriege (Anm. 48).

wurde vor kurzem für die Landbevölkerung mit Ausnahme der Mediatstädte ein Verlust von 69 % der Haushalte registriert.<sup>114</sup> Für die Stadt Perleberg läßt sich zwar kein Verlust der Haushalte bestimmen, doch wurden 1648 bei 121 Häusern 144 Haushalte gezählt. Die Differenz ist nicht so entscheidend, da der prozentuale Verlust an Haushalten deutlich den der bewohnten Häuser überstiegen haben mag. Da in Perleberg zwischen 1623 und 1648 die Zahl der bewohnten Häuser nur um 57 % zurückging und die Bevölkerung seit 1640 im Ansteigen war, ist von einem geringeren Verlust als auf dem Lande auszugehen.

Die Bevölkerungseinbußen in Perleberg lagen über dem gesamtbrandenburgischen Durchschnitt. Brandenburg bildet innerhalb des Reiches nach Franz eine Region mittlerer Zerstörung mit Verlusten um die 50 %. Nach ihm hatten am schwersten die Prignitz, Ruppin, die Uckermark, die Altmark und die nördliche Neumark zu leiden, während Berlin-Cölln, die südliche Neumark oder der Raum um Cottbus etwas weniger stark verwüstet wurden.<sup>115</sup>

Ebenfalls war der Bevölkerungsverlust höher als der geschätzte Bevölkerungsverlust im Reich insgesamt. Im Reich reduzierte sich die Bevölkerung um etwa ein Drittel von 16 auf 10 Millionen Menschen. Auch im Reich waren die Kriegsschäden regional höchst unterschiedlich. Katastrophale Einbrüche erlebten die Ostseeanrainer Mecklenburg und Pommern und die Kerngebiete des Reiches Thüringen, Franken, die Pfalz, die Wetterau und Schwaben mit Bevölkerungsverlusten bis zu 70 %. Aber selbst innerhalb dieser Gebiete gab es erhebliche Unterschiede. Besonders betroffen waren die Dörfer entlang großer Heerstraßen und im Umkreis stark umkämpfter Städte. In Holstein, Oldenburg und Friesland im Norden und der Schweiz, Tirol und Österreich im Süden hingegen wurden keine Bevölkerungsverluste verzeichnet. Diese Gebiete profitierten vom Krieg durch den Handel mit Korn, Rindern und Pferden. Die Kriegsparteien verschonten sie, um sich nicht selber vom Nachschub abzuschneiden. Aufgrund der erwirtschafteten Überschüsse konnte sich die Bevölkerung über ihren vorherigen Stand hinaus vermehren.<sup>116</sup>

---

<sup>114</sup> Michael Herrmann: Die ländliche Bevölkerung der Prignitz im Dreißigjährigen Krieg, in: Museum des Dreißigjährigen Krieges, hrsg. vom Kreis Ostprignitz-Ruppin, Dresden 1998, S. 84 - 92, hier: S. 92.

<sup>115</sup> Franz, Der Dreißigjährige Krieg (Anm. 6), S. 20 - 23.

<sup>116</sup> Vgl. hierzu: Franz, Der Dreißigjährige Krieg (Anm. 6); Theibault, The Demography of the Thirty Years' War (Anm. 1); Vasold, Die deutschen Bevölkerungsverluste (Anm. 56).

[Anzeige Berlin Verlag Arno Spitz]

Ursula Röper

### **König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und die Heiligengraber Äbtissin Louise von Schierstedt**

Eineinhalb Jahre nach seinem Regierungsantritt machte sich der preußische König Friedrich Wilhelm IV. gemeinsam mit seiner Gemahlin Elisabeth auf den Weg, um dem Kloster Stift zum Heiligengrabe einen Besuch abzustatten. Im Archiv von Heiligengrabe befindet sich hierüber folgender Bericht: „Der 17. Mai 1842 war (...) für das ganze Stift ein wichtiger und erfreulicher Tag, da an demselben Se. Majestät, Friedrich Wilhelm IV. und dessen Hohe Gemahlin, Ihre Majestät, die Königin Elisabeth, geborene Prinzessin von Baiern, das Stift mit Allerhöchst Ihrer Gegenwart zu beglücken geruhten. Das Hohe Herrscherpaar stieg im Hause der Frau Aebtissin von Steinwehr ab, und nachdem Höchst dieselben das Stift in Augenschein genommen hatten, geruhten Allerhöchst dieselben, im Kapitell-Saale ein Frühstück einzunehmen, und hatten hiernach die Gnade, die Wohnungen der Fräuleins von Kaphengst und von Schierstedt, so wie des Fräuleins Priorin du Rosey, zu besuchen.“ Und wenige Zeilen später fuhr der Chronist fort: „Frau Äbtissin von Steinwehr starb, nachdem sie dem Stifte als Aebtissin, fast 27 Jahre mit Liebe und gewissenhafter Treue vorgestanden hatte, am 13ten Mai 1843, in einem Alter von 72 Jahren 8 Monaten und 17 Tagen am Schlage, betrauert von allen, die ihr näher gestanden, und wurde am 17ten desselben Monats feierlichst zur Erde bestattet. Sie erlebte es also nicht mehr, als bald darauf am 21ten Juni 1843 Se. Majestät der König, das Stift auf einer Durchreise von Strelitz nach Havelberg, abermals durch einen Besuch zu beglücken geruhten.“<sup>1</sup> Soweit der Bericht über den Besuch Friedrich Wilhelms IV. im Kloster Stift zum Heiligengrabe. Es ist im Grunde nicht verwunderlich, daß das preußische Königspaar bald nach Regierungsantritt das Kloster Stift zum Heiligengrabe besuchte, da der kirchlich sehr interessierte Monarch sich bereits als Kronprinz kirchenpolitisch engagiert hatte und seine persönliche Leidenschaft der Architektur und speziell Kirchengebäuden und Klöstern galt. Er hatte zudem ein eigenes Kirchenreformprogramm entwickelt und war nach seinem Regierungsantritt sehr daran interessiert, zügig mit der Realisierung seiner kirchenpolitischen Pläne beginnen zu können. Insofern überrascht die frühe Aufmerksamkeit des königlichen Paares für das protestantische Klosterstift nicht.

---

<sup>1</sup> Stiftsarchiv Heiligengrabe, Stiftsverzeichnis, Bl. 19.

Erstaunlich und nachhaltig wirksam für die zukünftige Klostergeschichte ist an diesem Klosterbesuch etwas anderes: Das Königspaar hob neben der Äbtissin und der Priorin noch ganz besonders zwei der 25 Konventualinnen, nämlich die Stiftsdamen Albertine von Kaphengst (gest. 1855) und Louise von Schierstedt (1794 - 1876) hervor, indem es diese in ihren Wohnungen aufsuchte. Warum aber wurden gerade diese beiden Stiftsfräulein so besonderes geehrt ?

Ein Chronist erzählt gewöhnlich nur den Teil der Ereignisse, den er überliefert wissen möchte. Begebenheiten, die nicht in sein Weltbild passen, sucht man meist vergebens. So wird auch diese Frage nicht beantwortet, denn sonst hätte ein elf Jahre zurückliegendes erstes Zusammentreffen im Jahre 1831 zwischen dem damaligen Kronprinzen und späteren Friedrich Wilhelm IV. und Louise von Schierstedt Erwähnung finden müssen. Der Schriftwechsel in den Akten des Königlichen Konsistoriums gibt uns über die damaligen Ereignisse Auskunft. Allerdings erzählen die dort sich befindenden Schriftstücke von weniger harmonischen Geschehnissen.

Nach dem Tode der Äbtissin von Steinwehr haben Friedrich Wilhelm IV. (1796 - 1861) und Louise von Schierstedt gemeinsam in die Geschicke des Stiftes zum Heiligengrabe markant eingegriffen und die Entwicklung des Klosters im 19. und 20. Jahrhundert durch die Gründung der Stiftsschule nachhaltig geprägt. Mit der Aufnahme Louise von Schierstedts als Stiftsdame wurde für diese Veränderungen der Grundstein gelegt, während ihre Berufung zur Äbtissin 1843, die nur durch königlichen Druck zustande kam, einen wichtigen kirchenpolitischen Eingriff darstellte.<sup>2</sup>

#### I. Die Stiftsdame Louise von Schierstedt (1822 - 1843)

1794 war Louise von Schierstedt (Abbildung 1) als älteste Tochter des Regierungspräsidenten der Neumark geboren worden. Bereits im Alter von 17 Jahren verlor sie ihren Vater. Im Jahre 1813, also zwei Jahre später, fielen während der Freiheitskriege ihre drei Brüder. 1819 starb ihre einzige Schwester, die bereits Stiftsdame in Heiligengrabe gewesen war. Innerhalb von acht Jahren hatte sie damit nahezu ihre gesamte

---

<sup>2</sup> Die folgenden Ausführungen zu Louise von Schierstedt und Friedrich Wilhelm IV. basieren auf meinen Forschungsarbeiten zum Thema: Ursula Röper: Ein weibliches Bischofsamt. Bemerkungen zum Leben der Louise von Schierstedt (1794-1876), Äbtissin in Heiligengrabe während der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. in: Der verkannte Monarch. Friedrich Wilhelm IV. in seiner Zeit. Hrsg. von Peter Krüger und Julius H. Schoeps. Potsdam 1997, S. 287 - 326. Ursula Röper: Mariane von Rantzau

Familie verloren und bemühte sich nun mit Hilfe ihrer Mutter ebenfalls um eine Stiftsstelle in Heiligengrabe. In dieser Situation war sie 1819 als Minorin in Heiligengrabe aufgenommen worden. Ihre Mutter hatte sich allerdings erhofft, daß ihre einzig verbliebene Tochter, unabhängig von der landesherrlichen Pension von jährlich 100 Thalern, sogleich die Majorpräbende erhalten würde und damit auch die Mutter wieder ihr Auskommen hätte. Doch trotz mehrmaliger Bitten an Friedrich Wilhelm III. lehnte dieser das Ansinnen von Louises Mutter ab, weil er „die verfassungsmäßige Folgeordnung im Stift“ nicht zu unterbrechen gedachte.<sup>3</sup> Dies war also der erste Anlaß, durch den Louise im Königshaus bekannt wurde.

1822 erhielt die 28jährige Louise dann die ersehnte Majorpräbende und damit die Ernennung zur Stiftsdame in Heiligengrabe, bezog aber erst zwei Jahre nach dem Tode ihrer Mutter im Jahre 1830 ihren endgültigen Wohnsitz im Kloster. Wenige Monate später fand dann der oben genannte Schriftwechsel zwischen dem Kloster und dem königlichen Konsistorium statt. Dorthin hatte am 11. April 1831 die Äbtissin Henriette von Steinwehr (1768 - 1843) zusammen mit ihrer Priorin Sophie von Rohr (1763 - 1832) einen Beschwerdebrief gerichtet, nachdem bereits der zuständige Prediger Klingner vorstellig geworden war. Sie hatten geschrieben, daß die seit 1830 im Kloster wohnende Louise von Schierstedt sich zusammen mit Albertine von Kaphengst und Elwine von der Goltz „zu einer Sitte“ bekennen würden, „die vom Staate nicht anerkannt“ sei. Denn, so fuhren sie fort, sie verträten „unrichtige religiöse Ansichten und Begriffe, wie sie unter den Separatisten von jeher im Schwange waren“.<sup>4</sup> Louise von Schierstedt wiederum hatte in ihrem Verteidigungsschreiben festgehalten, daß der „Prediger des Stiftes und mit ihm der ganze Convent so Rationalist (seien), daß sie meinten, für ihre Ansicht streiten und jeden anders Denken- und Glaubenden aus den Mauern des Stiftes entfernen zu müssen“<sup>5</sup>. Es gab also konfessionelle Meinungsunterschiede zwischen dem Konvent und dem Prediger auf der einen Seite und Louise von Schierstedt und den beiden anderen Konventualinnen andererseits. Dieser Konflikt ist nicht losgelöst von der Lebensweise der Konventualinnen im Kloster

---

und die Kunst der Demut. Frömmigkeitsbewegung und Frauenpolitik in Preußen unter Friedrich Wilhelm IV. Stuttgart 1997.

3 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 89 Geheimes Zivilkabinett, Nr. 23947, unpaginiert. Zu den Lebensdaten vgl. Stiftsarchiv Heiligengrabe Nr. 1078, unpaginiert.

4 Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 22 Kloster Stift zum Heiligengrabe, Nr. B 11, Bl. 1.

5 Stiftsarchiv Heiligengrabe, Nr. 1078, unpaginiert.

während des 18. Jahrhunderts nachvollziehbar und spiegelt zugleich eine kirchenpolitische Entwicklung Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Im 18. Jahrhundert, das durch seine aufklärerisch geprägten Bildungsvorstellungen gekennzeichnet war, amtierte Juliana Augusta Henrietta von Winterfeld (1710 - 1790) im Kloster Stift zum Heiligengrabe als Äbtissin von 1740 bis 1790. Nach einem großen Brand im Jahre 1719 hatte ihre Vorgängerin alle Kraft in den Wiederaufbau der Klosteranlage gesteckt. Auch der heute noch erhaltene Damenplatz mit seinen Häuschen entstand in diesen Jahrzehnten. Im Jahre 1740 war das Kloster von Friedrich II. zum Damenstift erhoben worden. Nun durfte sich die Domina wieder Äbtissin nennen. Der König hatte zugleich den Konventualinnen den Orden „Par grace“ verliehen, der in seiner Inschrift „Pour la Conservation de la Maison Royale“ auch die Aufforderung zum Gebet für das Königshaus beinhaltet. Bereits 1714 genehmigte Statuten hatten das Stiftsleben neu geregelt und den Frauen zwar die Einhaltung der Horen auferlegt, ihnen aber zugleich vielfältige Freiheiten zugestanden, durch die sie ihr Leben eigenständig gestalten konnten.

Die heute überlieferte Stiftsbibliothek, die zu großen Teilen aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stammt, übermittelt uns darüber hinaus ein Bild von der Gedankenwelt, mit der sich die Stiftsfräulein auseinandersetzten. Hier finden sich neben vielen zeitgenössischen Romanen, aktuellen Zeitschriften wie dem „Journal des Luxus und der Moden“ und dem französischen „Mercure de France“ allerlei Fachbücher, die uns zeigen, daß die Stiftsdamen am aktuellen Tagesgeschehen, aber auch an den zeitgenössischen geistigen Auseinandersetzungen teilnahmen. Die theologische Fachliteratur der Bibliothek wiederum verweist auf ein Interesse an unterschiedlichen kirchlichen Strömungen.<sup>6</sup> So können wir davon ausgehen, daß Henriette von Steinwehr, die 1807 in den Konvent eintrat und 1816 die Äbtissinnenwürde übernahm, durchaus einem Damenstift vorstand, das geistige und geistliche Toleranz pflegte. Nun aber wurde dem Konvent von Louise von Schierstedt Intoleranz vorgeworfen. Ihr selbst war jedoch zuvor Separatismus vorgehalten worden.

Louise von Schierstedt hatte in den Jahren vor ihrem Einzug in das Kloster Stift zum Heiligengrabe zusammen mit ihrer Mutter in Stettin gelebt. Dort war sie mit den pietistisch geprägten erwecklichen Kreisen in Berührung gekommen, deren religiöse

---

<sup>6</sup> Vgl. Ursula Röper: Ein Alphabet für Frauenzimmer. Überlegungen zur Lektüre von Stiftsdamen. in: Ursula Röper / Simone Oelker / Astrid Reuter (Hrsg.): Preußens FrauenZimmer [Katalog zur Ausstel-



Überzeugungen fortan ihr Leben grundlegend prägen sollten. Wie dem Schreiben des Predigers an das Konsistorium zu entnehmen ist, fielen Louise von Schierstedt und die beiden anderen Konventualinnen im Stift bald auf, weil sie dem Gottesdienst und den Predigten fernblieben, obwohl die Statuten den Stiftsfräulein den Gottesdienstbesuch zur Pflicht machten. In ihren Erklärungen über ihr Fernbleiben vom Gottesdienst beriefen sie sich auf ihr Gewissen, das ihnen verbiete, Dinge zu hören, die mit ihrer Glaubensauffassung nicht übereinstimmten. Louise schrieb in ihrem Verteidigungsschreiben an das Konsistorium, daß es „gegen mein Gewissen und meine Überzeugung ist, da ich denselben nicht nur die lebendige Verkündigung unseres einen evangelischen Glaubens an die Heilige Dreieinigkeit, die wahrhaftige Gottheit jeder einzelnen Person derselben und der daraus fließenden Heilsordnung, wie wir beides aus der Hl. Schrift schöpfen, und uns so klar und einfach im Lutherischen Catechismus gelehrt wird, vermisse, sondern die meisten der Predigten, die ich gehört habe, mir grade dadurch so viel Kampf und Noth verursacht haben, weil sie ihrem Sinne nach mehr eine Widerlegung dieses unseres Glaubens, besonders des 2ten Artikels, der wahrhaftigen Gottheit unsers Herrn Heilandes Jesu Christi, als eine Verkündigung desselben waren.“<sup>7</sup> Wie dieses Zitat zeigt, scheint Louise von Schierstedt auch nicht sehr tolerant gewesen zu sein. Das Schreiben des Predigers unterstreicht diesen Eindruck, indem er darauf hinwies, daß sich die Drei auch missionarisch engagierten. Denn so schrieb er, sie würden nicht nur „ihre frommen häuslichen Übungen“ in ihren Wohnungen praktizieren, sondern darüber hinaus „ihre Meinungen zu verbreiten“<sup>8</sup> suchen. Das missionarische Benehmen dieser drei erwecklich gläubigen Frauen empfanden die übrigen Konventsdamen und die Äbtissin als so störend, daß sie sich nach mehreren erfolglosen Ermahnungen beim Konsistorium beschwerten.

Die Äbtissin von Steinwehr und der Konvent wollten verhindern, daß der innerprotestantische, konfessionelle Streit, der vor allem in den östlichen preußischen Kirchenprovinzen zwischen altlutherischen und unierten Protestanten ausgetragen wurde, in das Kloster Stift hineingetragen wurde. Sie verlangten die Ausübung der Landesreligion. Da die drei widerspenstigen Konventualinnen sich jedoch nicht in die kirchlichen Vorstellungen des Konvents einfügen wollten, ersuchte die Äbtissin das Konsi-

---

lung], Berlin 2001, S. 71 - 78. Uwe Czubatynski: Heiligengrabe, Stiftsbibliothek. in: Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland Bd. 16, Hildesheim [u. a.] 1996, S. 332 - 334.

<sup>7</sup> Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 22 Kloster Stift zum Heiligengrabe, Nr. B 11, Bl. 27.

<sup>8</sup> Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 22 Kloster Stift zum Heiligengrabe, Nr. B 11, Bl. 11.

storium um Unterstützung. Der Konvent erwog inzwischen bei weiterer „Renitenz“ den Ausschluß der drei Stiftsdamen aus dem Kloster.

Doch die Drei wandten sich direkt an den preußischen König Friedrich Wilhelm III., und er beschied am 31. Januar 1832, da sie dennoch in einer anderen Kirche der Umgebung regelmäßig den Gottesdienst besuchten und damit ihrer klösterlichen Pflicht nachkämen, so sei der Ausschluß aus dem Kloster eine zu harte Maßnahme. Der Kronprinz hatte sich für die frommen Stiftsdamen bei seinem Vater eingesetzt. „Mir schlug das Herz vor Wonne als mir’s gelungen war, dies Ärgerniß im Kloster rückgängig zu machen“, schrieb Friedrich Wilhelm IV. achtzehn Jahre später an Louise von Schierstedt.<sup>9</sup>

Dies war die zweite, nachhaltigere Begegnung zwischen dem preußischen Königshaus und Louise von Schierstedt. Sie zeigt zweierlei: Der Kronprinz und die Stiftsdame waren sich in ihrer Glaubensauffassung und dem daraus abgeleiteten kirchlichen Engagement so nahe, daß sich der Kronprinz den Namen dieser streitbaren frommen Dame wohl gut gemerkt hatte. Toleranz und die Freiheit des eigenen Gewissens aber, die sie für sich selbst in Anspruch nahm, hatte Louise von Schierstedt den anderen Damen des Konvents in missionarischem Eifer nicht wirklich zugestehen können.

Als Friedrich Wilhelm IV. und seine Gemahlin bei ihrem ersten Besuch in Heiligengrabe im Jahre 1842 außer der Äbtissin von Steinwehr und der Priorin du Rosey daher zusätzlich die beiden Stiftsdamen Louise von Schierstedt und Albertine von Kaphengst aufsuchten, hatten sie vor allem „Glaubensschwwestern“ mit ihrem Besuch geehrt. Der König schien diesen Kontakt pflegen zu wollen, denn er beabsichtigte das evangelische Damenstift in Heiligengrabe in seine kirchlichen Reformpläne einzubeziehen. Dazu benötigte er vor Ort Verbündete.

## II. Die Äbtissin Louise von Schierstedt (1843 - 1871)

Nach dem Tode der Äbtissin von Steinwehr im Jahre 1843 war nach den Statuten innerhalb von vier Wochen vom Konvent eine neue Äbtissin zu bestimmen. Louise von Schierstedt wurde erst nach drei Wahlgängen zur Nachfolgerin gewählt, und dies nur, weil der König massiven Einfluß auf die Entscheidung genommen hatte. Der

---

<sup>9</sup> Stiftsarchiv Heiligengrabe, Nr. 1140, unpaginiert.

Konvent war zunächst nicht davon überzeugt, daß des Königs Wunschkandidatin die Geschicke des Klosters in ihrem Sinne lenken würde.<sup>10</sup>

Friedrich Wilhelm IV., selbst der Erweckungsbewegung nahestehend, hatte Louise von Schierstedt im Stift durchgesetzt, weil er in ihr eine Mitstreiterin für seine eigenen kirchlichen Anliegen sah. Er hoffte, mit der neuen Äbtissin eine Frau an der Spitze des Stifts zu haben, die seine Reformgedanken auch energisch und zielgerichtet in das Stift hineintragen würde. „Nun machen Sie das Stift zu einem Hause der Barmherzigkeit und verwandeln Sie das beruflose Leben der Conventualinnen in eine Gott wohlgefällige Thätigkeit in Werken christlicher Liebe.“<sup>11</sup> Diesen Auftrag hatte er 1843 der gerade neu eingesetzten Äbtissin von Schierstedt mit auf den Weg gegeben und sie damit aufgefordert, das bisher praktizierte Leben im Stift zu reformieren. Denn über die anderen Stiftsdamen und deren Leben hatte er sein eigenes, eindeutiges Urteil gefällt. Friedrich Wilhelm IV. vermißte die familiäre, die mütterliche, die soziale Seite an den Stiftsdamen und ihm mißfiel vor allem, daß die Damen das Kloster eher als eine Versorgungsanstalt denn als eine kirchlich-soziale, diakonische Einrichtung betrachteten, für die sie sich engagierten. Sein Kabinettsminister Ludwig Gustav von Thile (1781 - 1852) schrieb daher in einem Gutachten über das Kloster Stift zum Heiligengrabe: „Der Sinn für wohlthätige, gottgefällige Thätigkeit und der bloße Versorgungssinn stehen sich von Natur entgegen.“<sup>12</sup>

Als Kirchen- und Sozialpolitiker wollte der preußische König die Frauen in seine kirchlichen Reformpläne einbinden. Sein kirchenpolitisches Ziel war die Befriedung der schwierigen innenpolitischen Lage in Preußen nach den napoleonischen und Freiheitskriegen. Ein ausgeprägtes Bildungsprogramm schien aus seiner Sicht geboten, um der Armut und Arbeitslosigkeit Herr zu werden und die Untertanen von möglichen revolutionären Versprechungen abzuhalten. Die Frauen sollten wiederum als Lehrerinnen oder Diakonissen bzw. Krankenpflegerinnen ihren Beitrag leisten. Und da es noch viel zu wenig gut ausgebildete Mädchen und junge Frauen gab, wollte er, daß die Stiftsdamen sich als Lehrerinnen betätigten und in einer eigens dafür eingerichteten Schule junge adlige Mädchen dahingehend erzogen, daß sie später ebenfalls wieder als Lehrerinnen oder auch Mütter einer großen Kinderschar die jungen Leute in protestantisch-preußischem Geist erzogen. Dies ist der Gründungsgedanke der

---

<sup>10</sup> Vgl. Ursula Röper: Ein weibliches Bischofsamt. (wie Anmerkung 2).

<sup>11</sup> Stiftsarchiv Heiligengrabe, Nr. 1078, unpaginiert.

<sup>12</sup> Geh. Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 89 Geheimes Zivilkabinett, Nr. 23779, Bl. 2.

1847 von Louise von Schierstedt mit Unterstützung des Königs ins Leben gerufenen Stiftsschule, die bis 1945 bestand. Diejenigen Stiftsdamen aber, die als Lehrerinnen ungeeignet waren, sollten sich in der Krankenpflege engagieren. Deshalb wollte die Äbtissin auch ein kleines Krankenhaus dem Stift anschließen.

Diese Reformpläne konnten nur gelingen, wenn eine Äbtissin das Stift leitete, die bereit war, diese königlichen Vorstellungen mitzutragen und durchzusetzen. Der König wußte aus jahrelanger Kenntnis, daß Louise von Schierstedt diese Planungen unterstützte. Aus diesem Grund hatte er ihre Wahl zur Äbtissin durchgesetzt.

Um ausreichend Lehrkräfte und Pflegerinnen zu finden, plante die Äbtissin daher zukünftig bei der Besetzung der Stiftsstellen auf die entsprechende Eignung der Konventualinnen zu achten. Dazu wollte sie auch die Stiftsstellen von 25 auf 11 zu reduzieren. Außerdem beabsichtigte sie das Zusammenleben der Stiftsdamen familiärer und gemeinschaftlicher zu gestalten, um damit den Familiengedanken in den Frauen zu stärken. Die Statuten des Stifts mußten daher umgearbeitet werden. Über eine Statutenänderung aber hatte der Damenkonvent zu entscheiden.

Die Sorge der Äbtissin war, ob der Konvent ihre christlich-sozialen Reformpläne überhaupt mittragen würde und ob die Stiftsdamen bereit wären, ihre bisherige Lebensweise, die ihnen doch den Freiraum gewährt hatte, ihr Leben in größerem Umfang selbst zu gestalten, gegen einen familiär geprägten Gemeinschaftssinn einzutauschen. Die in der Tradition des 18. Jahrhunderts stehenden, gebildeten Damen waren in der Tat nur schwer davon zu überzeugen, daß sie ihre bisherige Lebenszeit angeblich vergeudet und nicht wirklich ihren in den Statuten festgelegten Aufgaben gemäß verbracht hätten. Als Stiftsdamen konnten sie weibliche Familienangehörige oder verwaiste Nichten und Neffen in ihren Klosterwohnungen erziehen und unterrichten, sie versorgten als Konvent das Kloster mit seinen Dörfern und Ländereien, sie hatten also einen umfangreichen Aufgabenkreis und hielten sich nicht für untätig und unnütz. Ohnehin hatten sie nicht immer aus freien Stücken den Lebensweg einer Stiftsdame eingeschlagen. Denn die gesellschaftlichen Lebensbedingungen im 19. Jahrhundert erlaubten unverheiratet gebliebenen Frauen weder eine Berufstätigkeit noch die Gründung eines eigenen Hausstandes. Ihre Familien waren froh, daß ihre ledig gebliebenen Töchter ehrenhaft im Kloster versorgt waren. Nun wollten die Stiftsdamen wenigstens selbst den Freiraum gestalten, den ihnen die Statuten zugestanden, und sich nicht weiter in ihren täglichen Aufgaben einengen lassen.

Die ersten Jahre der Amtszeit der Äbtissin von Schierstedt waren vor allem damit ausgefüllt, diese Reformen gegen den Widerstand der Stiftsdamen durchzuführen.

Dazu benötigte sie immer wieder die intensive Rückendeckung durch das Königshaus. Auch Königin Elisabeth stand ihr in diesen Auseinandersetzungen bei. Die Gründung der Stiftsschule war ihr immerhin innerhalb von vier Jahren gelungen, während die damit verbundene Statutenänderung, und damit der zweite Teil der Reformpläne, sich bis in die Mitte der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts hinzog.<sup>13</sup>

### III. Schluß: Krankheit und Tod (1871 - 1876)

Der König und die Äbtissin haben gemeinsam bis zur schweren Erkrankung Friedrich Wilhelms IV. an diesen kirchenpolitischen Reformplänen gearbeitet. Während der Monarch bereits 1861 starb, regierte die Äbtissin noch zehn Jahre das Kloster. Mehrere Jahre lag der König krank danieder, und es sind in der medizinhistorischen Forschung vielerlei Überlegungen angestellt worden, welche Krankheit zu seinem geistigen Verfall geführt haben mag. Letztlich wissen wir nur, daß der preußische König geistig immer mehr verfiel, so daß er sein Land nicht bis zum Tode selbst führen konnte. 1858, drei Jahre vor seinem Tode, mußte er die Regierungsgeschäfte an seinen Bruder Wilhelm I. abtreten. Dreizehn Jahre später erging es der Äbtissin sehr ähnlich. Im Jahre 1871 erkrankte die inzwischen 77jährige Äbtissin schwer. „Wenn sie über ihren Zustand sprach, so ward es besonders ihr Kopf, über den sie klagte. Sehr oft sprach sie die ganz bestimmte Befürchtung aus, es werde sich bei ihr am Ende ein Leiden ausbilden ähnlich dem des Hochseligen Königs. Unter dieser Befürchtung hat sie sehr gelitten. Oft mußte der Stiftsprediger Lütgert geholt werden, um sie aus Gottes Wort zu trösten. Sie habe, theilte derselbe mir mit, in seiner Gegenwart dann wohl laut gebetet, ja im Gebete mit Gott gerungen, er möge sie doch bewahren, daß sie den Verstand nicht verliere und in Irrsinn verfalle.“<sup>14</sup> Ihre Ängste bewahrheiteten sich dann leider doch, und nun standen die Konventsdamen und die Aufsichtsbehörden ebenfalls vor der Frage, der auf Lebenszeit regierenden Äbtissin die Geschäfte entziehen zu müssen.

Doch zuvor, zu ihrem 25jährigen Dienstjubiläum im Jahre 1868, hatte ihr die Königin noch ein besonderes Geschenk gemacht. „Nach dem Jubiläum hatte die Königin der

---

<sup>13</sup> Weiteres zu Louise von Schierstedt: siehe Anmerkung 2. Zur Stiftsschule: Kurze Geschichte der Unterrichts- und Erziehungsanstalt des Stiftes zum Heiligengrabe. Ein Erinnerungsblatt zum fünfzigsten Jahrestage ihres Bestehens. Berlin 1897. 48 S.

<sup>14</sup> Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 22 Kloster Stift zum Heiligengrabe, Nr. C 25, Bl. 68 ff.

Äbtissin zur Erholung in Sanssouci für vier Wochen eine Wohnung im Schloß zur Verfügung gestellt. Der Stiftsgärtner, der sie auf der Reise als Diener begleitet hatte, sowie ihre treue Jungfer Alinde blieben die ganze Zeit dort zu ihrer Bedienung, und eine königliche Equipage stand ihr zu ihrer Ausfahrt bereit, so daß sie die gütige Fürsorge der edlen Königin noch einmal mit Freude und innigem Dank genießen konnte.“<sup>15</sup>

Das enge Verhältnis der Äbtissinnen zum Königshaus war im Kloster Stift zum Heiligengrabe durch die Jahrhunderte immer wieder sehr betont worden. Die von Friedrich Wilhelm IV. veranlasste Gründung der Stiftsschule und die geforderte Statutenänderung sollten das Kloster Stift mindestens für einhundert Jahre entscheidend prägen. Der Zweite Weltkrieg hat diese Tradition zerstört. In der Gesamtgeschichte des Klosters stellt diese Epoche lediglich eine begrenzte, aber nicht unbedeutende Phase dar. Das heutige Engagement der ehemaligen Stiftsschülerinnen für das Kloster Stift zum Heiligengrabe aber wäre ohne die Gründung der Stiftsschule nicht denkbar.

---

<sup>15</sup> Stiftsarchiv Heiligengrabe, Stiftsverzeichnis, Bl. 199.

Abbildung 1:  
Louise von Schierstedt (1794 - 1876). Gemälde im Kloster Heiligengrabe. (Foto:  
Steffen Mühle).

Uwe Czubatynski

### **Der Nachlaß Johannes Storbeck im Pfarrarchiv Glöwen**

Der folgende Bericht über die vom Verfasser geleisteten Ordnungsarbeiten an einem ländlichen Pfarrarchiv soll sowohl die spezifischen Probleme dieser Archivgattung beschreiben als auch auf die dort erhaltenen Quellenmaterialien hinweisen.<sup>1</sup> So individuell auch jedes Archiv strukturiert ist, werden doch bei gleichen Bestandsbildnern ähnliche Verhältnisse zu erwarten sein.

#### 1. Der Vorzustand des Pfarrarchivs

Ein Teilbestand der zu verzeichnenden Akten lagerte auf dem Boden des Glöwener Pfarrhauses in geschlossenen Schränken trocken, aber ungeordnet. Die Kirchenbücher befanden sich bereits in einem neu beschafften Panzerschrank. In Groß Leppin wurden bei einer ersten Besichtigung im ehemaligen Schulhaus etliche Stapel völlig ungeordneter Akten überwiegend des 19. Jahrhunderts, diverse Amtsblätter und ca. sechs laufende Meter völlig ungeordnete Bücher vorgefunden, welche die Reste der Groß Leppiner Schul- und kirchlichen Volksbibliothek darstellen. Die Bücher mußten trotz der unzureichenden Lagerung an Ort und Stelle zurückgelassen werden, da die Gemeinde es leider abgelehnt hat, die Bücher im Domstiftsarchiv Brandenburg zu deponieren. Weitere Restbestände lagerten im Gemeinderaum in Bendelin. Die Bendeliner Akten sind bereits 1977 von Kirchenarchivrat Kunzendorf (Berlin) im wesentlichen erfaßt, aber danach offenbar nur zum Teil nach Glöwen gebracht worden. Am 14. März 1995 wurden die Archivalien aus Groß Leppin und Bendelin zur Bearbeitung zunächst nach Bad Wilsnack gebracht.

Eine Trennung der ehemals selbständigen Archive von Groß Leppin und Bendelin war deshalb nicht zu verwirklichen, weil Archivalien aus beiden Orten bereits in Glöwen vermischt vorgefunden wurden und weitere Akten noch in den genannten Orten lagen. Wegen der vielfachen Veränderungen der pfarramtlichen Verwaltung in

---

<sup>1</sup> Abschnitt 1 bis 4 dieses Aufsatzes sind bereits erschienen unter dem Titel: Möglichkeiten ländlicher Archivpflege: Das Pfarrarchiv Glöwen. in: Brandenburgische Archive H. 7 (1996), S. 10 - 12.



neuerer Zeit, der dauerhaften Verbindung dieser Orte zum jetzigen Pfarrsprengel und wegen der überschaubaren Menge wird die unterlassene provenienzzgerechte Trennung vertretbar sein.

## 2. Zur Verwaltungsgeschichte des Pfarrsprengels

Nach dem gegenwärtigen Stand gehören zum Pfarrsprengel vier Gemeinden, nämlich Groß Leppin, Glöwen, Bendelin und Netzow. Offiziell trägt der Sprengel noch heute den Namen von Groß Leppin, obwohl eine Umbenennung bereits im März 1967 vom Kreiskirchenrat beim Konsistorium beantragt wurde. Zu den Parochialverhältnissen der einzelnen Gemeinden ließ sich folgendes ermitteln:

A) Groß Leppin (mit Zernikow, Klein Leppin und Storbeckshof) ist die namengebende Mutterkirche, die im Mittelalter zum Besitz des Hochstifts Havelberg gehörte. In der ehemaligen Inspektion Wilsnack gelegen, ging das Patronatsrecht nach der Reformation mit dem Gut Plattenburg an die Familie von Saldern über. Der Ort Plattenburg wurde zum 1. 10. 1972 nach Kletzke umgemeindet (Urkunde K IV a 1730/72). Storbeckshof gelangte später an die Kirchengemeinde Glöwen, wurde aber zum 1. 4. 1950 wieder zu Groß Leppin gelegt (Urkunde K III 413/50).

B) Glöwen, dessen Patronat der Havelberger Bischof 1373 vom Markgraf erwarb (Germania sacra I/2, S. 124), war spätestens seit der Reformation eine Filialkirche zu Groß Leppin. Vorübergehend, vermutlich infolge des 30jährigen Krieges, wechselte das Filiationsverhältnis, so daß Glöwen zur mater Schrepkow gehörte. Hiervon zeugt das 1641 beginnende Schrepkower Kirchenbuch, das auch die Eintragungen für Glöwen (ab 1647/49), Kletzke und Kunow enthält. Dieser Zustand war offenbar der Grund, weshalb 1685/86 die Familien von Quitzow und von Bülow das Patronat über Glöwen beanspruchten. Das Konsistorium entschied jedoch aufgrund der Matrikel von 1542 zugunsten der Familie von Saldern.<sup>2</sup> Die Verbindung mit Schrepkow endete zu Ostern 1787, so daß Glöwen wieder mit Groß Leppin verbunden wurde.<sup>3</sup> Dieser

---

<sup>2</sup> Entscheidungen des Cöllnischen Konsistoriums 1541 - 1704, hrsg. von Burkhard von Bonin. Weimar 1926, S. 222 - 223.

<sup>3</sup> Siehe das Titelblatt zum Gesamtkirchenbuch Glöwen 1744 - 1817. Dementsprechend ist das Historische Ortslexikon zu berichtigen, das wohl aufgrund von Bratrings Angaben Schrepkow noch 1800 als

Wechsel hängt zusammen mit dem Tod des Pfarrers Christian Ludwig Seiler (gest. Schrepkow 9. 3. 1786), der Schrepkow und Glöwen verwaltete. Seine Nachfolge trat zu Ostern 1787 Christian Friedrich Bävenroth an, der seit 1769 bereits Gr. Leppin und Plattenburg verwaltete. Das Patronat, das bis nach 1686 dem Haus Plattenburg zustand, ging zu unbekannter Zeit (vor 1860) an die Güter Rühstädt und Quitzöbel (seit 1780 bzw. 1824: von Jagow) über, zu denen der Ort Glöwen schon seit 1464 gehörte. Wohl seit dem Antritt von Pfarrer Mummelthey im Jahre 1932 ist nicht mehr Groß Leppin, sondern Glöwen der Dienstsitz des Pfarramtes.

C) Bendelin war einst Mutterkirche in der Inspektion Kyritz, zu der die Tochterkirche Kötzlin gehörte. Das Patronat stand der Familie von Königsmarck auf Kötzlin und Berlitt zu. Zum 1. 1. 1967 wurde die Verbindung mit Kötzlin aufgehoben und Bendelin dem Kirchenkreis Havelberg-Wilsnack eingegliedert (Urkunde K III a 115/67). Zum 1. 7. 1967 wurde Bendelin dem Sprengel Groß Leppin zugeordnet (Urkunde K III a 1734/67). Zeitweilig (1977) wurde die Gemeinde auch von Söllenthin aus verwaltet. Die Gemeinde Kötzlin gehört gegenwärtig zum Pfarrsprengel Barenthin im Kirchenkreis Kyritz-Wusterhausen.

D) Netzow, ursprünglich ebenfalls eine Mutterkirche, war 1790 bis 1925 *mater coniuncta* von Schönhagen, seit 1925 aber von Söllenthin und gehörte einst zur Inspektion Dom Havelberg. Das Patronat oblag dem Domkapitel Havelberg, nach dessen Aufhebung 1819 war es fiskalisch. Zum 1. 7. 1967 wurde die Verbindung mit Söllenthin aufgehoben und Netzow (wie Bendelin) dem Sprengel Groß Leppin zugeordnet (Urkunde K III a 1734/67).

### 3. Die Ordnung und Verzeichnung des Archivs

Die in Glöwen lagernden Akten, nach der Verzeichnung 216 Akteneinheiten, wurden von Oktober bis Dezember 1994 in acht Arbeitseinsätzen am Ort geordnet. Die Akten wurden schon aus äußerlichen Gründen (ein eigener Arbeitsraum war nicht vorhanden) nach dem Bärchen Prinzip, also nach fortlaufender Reihenfolge ohne sachliche Vorordnung, verzeichnet. Abgesehen von den häuslichen Schreibarbeiten und Nach-

---

mater von Glöwen bezeichnet (Historisches Ortslexikon für Brandenburg, T. I: Prignitz, bearb. von Lieselott Enders, Weimar 1962, S. 117). Jetzt korrigiert in der 2. Auflage, Weimar 1997, S. 262.

forschungen für das Findbuch nahm dies rund 43 Arbeitsstunden in Anspruch. Eine erhebliche Menge von Belegen, Konzepten, allgemeinen Rundschreiben und ähnlichen Materialien sowie die meisten ungebundenen und unvollständigen Amtsblätter wurden kassiert. Nach Hinzufügung der aus Groß Leppin und Bendelin geholten Akten wurden die insgesamt 299 Akteneinheiten mit einer fortlaufenden Numerierung versehen. Aus Kostengründen wurden für die Akten ausschließlich die vorhandenen Materialien benutzt, wenngleich dies aus konservatorischer Sicht keineswegs der Idealzustand ist. Nach der Bearbeitung wurden die Akten in eigens angeschaffte Archivkartons (Stülpdeckelkartons im Folioformat) gelegt und diese in einem neugebauten Wandschrank im Amtszimmer gestapelt. Über das Ergebnis dieser Arbeiten hat auch die Lokalpresse berichtet (Der Prignitzer, 24. 1. 1995, S. 14).

Das Archiv umfaßt nunmehr (ohne die Kirchenbücher und Lagerbücher) 37 Archivkartons mit 4,2 lfm Archivgut. Bei der Aufstellung des Findbuches ist der allgemeingültige Aktenplan für Kirchengemeinden zugrundegelegt und entsprechend den tatsächlich vorhandenen Sachbetreffen modifiziert worden. Auf die aufwendige Anfertigung eines Registers ist verzichtet worden, da der Bestand nicht sehr groß ist und eine doppelte Numerierung notwendig gewesen wäre.

Als fremde Provenienz wurde zunächst eine Akte des 19. Jahrhunderts der Superintendentur Wilsnack gefunden, die dorthin zurückgebracht und mit dem übrigen Ephoralarchiv im Domstiftsarchiv Brandenburg deponiert wurde. Ferner wurde eine Akte des Vorstandes des Evang. Bundes (in Halle) ausgesondert, die ein Generalverzeichnis der Mitglieder und Korrespondenz der Jahre 1887 - 1894 enthielt. Diese Akte wurde dem Evang. Zentralarchiv in Berlin zur Ergänzung des Bestandes 600/82 übergeben. Unter den Bendeliner Beständen befand sich eine Urkunde, nämlich ein Lehnbrief des Christian Günter von der Schulenburg für den Hof des Bauern Joachim Dieterichs in Osterwohle, ausgestellt in Beetzendorf am 11. Januar 1710 mit gut erhaltener gedrechselter Siegelkapsel. Diese Urkunde wurde im Januar 1995 dem Konsistorium übergeben. In allen drei Fällen war der Weg dieser Stücke nach Glöwen unbekannt. Letztlich wurden unter den Bendeliner Beständen 12 Akten aufgefunden, die eindeutig zum Ephoralarchiv Kyritz gehörten (specialia Bendelin). Sie wurden der Kyritzer Archivpflegerin Frau Ilse-Maria Gumpert übergeben. Unter den Bendeliner Beständen befinden sich auch fünf Akten, die ihren Ursprung im Patrimonialgericht

der Gutsherrschaft Kötzlin (von Königsmarck) haben und bis in das Jahr 1772 zurückreichen. Da sie mit einer Ausnahme unmittelbar die Kirchenverwaltung betreffen, sind sie offenbar schon in früherer Zeit in das Pfarrarchiv gelangt und sind eher als Vorakten denn als Fremdprovenienzen zu betrachten.

Der Zustand der Akten selbst ist höchst unterschiedlich. Eine gute Aktenführung und sorgfältige Heftung ist zum Beispiel deutlich sichtbar an den Akten aus der Amtszeit des Pfarrers Johann Ludwig Christian Seeger, der von 1823 bis 1865 in Bendelin amtierte. Namentlich in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg macht sich jedoch das Problem der mangelnden Bildung von Sachakten bemerkbar. Solche Konvolute, in denen oft sämtliche Betreffende einer Kirchengemeinde zu finden sind, konnten nur mit einem unspezifischen Aktentitel wie „Verwaltung des Pfarramtes“ verzeichnet werden. Eine nachträgliche Ordnung hätte die Durchsicht von Hunderten einzelner Blätter erfordert. Bei den Akten einer unteren Behörde wäre dies jedoch ein unverhältnismäßiger Aufwand gewesen.

#### 4. Der Quellenwert

Die Pfarrarchive sind vergleichsweise sehr kleine Archivkörper. Mit Recht darf die Frage gestellt werden, inwiefern sich der Aufwand für die Erhaltung und Erschließung dieser Archivalien lohnt. Wie hoch deren historischer Wert zu veranschlagen ist, kann nur sehr bedingt beantwortet werden. Zweifellos gibt es viele Materialien, die auch an zahlreichen anderen Orten überliefert sind oder wirkliche Bagatellen zum Gegenstand haben. Sofern die Kirchenbücher vorhanden sind, wird man in Zukunft auch darüber nachdenken müssen, die massenhaft aufbewahrten „Proklamations- und Kopulationsscheine“ (Aufgebote und Trauungen) des 19. Jahrhunderts zu vernichten. Andererseits sind lokalspezifische Quellen vorhanden, zu denen es keine Gegenüberlieferung gibt. Welchen Wert man ihnen zumißt, hängt davon ab, welchen Stellenwert man der Lokalgeschichte einzuräumen bereit ist. Im Hinblick auf die moderne sozialgeschichtliche Forschung ist der Quellenwert dieser Archivbestände gewiß nicht unbeträchtlich. Allerdings steckt die Auswertung der Pfarrarchive noch in den Kinderschuhen.

Folgende Besonderheiten seien aus dem Bestand des Glöwener Archivs genannt, dessen Überlieferung wie wohl in den meisten ländlichen Pfarrarchiven in der Regel erst nach dem 30jährigen Krieg beginnt: Der älteste Druck, die 1572 in Frankfurt (Oder) verlegte Ausgabe der Augsburgerischen Konfession, ist offenbar irrtümlich aus Söllenthin nach Glöwen gelangt. Das schlecht erhaltene, aber im originalen Einband befindliche Buch stammt aus dem Besitz von Lukas Lindberg d. Ä., der als Kaplan 1552 die Vernichtung des Wilsnacker Wunderblutes miterlebt hat und 1555 Pfarrer in Söllenthin wurde. Die Kirchenbücher setzen in Netzow 1642, in Groß Leppin 1653 und in Bendelin 1678 ein. Das älteste Kirchenrechnungsbuch ist dasjenige von Bendelin, welches den Zeitraum von 1647 bis 1797 umfaßt. Fünf Briefe aus der Amtszeit des Pfarrers Christoph Friderici gehören in die Jahre 1671/72. Verhältnismäßig weit zurück reichen auch die Kirchenrechnungen der einzelnen Orte, die freilich in späterer Zeit nicht lückenlos überliefert sind. Sie beginnen für Bendelin 1647, für Glöwen 1711 und für Groß Leppin 1736 (Zehnt- und Kornregister ab 1770). Sozialgeschichtlich interessant ist ein Vergleich zwischen der Gutsherrschaft von Königsmarck zu Kötzlin und ihren Untertanen aufgrund einer Klage wegen schlechter Behandlung bei den Hof- und Spanndiensten aus dem Jahre 1772. Schwerpunkte für die Überlieferung des 19. Jahrhunderts sind die Schulverwaltung, Grundstücksangelegenheiten einschließlich der Separationsrezesse sowie die Ablösung der Reallasten. Aufbewahrt wurden auch einige sicher selten gewordene Drucke von Orgelnoten aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Für die jüngere Zeitgeschichte sind von Bedeutung die Personalien der 1944/45 im Glöwener Lazarett verstorbenen Soldaten sowie Todesanzeigen aus dem Umsiedlerlager Glöwen von 1946. Kopien dieser Quellen wurden im April 2000 dem Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen zur Verfügung gestellt. Einzelne, besonders vermögensrechtliche Vorgänge haben auch für die aktuellen Verwaltungsgeschäfte Bedeutung.

Interessante Einblicke in die einst beneidenswert solide Haushaltslage der Pfarrstelle Bendelin erlauben die Rechnungen der Pfarrkasse und der Kirchenkasse Bendelin sowie eine Aufstellung über das Kapitalvermögen (Pfarrarchiv Glöwen, in Nr. 277, 278, 289). Nachdem sich die Ablösung der Naturalabgaben durch Geldsummen über viele Jahrzehnte hingezogen hatte, verfügte man über eine solide wirtschaftliche Grundlage. Für das Rechnungsjahr 1912/13 ließen sich folgende Angaben berechnen: Die Pfarrbesoldung konnte zu 42,7 % aus Pachteinnahmen und zu 30,7 % aus Zinsen

von Wertpapieren gedeckt werden. Das Kapitalvermögen der Pfarre betrug zu dieser Zeit 31.175 Mark, angelegt in verschiedenen Wertpapieren, die zwischen 3 und 4 % verzinslich waren. Die Kirchenkasse Bendelin bestritt ihre Einnahmen zu 33,8 % aus Zinsen (Kapital: 16.100 Mark) und zu 27,1 % aus Pächten. Die Inflation hat dies alsbald zunichte gemacht und die Einführung des neueren Kirchensteuersystems erzwungen.

Die in Glöwen ausgeführte Neuordnung des Archivs bleibt aller Voraussicht nach freilich eine Ausnahme. Die Berufspflichten des Pfarramtes lassen nur wenig Spielraum, ehrenamtlich als Archivpfleger tätig zu sein. Bereits innerhalb eines kleinen Kirchenkreises übersteigen die Aufgaben bei weitem die tatsächlichen Möglichkeiten. Überdies besteht ein krasses Mißverhältnis hinsichtlich der für die Baudenkmalpflege einerseits und für die Schriftdenkmalpflege andererseits aufgewendeten Mittel. Leider gilt diese Disproportion nicht weniger auch für den außerkirchlichen Bereich. Für die Erforschung der Lokalgeschichte fehlt es weitestgehend an geeigneten Personen. Statt der unvorbereiteten Beschäftigung von Ortschronisten wäre dringend eine Schulung für solche Aufgaben notwendig. Daß die Erhaltung und Erschließung auch der kleinen Archive notwendig ist, hoffe ich mit dieser Übersicht ein wenig gezeigt zu haben.

#### 5. Der Nachlaß Johannes Storbeck

Im Jahre 1999 wurde dem Pfarrarchiv von Frau Urte Stäuber (Buchenhöhe 1, 50169 Kerpen) der Nachlaß ihres Verwandten Johannes Storbeck übereignet. Aus dessen eigenhändig geschriebenen Lebenslauf lassen sich folgende Daten entnehmen: Johannes Storbeck (Abbildung 1) wurde am 15. August 1870 in Storbeckshof als Sohn des Andreas Christoph Eduard Storbeck und der Minna Elisabeth Mathilde geb. Heinke (Tochter des Erb- und Freischulzen Friedrich Ludwig Heinke in Legde) geboren. 1874 siedelten die Eltern auf das Rittergut Penzlin (Ostprignitz) über, das sie bis 1895 in Pacht hatten. Nach Privatunterricht besuchte Johannes Storbeck das Gymnasium in Wittstock und legte dort 1889 das Abitur ab. Es schloß sich ein Jahr Militärzeit in Tübingen, danach das Studium der Rechte in Tübingen und Berlin an. Seine Beamtenlaufbahn im preußischen Staatsdienst stellt sich folgendermaßen dar: 1893 Gerichtsreferendar, 1897 Gerichtsassessor, 1899 Regierungsassessor und Spezialkommissar in Altenkirchen (Westerwald), 1904 Regierungsrat und Spezialkommissar

in Sigmaringen und Hohenzollern. 1914 bis 1918 Teilnahme am Weltkrieg, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse, danach Regierungs- und Landeskulturrat in Düsseldorf, seit 1924 Oberlandeskulturrat in Berlin und seit 1. April 1933 Obergerverwaltungsgerichtsrat. Am 1. Oktober 1935 trat er in den Ruhestand. Johannes Storbeck war seit dem 10. Januar 1925 verheiratet mit Antonie Dopfer aus Sigmaringen, die Ehe blieb kinderlos. Er starb am 25. Dezember 1945 in Finkenkrug bei Berlin. In seinem Ruhestand, den er in Finkenkrug verlebte, widmete er sich mit außergewöhnlicher Intensität der Erforschung seiner eigenen Familiengeschichte und der Ortsgeschichte von Glöwen. Die von ihm nach umfangreichen Archiv- und Literaturstudien verfaßte Dorfchronik von Glöwen wurde von dem Kunstmaler William Albani abgeschrieben und befindet sich noch heute in der Bürgermeisterei von Glöwen. Mit dem Nachlaß wurden nun die ausgedehnten Vorarbeiten, der diesbezügliche Briefwechsel sowie ein maschinenschriftliches und ein handschriftliches Exemplar der Chronik dem Pfarrarchiv übergeben. Die zehn Akteneinheiten wurden im wesentlichen so belassen, wie sie vorgefunden wurden und von Dr. Czubatynski im September 1999 in Bad Wilsnack verzeichnet. Kassiert wurden lediglich einige durch Wasser- und Schimmelschäden stark lädierte Kirchenbuchauszüge. Das Findbuch des Pfarrarchivs Glöwen ist demnach um folgende Nummern erweitert worden:

- 300 Beiträge zur Geschichte des Dorfes Glöwen und seiner Bauern bis zur sog. Bauernbefreiung und den Separationen einschließlich. Maschinenschriftliche Fassung der Ortschronik, entstanden um 1940. ca. 160 S. (gebunden)
- 301 Zur Geschichte des Dorfs Glöwen und seiner Schulzen und Bauern (Auszug aus Teil I und II der Chronik von Glöwen). Finkenkrug 1942. 67 S. (handschr., gebunden). Enth. auch Fotokopie einer Karte von 1843 und Stammlisten der Familien Storbeck und Heinke.
- 302 Manuskript zur Chronik „Beiträge zur Geschichte des Dorfes Glöwen und seiner Bauern“, teilweise vollständiger als die mschr. Fassung. Am Ende u. a. Zeichnung der Hofstellen von Glöwen und ihrer Besitzer sowie mschr. Ausarbeitung über die in Glöwen bis 1938 vorhandenen Gewerbebezüge
- 303 Vorarbeiten zur Chronik der Familie Storbeck. Enth. umfangreichen Briefwechsel 1934 - 1944, vor allem mit Studienrat Dr. Ludwig Storbeck in Stendal; Stammtafeln der aus Rengerslage (Altmark) stammenden Familie Storbeck und anderer verwandter Familien; Druck: Der deutsche Roland 25

- (1937), H. 5/6 mit Wappen Storbeck; Kirchenbuchauszüge u. a. zur Familie Heinke; 17 Fotografien der Familien Storbeck und Heinke ca. 1898 – 1938; anbei ein Faszikel Korrespondenz seines Neffen Dr. Hans-Wilkin Stäuber in Bonn 1986 - 1993
- 304 Korrespondenz 1935 - 1942 betr. Ortsgeschichte von Glöwen und Geschichte der Familie Storbeck (nicht chronologisch geordnet). Enth. auch Briefe seines Veters Dr. Hans Ulrich Heinke (Legde) sowie Lichtbild und Lebenslauf von Johannes Storbeck.
- 305 Darstellung der Familien Storbeck in Glöwen, Rengerslage und Brandenburg (Havel), 1936. 27 S. (mschr.); Briefe an Dr. Ludwig Storbeck in Stendal 1936 bis 1937; Auszüge aus den Kirchenrechnungen von Glöwen (darin erwähnt: 1713 neue Kanzel, 1715 neuer Altar vom Berliner Bildhauer Andreas Schulze und dem Maler Caspar Weiß, Darlehen 1750 für den Turmbau in Quitzöbel); Artikelfolge über das Havelberger Museum aus: Der Prignitzer, Januar / Februar 1939
- 306 Abschriften aus archivalischen Quellen, darin Sentenzen des Kammergerichts (Geh. Staatsarchiv Rep. 97 I) 1761 - 1775; Domstift Havelberg (ebd. Pr. Br. Rep. 10 A); Urbarium von Groß Leppin (vollständige Abschrift mit dazugehörigen Prozeßakten nach dem Exemplar der Bürgermeisterei, 86 S.); Rezesse betr. Dienstablösungen und Separationen in Gr. Leppin 1825 - 1849; Sentenzen des Kammergerichts 1787 - 1816; Grundakten der v. Jagowschen Gerichte zu Quitzöbel 1764 - 1859 betr. die Lehnschulzen Storbeck und weitere Rezesse; Grundakten Glöwen, Erbrezeß von 1863, Grundakten bis 1880 über den Schulzenhof Glöwen und weitere Auszüge aus Grundbuchakten und Kirchenbüchern; Grundakten des Kammergerichts 1811 ff. über Borchmannshof
- 307 Exzerpte aus historischer Literatur (mit Angabe der Signaturen der Staatsbibliothek Berlin); Auszüge aus Archivalien des Geh. Staatsarchivs (vor allem Kurmärkische Lehnkanzlei Rep. 78 und Domkapitel Havelberg Rep. 10 A), betr. auch Herrschaft Quitzöbel; anbei Schriftwechsel mit Archiven, Postkarte von Dr. Karl Heinrich Schäfer 1938, drei Postkarten aus Werben
- 308 Exzerpte aus juristischer und verwaltungsgeschichtlicher Literatur, auch aus der preußischen Gesetzsammlung betr. die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse sowie Notizen zur Geschichte des Münzwesens
- 309 Literaturexzerpte vor allem zur Rechts- und Verfassungsgeschichte der ländlichen Siedlungen und zur Landeskultur



Abbildung 1:  
Johannes Storbeck in Uniform (Vorlage: Pfarrarchiv Glöwen Nr. 303).

MittVGPrignitz 2(2002)

## Berichte aus anderen Vereinen

### Sauberer Strom aus dem Storchendorf Rühstädt

Rühstädt, jedes Jahr von vielen tausend Touristen besucht, ist seit dem Herbst 2001 um eine Attraktion reicher. Auf dem Hof des Pfarrhauses ist eine Photovoltaikanlage errichtet worden. Als Pilotprojekt für die Prignitz ist diese Anlage mit wesentlicher Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Osnabrück entstanden. In einem besonders sensiblen Gebiet, dem Biosphärenreservat Flußlandschaft Elbe, wird hier exemplarisch ohne jeden Schadstoffausstoß Strom erzeugt. Das Projekt hat freilich eine längere Vorgeschichte. Am Anfang stand das Interesse für diese innovative Technologie, die durch die Gewinnung regenerativer Energie einen Beitrag zum Umweltschutz leistet. Beflügelt wurde die Phantasie von diversen Pressemeldungen über die zunehmende Verwendung von Solaranlagen. Im Frühjahr 1999 gab es erste Kontakte mit Fachfirmen und Ermittlungen zu den Fördermöglichkeiten. Das attraktive 100.000-Dächer-Solarstrom-Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau schied allerdings aus, weil hier nur Privatpersonen oder Vereine antragsberechtigt sind. In dieser frühen Phase gingen die Überlegungen zunächst dahin, die Errichtung einer solchen Anlage zu kombinieren mit der ohnehin notwendigen Instandsetzung des Kirchendaches in Quitzöbel. Der dortige Gemeindegemeinderat hat am 31. März 1999 erstmals darüber verhandelt, nachdem schon 1996/97 vergeblich der Versuch unternommen wurde, drei Windkraftanlagen auf kircheneigenem Grund und Boden zu errichten. Ein erster konkreter Antrag wurde im Februar 2000 an die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gestellt, die das Förderprogramm „300 Kirchengemeinden für die Sonnenenergie“ aufgelegt hatte. Im Ergebnis einer längeren Diskussion stellte sich aber heraus, daß die Denkmalpflege einem solchen Vorhaben auf einem Kirchendach unter keinen Umständen zustimmen würde. Daraus ergab sich das Problem, überhaupt ein geeignetes Gebäude zu finden, dessen Dach eine Nord-Süd-Ausrichtung vorweisen kann. Für das ehemalige Pfarrhaus in Quitzöbel traf dies nicht zu; das Pfarrhaus in Legde schied ebenfalls aus, da es ebenso wie alle Dorfkirchen unter Denkmalschutz steht. Erst später stellte sich die Möglichkeit heraus, auf ein heute als Werkstatt genutztes Nebengebäude des Rühstädter Pfarrgrundstücks zurückzugreifen. Dieses teils aus Backstein, teils aus Fachwerk im 19. Jahrhundert errichtete Bauwerk war erst im Jahre 2000 vor dem drohenden Einsturz bewahrt und neu gedeckt worden. Der Gemeindegemeinderat Rühstädt erklärte sich am 4. September 2000 mit der Übernahme dieses Projekts einverstanden. Im Frühjahr 2001 konnten die Sanierungsarbeiten an dem Werkstattgebäude mit einer Neuverfugung und dem Anbringen einer Dachrinne fortgesetzt werden. Wenngleich diese Dachfläche wegen der umliegenden Bebauung nicht gänzlich ideal ist, erfüllt sie nun doch den gewünschten Zweck.

Nur durch Zufall entdeckte dann der Verfasser in der Staatsbibliothek Berlin einen Hinweis auf die Fördermöglichkeit von Solaranlagen durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg. Ein erster Antrag konnte dort im April 2000 gestellt werden, freilich noch mit dem ursprünglich geplanten Standort Quitzöbel und mit einer Anlagenleistung von 1,1 kWp. Unterdessen ergaben sich weitere Planungsunsicherheiten aus dem Umstand, daß die Größe der Anlage noch nicht feststand. Hierzu fehlte es an Vergleichsobjekten und an einem feststehenden Finanzrahmen. Zudem erwies es sich als schwierig, in der Region überhaupt Firmen zu finden, die zur Abgabe von vergleichbaren Kostenangeboten in der Lage waren. Im August 2000 lagen verschiedene Angebote vor, die eine Anlagenleistung zwischen 1,0 kWp und 2,0 kWp vorsahen. Im Dezember 2000 ging dann der Zuwendungsbescheid der Investitionsbank ein. Im Februar 2001 mußte der Antrag an die Stiftung Umwelt noch einmal vollkommen überarbeitet werden. Nach den Leitlinien der Stiftung war ein besonderes Gewicht nicht nur auf die Öffentlichkeitsarbeit zu legen, sondern auch gleichzeitig Maßnahmen zur Stromeinsparung nachzuweisen. Am 30. März 2001 lag auch die erfreuliche Zusage der Stiftung vor, die nun aber eine größere Anlage mit 2 kWp vorsah. Dadurch tat sich eine neuerliche Finanzierungslücke auf, weil die Investitionsbank aus Verfahrensgründen ihre auf die kleinere Anlage berechnete Fördersumme nicht mehr aufstocken konnte. Aus dieser Verlegenheit half dann im April 2001 der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Nachdem durch zahlreiche dienstliche Verpflichtungen das Projekt für etliche Wochen ruhen mußte, trafen die Solarmodule am 17. August 2001 in Rühstädt ein. Mit der Installation wurde die in Stendal ansässige Firma Georg Groddeck beauftragt. Am 5. September wurde begonnen, die ersten Module auf das Dach zu bringen. Erneute Verzögerungen ergaben sich aus der Tatsache, daß das Dach uneben war. Erst in einem zweiten Anlauf konnten alle 28 Module mit einer Nennleistung von 2,1 kWp fertig montiert werden. Am 30. Oktober 2001 um 10.10 Uhr war es dann endlich so weit: Das Stromversorgungsunternehmen, die WEMAG AG Schwerin, installierte den notwendigen Zwischemähler und schaltete die Anlage frei. Nach wenigen Sekunden floß der erste Solarstrom in das Netz. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme war freilich nicht der günstigste. Wegen des niedrigen Standes der Sonne produzierte die Anlage weniger als erwartet. Bei bedecktem Himmel oder in den späten Nachmittagsstunden steht die Anlage so gut wie still. Prognosen über den tatsächlichen Jahresertrag sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer möglich. Das regelmäßige Ablesen des Zählerstandes wird erst in Zukunft eine statistische Auswertung ermöglichen. Als letzter Baustein wurde im Januar 2002 eine Schautafel am Gebäude angebracht, die den Besuchern Informationen über die Anlage und über die Menge des bisher erzeugten Stromes liefert. Darüber hinaus wurde die Öffentlichkeit durch die Presse, durch einen Gemeindebrief und durch Faltblätter über das Projekt informiert. Die Solaranlage umfaßt eine Fläche von 17,7 qm und soll pro Jahr etwa 1.400 kWh Strom liefern. Dies ist etwa die Hälfte dessen, was der Vier-Personen-Haushalt im Pfarrhaus

verbraucht. Im Pfarrhaus selbst konnten erhebliche Einsparungen im Stromverbrauch erreicht werden: Betrag der Verbrauch 1998/99 noch 4.831 kWh, so lag er von Dezember 2000 bis Dezember 2001 bei nur noch 2.743 kWh. Dies darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit Abstand die meiste Energie für die Beheizung des sehr großen Hauses benötigt wird. Rechnet man den Erdgasverbrauch in Kilowattstunden um, so ergab sich von Dezember 2000 bis Dezember 2001 ein Bedarf von 50.829 kWh. Der Verbrauch elektrischer Energie macht also nur gut 5 Prozent des Gesamtenergiebedarfs aus. Künftige Generationen werden daher verstärkt in diesem Bereich investieren und regenerative Energiequellen zum Beispiel durch Wärmepumpen erschließen müssen.

Die Solaranlage ist mit einem Gesamtvolumen von rund 42.000,- DM eine Investition in die Zukunft. Die enorm hohen Kosten verhindern (im Gegensatz zu thermischen Solaranlagen) gegenwärtig noch einen wirtschaftlichen Betrieb. Trotz der hohen, durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz für 20 Jahre garantierten Einspeisevergütung „rechnet“ sich eine solche Anlage für den Betreiber nicht. Ohne Fördermittel müßten die Solarmodule schätzungsweise mindestens 30 Jahre arbeiten, damit sich die Investitionen amortisieren. Sollten die Energiepreise in Zukunft deutlich ansteigen, würde die Rechnung jedoch günstiger ausfallen. Diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte können aber nicht das einzige Kriterium für die Errichtung einer Photovoltaikanlage sein. Die Kirchengemeinde leistet mit diesem Projekt einen konkreten Beitrag für die Bewahrung der Schöpfung und will zum Umdenken hinsichtlich des Energieverbrauchs anregen. Anmeldungen zu Gruppenführungen, auch durch die Kirche, sind an die Adresse des Evang. Pfarramts Rühstädt erbeten (Dorfstr. 21, 19322 Rühstädt, Tel. 03 87 91 / 27 75, e-mail: Uwe.Czubatynski@t-online.de).

Dr. Uwe Czubatynski (Rühstädt)

### **Verein zur Förderung und Erhaltung des Klosters Stift zum Heiligengrabe**

Ende April 1945, kurz bevor die Russische Armee kam, verließen die letzten Stiftskinder Heiligengrabe. Die Internatsschule, im Jahre 1847 von König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zunächst als Bildungsanstalt für adlige Waisen gegründet, schloß ihre Pforten. Von Anfang an hießen die Schülerinnen „Stiftskinder“, weil lange Zeit schon Neunjährige aufgenommen wurden, die bis zur Konfirmation blieben. In diesen knapp 100 Jahren - von 1847 bis 1945 - haben zahlreiche Mädchen die Stiftsschule besucht. Sie stammten aus Familien, die Wert darauf legten, daß ihre Töchter eine solide Bildung erhielten, bevor sie meist früh heirateten oder sich einem der wenigen in dieser Zeit für Frauen offenen Berufe zuwandten. Es waren überwiegend „Landkinder“, denn gute weiterführende Schulen waren von den Gütern, den Pastorenhäusern und auch den Häusern und Wohnungen der in den Kleinstädten der

„Provinz“ ansässigen Familien aus schwer zu erreichen. In dem Maße, in dem die Frauenbildung und die damit verbundenen Berufschancen im letzten Jahrhundert zunahmen, entwickelten sich auch die Lehrpläne in Heiligengrabe. Wo notwendig, gab es Freistellen für Schülerinnen. In den Familien bildete sich die Tradition aus, daß aufeinanderfolgende Generationen sich in dem gleichen Internat auf das Leben vorbereiteten, und manche Schülerin, die in den dreißiger Jahren in Heiligengrabe eingekleidet wurde, schlüpfte in die Stiftskleidung, die eine Tante 20 Jahre zuvor getragen hatte.

Mit dem Kriegsende 1945 war all das vorbei. Auch die Heiligengraber Schülerinnen und die meisten früheren Stiftskinder waren, wie so viele Menschen, nach Westen geflohen und wurden in alle Winde zerstreut. Aber schon im Sommer 1945 traf man sich wieder, zufällig oder gezielt nacheinander suchend.

Auch die Äbtissin Armgard v. Alvensleben war in den Westen gelangt, bevor am 2. Mai 1945 die Russen Heiligengrabe erreichten. Sie hielt Ausschau nach ihren früheren Stiftskindern. Die letzten Jahre ihrer Amtszeit waren geprägt vom Kriegsgeschehen, vom ständigen Alarm wegen der feindlichen Bomberflüge auf Berlin, Angst um Angehörige an der Front und zum Schluß durch Flüchtlingsströme und die Ungewißheit, welche der alliierten Streitkräfte die Heimat erobern würde. Äbtissin v. Alvensleben und ihre Damen waren froh und dankbar, daß das Stift bis Kriegsende verschont blieb und alle 120 Schülerinnen, die 1945 dort waren, heil und gesund zu ihren Familien zurückfanden. Die aktive Äbtissin fand bald wieder eine leitende Tätigkeit bei der Evangelischen Deutschen Bahnhofsmission und dem Verein der Freundinnen Junger Mädchen, aus dem später der Verein für Internationale Jugendarbeit hervorging. So kam sie viel herum in Deutschland, und 1946 rief sie die ehemaligen Stiftskinder zu einem Treffen nach Göttingen zusammen. Und viele, viele kamen und hörten ihre ermahnenen Worte, wie das Leben zu gestalten sei, jetzt, wo Ungebundenheit und Unabhängigkeit herrschte. Vor allem die Jüngeren wollten ja nun endlich viele Pläne verwirklichen, die der Krieg verhindert hatte, wollten die Welt entdecken und die Freiheit genießen.

Sehr ernst erinnerte Äbtissin v. Alvensleben an die christlichen Werte, die in Heiligengrabe die prägende Grundlage der Erziehung gewesen waren, an die eindrucksvollen Konfirmationen und die Vorbereitung darauf und an die preußischen Tugenden, die bei allem jugendlichen Übermut nicht vergessen werden sollten. Aber auch viel Not und Unsicherheit wurden bei diesem Treffen deutlich. Die meisten, die sich hier wiedersahen, waren Flüchtlinge und wohnten beengt bei fremden Menschen, Verwandten und Freunden, die sich nun ihrerseits einschränken mußten. Im Krieg und den ersten Jahren danach war man ja viel mehr aufeinander angewiesen als in normalen Zeiten. Das Essen war knapp, alles Lebensnotwendige - zwei Jahre vor der Währungsreform - noch schwer zu beschaffen. Nur Wenige hatten eine geregelte

Tätigkeit. So entstand die Idee des „Hilfsbundes ehemaliger Heiligengraberinnen“, den Äbtissin v. Alvensleben gründete, und der bis heute besteht. Sein Motto: Einer steht für den anderen ein. Wohlhabende helfen denen, die es nötig haben. Informationen, Möglichkeiten und Nachrichten werden vermittelt, man trifft sich öfter und nicht mehr nur zufällig. Bald fanden in allen Bundesländern Veranstaltungen statt. Es gab „Landesmütter“ und einen Vorstand auf Bundesebene. Die verschiedenen Generationen lernten sich besser kennen.

Die ehemaligen Heiligengraberinnen wurden fast so etwas wie eine große Familie. Eindrucksvoll und erfüllt war das Treffen 1982 auf dem Hardenberg bei Göttingen, in wunderschöner Umgebung, geprägt von der großzügigen Gastfreundschaft der Familie Hardenberg und einem unvergeßlichen Gottesdienst, den die aus Heiligengrabe gekommene Äbtissin v. Werthern hielt. Die Choräle sangen alle ehemaligen Stiftskinder auswendig miteinander. Zunächst konnte man noch, wenn auch mit Schwierigkeiten, in die SBZ, die spätere DDR, reisen. Aber nach dem Bau der Mauer 1962 war Heiligengrabe so weit weg und unerreichbar, wie für viele der früheren Stiftskinder ihr Zuhause. Um den Kontakt mit den östlichen Stiftskindern, besonders aber den zu Äbtissin v. Werthern und den noch verbliebenen Stiftsdamen nicht abreißen zu lassen, wurden mit Hilfe der Kirche, staatlicher Stellen und der Bahnhofsmission Fahrten nach Westberlin organisiert, und von dort aus ging es täglich zu einem Treffen nach Ostberlin. Da es größeren Gruppen nicht erlaubt war, gemeinsam die Grenze zu überschreiten, durfte man nicht zeigen, daß man sich kannte.

Aber jedes Frühjahr traf man sich drei Tage, bepackt mit Dingen, die im Osten knapp geworden waren. Man ging, wie gestattet, am Übergang Friedrichstraße hinüber, oft mit Herzklopfen, wenn man ein Buch oder sonst etwas mithatte, dessen Duldung zweifelhaft war. Unvergeßlich die endlos erscheinende Zeit, wenn man, nach Abgabe des Passes, nur mit einem Nummernzettel in der Hand mit vielen anderen saß und wartete, daß man hinüber durfte. In Ostberlin traf man sich dann mit denen, die in der DDR wohnten. Man saß und aß zusammen und redete endlos miteinander. Darum waren Treffpunkte wie das Stöckerstift und Spaziergänge, wo man frei sprechen konnte, besonders beliebt. Manchmal gab es auch kleine Vorträge über allgemein interessierende Themen mit lebhafter Diskussion, und immer hielt die Äbtissin v. Werthern eine Andacht für uns. Außer früheren Stiftsdamen und Stiftskindern kamen auch deren Angehörige und Freunde. Wieder bewies sich die Integrationskraft von Heiligengrabe, die zwischen Ost und West bis heute gehalten hat. Es war bald ein fester Kreis, der sich jedes Jahr traf. In Westberlin logierten die meisten in der Pension Europa in der Mommsenstraße, teils im Mehrbettzimmer, das erinnerte an die Stiftszeit, mit langem abendlichen Schwatzen. Die Begegnung war für alle gleichermaßen wichtig, so bildete sich ein festes Band, nicht nur durch materielle Hilfe, sondern auch durch den Austausch und die Kenntnis über die so unterschiedlich gewor-

denen Lebensverhältnisse in BRD und DDR. Im übrigen Jahr rissen Briefe und Paketsendungen nicht ab. Jeder Landesverband sammelte, packte und schickte alles, was knapp war in der DDR. Vor Weihnachten, im Advent - für alle, die Heiligengrabe kannten, immer eine besondere Zeit - waren die Verbindungen am lebhaftesten, und die Freude darüber förderte gegenseitiges Verständnis und menschliche Nähe.

Im leer gewordenen Stift waren nach den Kriegswirren die aus Oberschlesien ausgewiesenen Diakonissen des Friedenshortes eingezogen. Mit ihnen und den behinderten Kindern, die von ihnen betreut wurden, bestand auch bald eine enge Verbindung. Im Jahre 1952 war die frühere Vikarin, Pastorin Ingeborg Maria v. Werthern, Äbtissin in Heiligengrabe geworden. Bei ihr hatten die Stiftskinder in den letzten Jahren Konfirmandenunterricht und die allerletzten, die fliehen mußten, hat sie am 10. April 1945 noch eingesegnet. Später, nach 1989, feierte sie die goldene Konfirmation in der Stiftskirche mit denen, die vor 50 oder mehr Jahren konfirmiert worden waren. Die Äbtissin und die tapfer ausharrenden Stiftsdamen sicherten mit Hilfe der Kirche den Erhalt des Stiftes und der Gotteshäuser. Gebet und Gottesdienst waren wichtiger denn je. Nach und nach lockerten sich die Bedingungen für die Einreise in die DDR. Zum 700-jährigen Jubiläum des Klosters Stift zum Heiligengrabe im Jahre 1987 kamen schon über 60 ehemalige Stiftskinder und übernachteten im Stift, wenn natürlich auch nicht offiziell. Die notwendigen An- und Abmeldungen wurden in den Dörfern der Umgebung vorgenommen. Immer häufiger wurden die Besuche aus dem Westen, bis dann die Wende 1989 alles veränderte und die jährlichen Treffen von Berlin nach Heiligengrabe verlegt wurden.

Trotz mancher Bemühung vor Ort und aus den sog. alten Ländern geleisteter Hilfe war nicht zu übersehen, daß in Heiligengrabe viel getan werden mußte, um das schöne Zisterzienserkloster zu restaurieren, zu erhalten und hoffentlich zu neuer Blüte zu erwecken. Nachdem die Diakonissen des Friedenshortes auf dem Stiftsgelände neu gebaut hatten und 1998 ausgezogen waren, standen die Abtei und das Haus „Gottes-segen“, die frühere Schule, leer. Für erhoffte neue Nutzungen wurde gründliche Renovierung und damit größere Bautätigkeit notwendig. Im Jahre 1991 gründete die damalige Vorsitzende des Hilfsbundes, Benita Rose, zusammen mit einigen Stiftskindern den „Verein zur Förderung und Erhaltung des Klosters Stift zum Heiligengrabe“.

Es war nicht so einfach, sich diesem Ziel zu nähern und das, was man für notwendig erachtete, in die Tat umzusetzen. Zu unterschiedlich waren in Ost und West Strukturen und Befindlichkeiten, der Umgang mit Institutionen, die Auffassung von wirtschaftlichen Zielen und vieles mehr. Man weiß aus mancherlei Beispielen von den Schwierigkeiten des Zusammenwachsens der alten und neuen Länder, äußerlich und innerlich. Und: Immer älter wurden die früheren Stiftskinder, außerdem wohnten die

meisten von denen, die sich zunächst im Förderverein engagierten, im Westen. Aber zielstrebig versuchten sie, jüngere Menschen, die ihnen nahe standen und Menschen in den neuen Bundesländern für den Förderverein zu gewinnen. Und es gelang, wenn auch zunächst nicht so zügig, wie erhofft. 10 Jahre nach seiner Gründung hat der Förderverein 250 Mitglieder. Die jährliche Mitgliederversammlung findet in Heiligengrabe statt, gemeinsam mit einer Veranstaltung des Hilfsbundes und einem attraktiven Programm. Die alten Heiligengraberinnen sind überzeugt, daß in dem Maße, in dem der Hilfsbund der früheren Schülerinnen kleiner wird, der Förderverein wachsen wird durch immer neue Mitglieder, die sich für Heiligengrabe - sei es als zahlendes Mitglied, sei es durch aktive Mitarbeit - engagieren wollen.

Im Dezember 2000 wurde zusätzlich eine „Stiftung Heiligengrabe“ gegründet, die, fußend auf dem neuen Stiftungsrecht in Deutschland, es Menschen mit hohem Einkommen ermöglichen soll, steuerlich besonders begünstigt größere Summen einzubringen, die dem Kloster zugute kommen. Seit 1957 findet in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Eichholz/ Wesseling jedes Jahr im Herbst eine staatsbürgerliche Tagung statt, auf der sich 50 bis 70 Frauen aller Altersklassen bei regen Diskussionen zu verschiedenen Themen treffen. Begonnen hat es auch hier mit einigen Heiligengraberinnen. Jetzt, nach über 40 Jahren, sind ein Drittel der Teilnehmerinnen jünger. Sie meinen profitieren zu können nicht nur von Vorträgen und Diskussion, sondern auch von dem Miteinander, wie die Heiligengraberinnen es pflegen. Ein Abend dieser Tagung ist Heiligengrabe und der Information über den Stand der Dinge dort gewidmet und vielen Gesprächen über Erinnerung und Zukunft.

Nun tut sich schon eine Menge in den alten Mauern ! Im Jahre 1999 bekam das Stift eine neue, den veränderten Verhältnissen angepaßte Satzung. Das Kuratorium wurde neu gewählt. Ein aktiver Vorstand ist vor Ort tätig. Zusammen mit Förderverein und Hilfsbund ist er um Spenden als Eigenmittel für die Bautätigkeit bemüht, die dann vom Land Brandenburg, dem Bund, der Kirche und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz aufgestockt werden. Auch die Ostdeutsche Sparkassenstiftung, die Gemeinde, aber auch großzügige private Spender aus Ost und West helfen mit, die Gebäude zu sanieren, damit Heiligengrabe wieder ein Ort wird, von dem aktives kulturelles, geistiges und geistliches Leben ausgehen kann.

Im Preußenjahr 2001 hat sich auch Heiligengrabe, wie viele Orte in der Mark Brandenburg auf seine wertvollen Überlieferungen besonnen und öffnet zahlreichen Besuchern die Tür seines neuen Museums. Es ist das alte Stiftshauptmannshaus, später von vielen Stiftskinder-Jahrgängen als Schulhaus genutzt, das nun im ursprünglichen, klassizistischen Stil restauriert und als Museum hergerichtet wurde. Drei junge Kunsthistorikerinnen haben in den neu gestalteten Räumen trotz knapper Mittel und kurzer Vorbereitungszeit eine fachlich hervorragende Ausstellung gestaltet. „Preu-



ßens FrauenZimmer“ fanden beim Publikum und in Fachkreisen viel Beifall, auch über die Region hinaus. Das Museum erhielt erhebliche Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln und wurde daraufhin verpflichtet, mindestens fünf Jahre lang weitere Ausstellungen zu zeigen, eine wichtige Aufgabe für Heiligengrabe.

Am 7. Oktober 2001 wurde die Theologin Dr. Friederike Rupprecht in einem feierlichen Gottesdienst als neue Äbtissin des Klosterstifts eingeführt. Sie sieht Heiligengrabe als einen Kulturort, der seit der Zeit der Zisterzienserinnen von Frauen geprägt wurde, und sie führte aus: Die Mitte der neuen Aufgaben im Kloster wird der Aufbau geistlichen Lebens sein, getragen von den Frauen, die hier leben. Sie wollen sich einem tieferen Lebenssinn öffnen und in dem vornehmlich atheistischen Umfeld den Gottesdienst und das Gebet pflegen. Ein werktägliches Mittagsgebet wird angeboten; geplant sind Retraiten, das christlich-jüdische Gespräch, Kurse für alte Musik und frauenspezifische Tagungen. Ora et labora – eine wachsende Frauengemeinschaft wird offen sein auch für Frauen, die nur zeitweise hier leben und arbeiten wollen. Um den Konvent zu vergrößern, müssen die sehr verfallenen, schönen Häuser am Damenplatz und Wohnmöglichkeiten für Gäste hergerichtet werden.

Es gibt auch weitere erfreuliche Perspektiven: Das Weltorchester „Jeunesses Musicales“ will in Heiligengrabe eine Geschäftsstelle einrichten. Eine Jugendbauhütte, in der Jugendliche im Bereich der Denkmalpflege gefördert werden, soll auf dem Gutshof entstehen, und auch die Johanniter-Unfallhilfe plant, sich hier anzusiedeln. Am 4. November 2001 fand eine Podiumsdiskussion statt unter dem Thema: „Wie geht es weiter mit Heiligengrabe?“ Die Beteiligung der Menschen aus der Region war so stark, daß geplant ist, ähnliche Veranstaltungen öfter stattfinden zu lassen.

Die alten Stiftsschülerinnen, die es immer wieder nach Heiligengrabe zieht, und die vielen jüngeren Menschen, die inzwischen dem Förderverein beigetreten sind, wollen mithelfen, den Geist und die Atmosphäre des Stiftes weiter zu bewahren.

Eleonore von Joest (Wesseling)

### **Freunde und Förderer des Prignitz-Museums e. V.**

Der gemeinnützige Förderverein des Prignitz-Museums Havelberg besteht seit acht Jahren. Auf Initiative des damaligen Museumsleiters Harald Wildhagen fanden sich am 27. Januar 1994 sieben Personen zur Vereinsgründung zusammen, die sich dem Prignitz-Museum und dem Havelberger Wahrzeichen – dem Dom mit der Klosteranlage, in der das Museum seinen Sitz hat – besonders verbunden fühlten. Als Anliegen des Vereins wurde die Unterstützung der vielfältigen kulturellen Arbeit des Museums

definiert, welches ja bis zum Jahr 1997 zusätzlich für die verwaltungsmäßige sowie wissenschaftliche und touristische Betreuung des gesamten Domkomplexes mit seinen Außenanlagen zuständig war.

Durch die Anfang 2001 vollzogene Fusion der beiden kreiseigenen Museen in Havelberg und Osterburg zu den „Museen des Landkreises Stendal“ verlor das 1904 gegründete Prignitz-Museum Havelberg seine Eigenständigkeit. Alleiniges Ziel der Vereinsarbeit bleibt aber auch weiterhin, der Satzung entsprechend, die Unterstützung des Prignitz-Museums, denn die Bindungen der Mitglieder gehen nach Havelberg mit seinem Dom und zur Prignitz.

Der heute 19 Mitglieder zählende Verein sah bisher seinen Schwerpunkt in der Finanzierung dringend notwendiger Restaurierungen von Museumsgut. Er engagierte sich aber auch bei der Herausgabe von Publikationen, bei Ankäufen und bei der Unterstützung von Museumsveranstaltungen. Zu den Arbeitsschwerpunkten im einzelnen:

1) Restaurierungen: Der Förderverein engagierte sich verstärkt für die Rettung dringend restaurierungsbedürftigen Museumsgutes, da hier dem „Zahn der Zeit“ entschlossen entgegengetreten werden mußte. Mit Hilfe weihnachtlicher Spendenaufrufe, die mittlerweile zur Tradition geworden sind, konnten bisher folgende Exponate restauriert werden: 1994 spätmittelalterlicher Kruzifixus (Lindenholz, 14. Jh.); 1995 spätmittelalterliche Kasel mit appliziertem Kruzifix (15. Jh.); 1996 Trinkflasche in Form eines Fabelwesens (Glas, 17. Jh.) und Reservistenbild Garde du Corps (Potsdam 1825); 1997 Vesperale et Matutinale des Matthäus Ludecus (1589); 1998 germanischer Schildbuckel (Eisen, 1.-4. Jh.) und slawischer Zweilagenkamm (Knochen und Messing, 7.-12. Jh.); 1999 barocker Taufengel aus Reckenzin (Holz, um 1750); 2000 Corpus iuris civilis (1590) und Ölgemälde mit Szene aus der napoleonischen Zeit (um 1813). Zum Jahreswechsel 2000 / 2001 wurde für die Restaurierung eines dreiflügeligen Epitaphs von 1676 gesammelt. Die Restaurierung dieser außergewöhnlichen, beidseitig zu betrachtenden Totengedenktafel ist noch nicht abgeschlossen. Das aktuelle Museumsstück, das vor weiterem Verfall gerettet werden soll, ist eine 1672 gestiftete Altardecke mit sehr schönem Schwarzdruck aus der Dorfkirche von Netzwow bei Glöwen. Hier ist die Spendenaktion gerade angelaufen. Ein Spendenkonto ist bei der Kreissparkasse Stendal (Bankleitzahl 810 505 55) unter der Nummer 308 000 4425 eingerichtet.

2) Publikationen: Der Förderverein fungierte als Herausgeber folgender Veröffentlichungen: T. Buchholz: Das Kloster zu Havelberg. Prämonstratenser-Domstift und Prignitz-Museum. Regensburg 1994; V. Friedrich / H. Wildhagen: Dom zu Havelberg. Passau 1994; T. Buchholz / H. Wildhagen: Der Lettner im Dom zu Havelberg. Halle 1995; A. Reichel: Glasmalerei im Dom zu Havelberg. Halle 1996; H. Wildha-

gen / A. Reichel: Havelberg in alten Stadtansichten. Erfurt 1998. Alle genannten Publikationen sind über den Förderverein noch greifbar.

3) Ankäufe: Der Förderverein unterstützte das Museum durch den Ankauf von drei Kupferstichporträts von 1751 und einer Lithographie aus der Zeit um 1820.

4) Veranstaltungen: Etliche Museumsveranstaltungen wären ohne die Unterstützung des Vereins überhaupt nicht oder nicht in der durchgeführten Form möglich gewesen. Besonders erwähnt sei hier die finanzielle Beteiligung an der Veranstaltungsreihe „Jazz im Kreuzgang“.

5) Homepage: Das Museum verfügt mit der Web-Adresse [www.prignitz-museum.de](http://www.prignitz-museum.de) seit einiger Zeit über eine ausführliche, über 20seitige Homepage, auf der sich auch der Verein präsentiert. Dieser Internetauftritt wurde ebenfalls durch den Förderverein ermöglicht. Dort lassen sich auch Beitrittserklärungen ausdrucken. Vereinsmitglieder erhalten Einladungen zu allen Vernissagen und Veranstaltungen des Museums und werden automatisch über alle Neuerscheinungen und die Aktivitäten des Museums informiert.

6) Vereinsadresse: Freunde und Förderer des Prignitz-Museums e. V., z. H. Harald Wildhagen, Prignitz-Museum Havelberg, Am Dom, 39539 Havelberg. Tel. 03 93 87 / 2 14 22, Fax 03 93 87 / 8 87 78.

Vorstandsmitglieder: Peter Reichel, Havelberg-Toppel (Vorsitzender); Harald Wildhagen, Berlin (stellv. Vorsitzender und Schriftführer); Wolfgang Binia, Bremen (Kassenwart).

Bankverbindungen: Volksbank Rathenow eG, BLZ 160 919 94, Konto 69 28 40 und Kreissparkasse Stendal, BLZ 810 505 55, Konto 308 000 4425.

Harald Wildhagen (Havelberg)

### **Ein Arbeitsförderungsprojekt im Amt Gumtow**

Unser Projekt für Heimatgeschichte und Kultur der Prignitz im Amt Gumtow wurde im März 2000 im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gestartet. Das Team besteht aus vier Mitarbeiterinnen: drei Bürokauffrauen und eine Diplom-Bibliothekarin (Projektleiterin). Tatsächlich hatten wir am Anfang sehr geringe Vorstellungen davon, welche Aufgaben hinter diesem gut klingenden Titel stehen würden. Zweck und Ziel des Projektes wurden vom Träger beschrieben, aber wie wir zu diesem Ziel kommen, wurde uns selbst bzw. der Projektleiterin überlassen. Da sich einige Mitarbeiterinnen schon früher mit Ortschroniken beschäftigt hatten, planten wir zunächst,

diese Arbeit fortzusetzen und begannen in den örtlichen Bibliotheken mit Recherchen für die Ortsgeschichte. Wir stellten erfreut fest, dass in den hiesigen Bibliotheken, Museen und Archiven ein beachtlicher (teils historischer) Buch- und Periodicabestand zur Ortsgeschichte vorhanden ist, wobei aber die Bestände in großen Teilen nicht fachgerecht katalogisiert sind und eine umfassende Bibliographie zur Ortsgeschichte der Prignitz nicht existiert. So setzten wir uns zum Ziel, eine Bibliographie der vorhandenen Literatur anzufertigen, um die Arbeit der Heimatforscher zu erleichtern und allen Interessierten in diesem Bereich eine Orientierungshilfe zur Verfügung zu stellen. Die Grundlage dieser Bibliographie sind die Buch- und Periodicabestände bzw. die Kataloge der örtlichen Bibliotheken sowie die vorhandenen Bibliographien der Landesbibliothek in Potsdam.

Eine andere Erfahrung war, dass die Geschichte der Prignitz zwar in vielen wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Werken bearbeitet, dabei aber sehr wenig Bilddokumentationen in diesem Bereich veröffentlicht wurden. So begannen wir mit der Sammlung von Archivbildern der Gemeinden unseres Wohngebietes. Im Mai 2001 eröffneten wir eine Ausstellung in der Amtsverwaltung in Gumtow. Die Besucher des Amtes können etwa 100 Bilder aus der Zeit von 1900 bis 1950, Vergrößerungen von historischen Postkarten über die Ortschaften des Amtes sowie die naheliegenden Städte wie Perleberg, Kyritz, Bad Wilsnack usw. besichtigen. Eine andere Ausstellung über die Baudenkmäler der Prignitz eröffneten wir im August 2001 im Schloss Demerthin. Diese Ausstellung beinhaltet 70 Farbbilder (20 Bildtafeln) über die denkmalgeschützten Bauernhäuser, Wohnhäuser und Kirchen der 16 Gemeinden des Amtes Gumtow. Vom 1. Dezember 2001 bis 30. April 2002 sind die Bilder im Bischofssaal in der Plattenburg ausgestellt. In der Bibliothek Kyritz war im August und September 2001 eine Zusammenstellung von 50 historischen Bildern aus unserer Sammlung über die Stadt zu besichtigen. Weitere Fotodokumente von der traditionellen Landwirtschaft in der Prignitz möchten wir im Frühjahr 2002 im Schloss Demerthin präsentieren.

In der Lokalpresse wurden zahlreiche Publikationen von Heimatforschern der Prignitz veröffentlicht. Da viele Autoren wie Gerhard Prill, Hubert Bogert und andere inzwischen verstorben sind und zu befürchten steht, dass diese Werke der Heimatliteratur mit der Zeit in Vergessenheit geraten, stellten wir von diesen Veröffentlichungen eine Sammlung zusammen. Die Kopien der Zeitungsartikel sind thematisch geordnet. Von den ausgewählten Zeitungsartikeln planen wir eine Broschürenreihe über Sitten und Bräuche der Prignitz zusammenzustellen. Bisher sind drei Hefte fertiggestellt:

- „Es weihnachtet sehr.“ Gedichte, Volksbräuche, Wetterregeln und alte Kochrezepte zur Weihnachtszeit.

- „Stüp, Stüp, Osterei ...“ Ostern und Pfingsten in der Prignitz.
- Ernte in der Prignitz. Sitten und Bräuche.

Falls die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, werden wir diese Hefte für einen breiteren Leserkreis drucken lassen.

Mit der Zeit konnten wir eine gute Zusammenarbeit mit der Amtsleitung entwickeln. Deren Vertrauen in unsere Tätigkeit wird dadurch bewiesen, dass wir den Auftrag erhielten, die alten Schriftbestände der amtszugehörigen Gemeinden zu ordnen und zu archivieren bzw. zur Kassation vorzubereiten. Für diese Arbeit fanden wir auch bei der Leiterin des Kreisarchivs Unterstützung. Bei der Archivierung des Schriftgutes fanden sich manchmal nicht nur längst verloren geglaubte Dokumente wieder, sondern konnten auch historisch sehr interessante Dokumente wie zum Beispiel über hundert Jahre alte Protokollbücher der Gemeindevertretersitzungen vor der Vernichtung bewahrt werden.

Die Förderung unseres Projektes läuft bis zum 30. März 2002. Es ist fraglich, ob die bisher geleistete Arbeit, welche als Fundament für eine umfangreiche Dokumentationsarbeit für die Geschichte der Prignitz dienen könnte, fachgerecht weitergeführt wird, oder die Ergebnisse der Bürokratie zum Opfer fallen. Anschrift: Amt Gumtow, Karpatenweg 2, 16866 Gumtow, Tel. 03 39 77 / 8 79 - 20.

Erzsébet Kleemann, Projektleiterin (Gumtow)

#### **Der Bürgerverein Perleberg e. V.**

Die Gründung erfolgte 1997 durch 21 Damen und Herren aus sehr unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen. Der Verein verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke und finanziert seine eigenen Vorhaben und die Unterstützung von kulturellen Aktivitäten in Perleberg nur aus Beiträgen und Spenden. Mitglieder des Bürgervereins sind Einzelpersonen, andere Vereine, Firmen und Gewerbetreibende sowie die Stadt Perleberg. Die interessierte Begleitung unserer Arbeit durch auswärtige Mitglieder ist ein sehr angenehmes Zeichen der Verbundenheit mit Perleberg. So ordnen wir auch die steigende Zahl von Freunden der Stadt Perleberg ein, die mit ihrer Mitgliedschaft Gemeinsinn praktizieren (1998: 86, 1999: 162, 2000: 203, 2001: 224). Diese Entwicklung führt zu weiter verbesserten finanziellen Möglichkeiten für unseren Beitrag dazu, dass Leute nicht weg gehen, andere Leute her kommen und vielleicht bleiben. Wir verstehen uns als Bestandteil eines Netzwerks von beruflich und ehrenamtlich in vielfacher Weise kulturell Tätigen in unserer strukturschwachen, peripheren Region Prignitz.

Beispiele erledigter Aufgaben sind:

- Wiederaufbau eines eingestürzten Abschnitts der Stadtmauer im Schulgang in Zusammenarbeit mit der IG Denkmalpflege in der Stadt Perleberg
- Einbringung der Granittafel vor der Rolandstatue auf dem Großen Markt
- Installation der Bodeneinbaustrahler vor dem Roland
- Übergabe von Spenden an das Museum
- Aufstellung von Epitaphien auf dem Innenhof des Museums
- Mitarbeit in der zeitweiligen Arbeitsgruppe „Umgestaltung Großer Markt“
- Selbstdarstellung anderer Vereine in der Kontaktstelle unseres Vereins

Beispiele für die Fortsetzung von begonnenen Aufgaben sind:

- Finanzielle Unterstützung der Lotte-Lehmann-Woche
- Finanzielle Unterstützung und Mitarbeit bei der Vorbereitung des Roland- und Schützenfestes
- Mitarbeit in städtischen und regionalen Arbeitsgruppen und Gremien
- Anbringung von Hinweistafeln an stadthistorisch oder architektonisch bedeutsamen Häusern der Stadt (Abschluss im Jahr 2002)
- Herausgabe einer Broschüre im Jahr 2002 (in Zusammenarbeit mit der BIG Städtebau Brandenburg) mit Fotos von den Objekten mit Hinweistafeln, als Anregung und Hilfsmittel für einen geführten Rundgang durch das Flächendenkmal Altstadt Perleberg (Roland-Runde Ring 1)
- Erneuerung und Ergänzung von Hinweistafeln und Kennzeichnung von Wanderwegen im waldreichen Umland der Stadt in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, Abschluss im Jahr 2002 (Roland-Runde Ring 2)
- Unterstützung der Stadtführungen
- Durchführung des thematischen Perleberg-Tages innerhalb der Veranstaltungsreihe „Prignitz-Sommer“ auf dem Innenhof des Museums (jährlich am Nachmittag des ersten Freitags im Juli)
- Kunstausstellungen des Bürgervereins

Kontaktadresse des Vereins: Dieter Kreutzer, Koloniestraße 62, 19348 Perleberg. Tel. 0 38 76 / 78 57 57, e-mail: Kreutzer@prignitz.de

Dieter Kreutzer (Perleberg)

## Museum Perleberg

Das Museum Perleberg ist eines der grösseren und älteren Stadtmuseen in Brandenburg. Seine Gründung 1905 fällt in eine Zeit, als Traditionswerte staatstragend waren und Kenntnis, Achtung und Genuss lokaler Historie eine geistig-moralische Bereicherung versprochen. Heute versteht sich Perlebergs Museum nach Ausweis seiner Sammlungsbestände und Ausstellungsinhalte als historisches Universalmuseum. Vertikal sind Objekte vom Mesolithikum bis zum Ende des 20. Jahrhunderts erfasst, horizontal die Stadt Perleberg und ihr agrarisch strukturiertes, dünn besiedeltes Umland.

Mit der reichhaltigen ur- und frühgeschichtlichen Abteilung unweit des sogenannten Königsgrabes von Seddin sowie überragenden Dokumenten zur Wirtschafts-, Bau- und Sozialgeschichte der gut 800 Jahre alten Hansestadt sind die traditionellen Arbeitsfelder umrissen. Hierbei steht nicht unbedingt die Schausammlung im Vordergrund, sondern auch Archiv, Bibliothek und Fotosammlung des Museums, welche gleichsam einen kulturhistorischen Querschnitt durch die Region bezeichnen und von allen Interessierten genutzt werden können. Die Wahrnehmung dieses Informationsangebots ist nach Voranmeldung jederzeit möglich und in der Gebührenordnung detailliert geregelt.

Von den drei großen Ausstellungsabteilungen Ur- und Frühgeschichte, Ländliches Leben und Stadtgeschichte ist vor allem der letzte Bereich auf Zuwachs ausgerichtet; das Sammlungskonzept des Museums betrachtet Perlebergs Handel, Gewerbe und Verkehr als förderwürdige (und höchst aktuelle !) Aufgabe. Weitere Ausstellungsschwerpunkte, deren Realisierung teils abgeschlossen, teils projektiert ist, bilden: Die sakrale Kunst der westlichen Prignitz, ein Kabinett mit antiker Technik, die Jahre 1945 bis 2000, bedeutsame Persönlichkeiten aus Perleberg (Rudolf Bosselt, Lotte Lehmann, Max Zeisig) sowie die Fortentwicklung des Museumshofs als lauschige Stätte für Treffen und Veranstaltungen während der Sommermonate.

Das Museum Perleberg bietet seit den 50er Jahren regelmäßig Sonderausstellungen zu künstlerischen und kulturgeschichtlichen Themenbereichen an. Gruppen der unterschiedlichsten Couleur können generelle und thematische Führungen vereinbaren, die sich zuweilen auch auf andere Bauwerke und die Altstadt ausdehnen. Im Rahmen der Perleberger Museumsabende finden (populär)wissenschaftliche Vorträge und Lesungen statt.

Der Bildungsauftrag des Museums betrifft insbesondere die Projektarbeit mit der heranwachsenden Generation, aber auch mit Senioren und weiteren neugierig gemachten Gruppen. Töpfern wie unsere Vorfahren / Einkaufen in Urgroßmutterns

Kaufmannsladen / Eine Unterrichtsstunde vor 130 Jahren / Perleberg im Mittelalter / Archäologische Schatzsuche - das sind die gefragtesten Themen der letzten Zeit gewesen.

Seit vielen Jahren bietet das Museum Schulbetriebs- und Fortbildungspraktikanten eine vorübergehende, nicht vergütete Arbeitsmöglichkeit. In Abstimmung mit den Denkmalbehörden leistet das Museum bisweilen aufwendige Beiträge zur Stadtarchäologie, von der Ausgrabung über Fundbergung und -unterbringung bis zur Dokumentation ganzer Gebäuderelikte und -inhalte.

Dem Museum steht ein Beirat zur Seite, welcher beratend, vermittelnd und unterstützend alle grundsätzlichen Fragen und Probleme des Hauses begleitet. Hierzu zählen folgende drei Hauptaufgaben, deren Bewältigung noch aussteht: Fortsetzung der Sanierungsarbeiten am Museumsgebäude; damit einhergehend Schaffung neuer, ansprechender Ausstellungsbereiche sowie die Sicherstellung einer sachgerechten Unterbringung der Sammlungsbestände unter konservatorischen Gesichtspunkten.

Reinhard Spieß, Museumsleiter

Museum Perleberg, Mönchort 7-11, 19348 Perleberg.  
Tel. 0 38 76 / 61 29 64, Fax 0 38 76 / 30 17 55.

Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10.00 Uhr - 16.00 Uhr.  
Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat 11.00 Uhr - 15.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

### **Verein zur Förderung und Erhaltung des denkmalgeschützten Landschaftsparks in Hoppenrade, Landkreis Prignitz**

Der Verein wurde im Sommer 1995 gegründet auf Anregung und in Abstimmung zwischen der Unteren Denkmalbehörde der Kreisverwaltung, dem Bürgermeister der Gemeinde Hoppenrade, der Landschaftsarchitektin A. Brückner, dem Jugenddorf Prignitz des CJD und der Familie von Freier. Das Ziel des Vereins ist, nach den von der Landesregierung Brandenburg finanzierten Vorarbeiten (Bestandsaufnahme, Sanierungskonzept) von Seiten der Gesellschaft für Ingenieur-, Hydro- und Umweltgeologie mbH Neustadt (Dosse) den Park wieder zu restaurieren, zu pflegen und ihn der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Hoppenrade, unweit der B 5 Hamburg-Berlin im Landkreis Prignitz gelegen, hat jahrhundertlang dem Domstift zu Havelberg gehört. In einer Urkunde des Bischofs von Havelberg wird es 1344 erstmalig erwähnt. Im 16. Jahrhundert waren Ort und Feld-



Feldmark wüst. Das Domkapitel ließ 1729 ein kleines Vorwerk, eine Schäferei und eine Ziegelei errichten und verpachtete Hoppenrade 1743 an Heinrich von Quitzow. Zu dieser Zeit entstand ein kleiner Haus- und Küchengarten.

Auf Initiative des Amtmannes Andreas Freyer wurden 1747 Kolonisten angesiedelt und eine Bauernkolonie gegründet. Nach dem Tode des Heinrich von Quitzow führten Pächterwechsel wieder zu einem Niedergang. Erst 1795 begann mit der Übernahme des Gutes durch den königlich-preußischen Amtsrat Dr. med. Johann Paul Freyer aus Havelberg ein neuer Aufschwung. Seitdem ist die Entstehung und Entwicklung des 22 ha großen Landschaftsparks untrennbar mit der Geschichte und Entwicklung des Gutes verbunden. Der Landschaftspark Hoppenrade ist ein Zeugnis der Gartenkunst des 19. Jahrhunderts und als eines der wertvollsten Gartendenkmale in der Prignitz anzusehen.

Unter Dr. Johann Paul Freyer wurde der Garten zu einem kleinen, 3 bis 4 ha umfassenden Park umgestaltet. Im Zusammenhang mit dem Aus- und Umbau der noch heute prägenden Gutsanlage und dem Bau eines neuen Herrenhauses ab 1830 wurde unter dem Amtsrat Johann Wilhelm Freyer (dem Sohn des Dr. Johann Paul Freyer) auch der Park wesentlich erweitert. Für die Planung und Ausführung konnte Eduard Neide gewonnen werden, der spätere Direktor des Berliner Tiergartens.

Der Park wurde hervorragend in die natürlichen Gegebenheiten wie Wasserlauf des Cederbaches, Burgwall und vorhandene Teiche eingefügt. Gutshaus, Hof und Park wuchsen zu einer Einheit von großem landschaftlichen Reiz zusammen und wirkten durch Großzügigkeit und Weite. Wertvolle Gehölze, Rosen- und Blumenrabatten, Orangerie und Springbrunnen bereicherten das Bild. Nach 1900 wurde der Park nochmals erweitert.

Die Jahre nach dem 2. Weltkrieg brachten eine geänderte Nutzung und eine sinnlose Zerteilung des Parks. Die Anlage wurde stark geschädigt und vieles ging verloren. Seit 1985 steht der Park unter Denkmalschutz, und seit 1998 wurden auch der Gutshof, das Herrenhaus und die Dorfstraße in den Denkmalschutz einbezogen. Die vom Land Brandenburg unterstützte Bestandsaufnahme verdeutlichte, daß der Park weit größer ist, als zu der Zeit angenommen wurde. Das betrifft insbesondere Elemente in den Übergangszonen zum freien Landschaftsraum.

Nach Analyse des Bestandes und Auswertung des reichhaltigen historischen Bildmaterials bemüht sich der Förderverein seit 1995 um die Wiederherstellung des grundsätzlichen Raumgefüges der Anlage, des Wegenetzes, der Brücken über den Bachlauf, um die Nachpflanzung von Gehölzgruppen und die Bestandspflege. Dach und Fenster der Orangerie wurden erneuert, das Mauerwerk des Eiskellers saniert (Ziel: Fleder-

maus-Quartier). Der Umfang der noch ausstehenden, notwendigen Maßnahmen ist sehr groß und ohne weitere Unterstützung, auch von Seiten des Landes, nicht zu bewältigen.

Literatur: Anja Brückner: Hoppenrade. Der Landschaftspark. in: Brandenburgische Denkmalpflege 1996, Heft 2. Prof. Dr. Dade: Hoppenrade. in: Die deutsche Landwirtschaft unter Kaiser Wilhelm II. Bd. 1, Königreich Preußen, 1913.

Anschrift: Annette Hacker, Garzer Straße 23, 16928 Garz, Tel. 03 39 82 / 6 02 78

Bankverbindung: Sparkasse Prignitz, BLZ 160 501 01, Konto Nr. 144 0000 260

Vorstandsmitglieder: Botho von Saldern (Vorsitzender), Anja Brückner (stellv. Vorsitzende), Annette Hacker (Geschäftsführerin), Edelgard von Freier (stellv. Geschäftsführerin), Jürgen Baetcke (Kassenwart), Gerhard Neubohn, Ulrich Schulz, Günther von Freier.

Günther von Freier (Hannover)

### **Verein zur Rettung und Erhaltung des evangelischen Gemeindehauses Lanz**

Der Verein wurde im April 2001 auf Anregung des Pfarrers der evangelischen Kirchengemeinde Lanz und nach Beratung des Amtsdirektors des Amtes Lenzen-Elbtal- und des Bürgermeisters der Gemeinde Lanz von einer Gruppe von Bürgern und Bürgerinnen aus Lanz und den zugehörigen Ortsteilen gegründet.

In der westlichen Prignitz, im Niederungsgebiet der Löcknitz, liegt das Runddorf Lanz. Durch den Ort führt die Straße von Lenzen nach Wittenberge. In der südwestlichen Ecke des Dorfplatzes liegt das Grundstück des evangelischen Pfarrhauses „Am Ring 3“. Das Pfarrhaus ist giebelseitig zum Platz ausgerichtet. In seinem Vorgängerbau wurde im Jahre 1778 Friedrich Ludwig Jahn als Sohn des damaligen Pfarrers geboren. Hinter dem Pfarrhaus steht das heutige Gemeindehaus (Abbildung 1). Es wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts errichtet und diente als Wirtschaftsgebäude auf dem Pfarrgrundstück. Im Jahre 1956 wurde es zum Gemeindehaus um- und ausgebaut.

Das Gebäude ist ein geschlossener Fachwerkbau mit zweifach verriegelter Fachwerkkonstruktion. Die Gefache weisen größtenteils Ziegelausfachung auf. Lediglich an einigen Stellen im Inneren haben sich Lehmstakenausfachungen erhalten. An seiner westlichen Traufseite (Hofseite) führen ein Einfahrtstor und zwei Türen ins Innere.

Zwei weitere Eingänge befinden sich an den Giebelseiten. An allen Außenseiten gibt es rechteckige und quadratische Fenster mit Sprossenteilungen. Die beiden Giebel sind verbrettert, den oberen Anschluss des Gebäudes bildet ein überstehendes Satteldach mit Reetdeckung. Im Inneren befinden sich im hinteren (südlichen) Gebäudeteil zwei Versammlungsräume, die 1956 für die Gemeinde eingerichtet wurden. Ihre Dielungen und Türen stammen aus dieser Zeit. In der Gebäudemitte führt eine einfache Holzterrasse auf den Dachboden. Der vordere (nördliche) Teil des Gebäudes diente als Schuppen und Remise. Das Dachwerk besteht aus einem Kehlbalkendach mit doppelt stehendem Stuhl.

Das Dorf Lanz wurde 1325 erstmalig urkundlich erwähnt. Seine Bewohner lebten vom Ackerbau und von der Viehzucht. Sie waren der Stadt Lenzen bzw. verschiedenen Grundherren abgabepflichtig. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erlebte Lanz eine Phase wirtschaftlichen Aufschwunges, in der die Einwohnerzahl auf über 300 stieg. Damals entstand das Wirtschaftsgebäude des Pfarrgehöftes, welches mit seiner stattlichen Größe die wirtschaftliche Prosperität des Ortes veranschaulichte. Es gehört heute zu den ältesten Gebäuden in Lanz und dokumentiert die heutige Tradition von Lanz als selbstständige Kirchengemeinde.

Der 1956 vorgenommene Umbau des Wirtschaftsgebäudes zum Gemeindehaus ist ein Zeugnis des religiösen Lebens der Nachkriegszeit in der Prignitz. Aufgrund geringer finanzieller und materieller Mittel, vor allem aber wegen der kirchenfeindlichen Politik der DDR konnten damals nur wenige vollständig neue kirchliche Gebäude errichtet werden.

Als Zeugnis der Ortsentwicklung von Lanz im 18. Jahrhundert, der langen Tradition seiner Kirchengemeinde und des religiösen Lebens der Nachkriegszeit besitzt das Gemeindehaus daher orts- und regionalgeschichtliche Bedeutung. Es ist ein anschauliches Beispiel für die von der Landwirtschaft geprägten Bauformen und Lebensverhältnisse in der Prignitz aus diesem Jahrhundert. Wegen seiner baugeschichtlichen und volkskundlichen Bedeutung ist das Gemeindehaus im Sommer 2001 in das „Verzeichnis der Denkmale des Landkreises Prignitz“ eingetragen worden.

Die Rettung vor dem Verfall und die Erhaltung des unter Denkmalschutz stehenden ev. Gemeindehauses ist derzeit Hauptaufgabe des Vereins. Nach erfolgreicher Sicherung und Instandsetzung wird der Verein die Betreuung und die Organisation der Nutzung des Hauses durch die Kirchengemeinde, kirchliche Gruppen, andere Vereine und Selbsthilfegruppen o. ä. übernehmen, sofern diese gemeinnützig im Sinne des Verzeichnisses der allgemein als besonders förderungswürdig anerkannten Zwecke (§ 10 b Abs.1 EStG) sind und ihr Vereins- bzw. Gruppenleben, sonstige Äußerungen

und Verhaltensweisen nicht antichristlichen, antikirchlichen und antidemokratischen Charakter tragen oder ausschließlich gewerbliche Ziele verfolgen.

Botho v. Saldern (Lanz, OT Jagel)

Vereinsadresse: Am Ring 3, 19309 Lanz, Tel.: 03 87 80 / 73 27, Fax: / 5 09 75

Vorstandsmitglieder: Wolfgang Nier (1. Vorsitzender), Botho v. Saldern (2. Vorsitzender), Gerda Lau (Kassenwartin), Gisela Nier (Schriftführerin), Michael Fritsch (1. Beisitzer), Ramona Lau (2. Beisitzerin), Ralf Madauß (3. Beisitzer).

Bankverbindung: Volksbank Lanz / Lenzen, BLZ 25861395, Konto Nr. 302500400.

Abbildung 1:

Das in der 2. Hälfte des 18. Jh. errichtete Wirtschaftsgebäude und heutige Gemeindehaus der Pfarre Lanz (Foto: Wolfgang Nier).

[Anzeige Edition Rieger]

MittVGPrignitz 2(2002)

## Rezensionen

Seier, Günther: Das Königsgrab von Seddin und andere Sagen der Westprignitz gesammelt und bearbeitet. (Wittstock: Dochow 1999). 160 S.

Im Jahre 1812 begannen die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm, die von ihnen gesammelten Kinder- und Hausmärchen zu veröffentlichen. Nur wenige Jahre später, nämlich 1816 bis 1818, erschienen in Berlin die Deutschen Sagen, ebenfalls von beiden Brüdern gemeinsam bearbeitet. Beide Veröffentlichungen haben die deutsche Literatur nachhaltig geprägt. Im Gefolge der Romantik besann man sich damals auf diese volkstümlichen Überlieferungen. In den folgenden Jahrzehnten erschien eine Flut von Märchen- und Sagenbüchern, von denen auch die Gebrüder Grimm selbst eine umfangreiche Sammlung besaßen.

Im Jahre 1922 hat der Kreisschulrat R. Heuer das erste Mal versucht, die Sagen der sonst wohl wenig erzählfreudigen Prignitz zu sammeln. Vorher und nachher sind in zahlreichen Sammelwerken und Aufsätzen weitere Sagen gedruckt worden. Zu erinnern ist vor allem an Eduard Handtmann (1842 – 1912), der als Pfarrer in Seedorf Sagen gesammelt hat, die auch Theodor Fontane benutzt hat. Günther Seier, ausgewiesen durch Veröffentlichungen zu archäologischen und stadtgeschichtlichen Themen, hat sich nun der Mühe unterzogen, die Sagen der Westprignitz erneut und möglichst vollständig zu sammeln. Vor allem in der Bibliothek des Perleberger Museums stand ihm für dieses Unternehmen reiches Material zur Verfügung.

Nachdem der Verlag Gudrun Dochow 1995 bereits die Sagen der Ostprignitz und 1997 die Sagen der Grafschaft Ruppin herausgebracht hat, liegt nun ein dritter ansehnlicher, von Wolfgang Neu illustrierter Band vor. Er umfaßt insgesamt 151 Sagen, die vom Herausgeber zum größten Teil einer behutsamen Bearbeitung unterzogen worden sind, um sie dem heutigen Leser besser zugänglich zu machen. Ein chronologisch geordnetes Quellen- und Literaturverzeichnis mit 95 Nachweisen beschließt diese verdienstvolle Sammlung. Übersehen wurde freilich, daß August Höpfner, der Verfasser der Perleberger Reimchronik, schon 1865 ein Buch mit Sagen und Geschichten der Altmark und Prignitz in Gedichtform herausgegeben hat. Viele Sagen der vorliegenden Sammlung knüpfen an markante Orte oder Bauwerke an oder haben - die Quitzows dürfen natürlich nicht fehlen - interessante Personen aus der Prignitzer Geschichte zum Gegenstand. Eine Reihe von Erzählungen sind einprägsam und haben literarische Qualitäten, so etwa die Nummern 1, 35, 36, 38, 40 und 43. Freilich ist nicht zu übersehen, daß einige Sagen von so dürftigem oder unsinnigem Gehalt sind, daß sie einen Abdruck wohl nicht verdient haben. Hierzu zählen die Nummern 91 (Der Streitwerder [das sind die Sürewiesen] bei Quitzöbel), 99 (die erhängten Mönche im Havelberger Dom) und 144 (Pestkranke, die sich an die Pfeiler der Perleberger Kirche gekrallt haben sollen). Darüber hinaus gibt es einige Notizen, die den geschichtlichen Tatsachen geradezu widersprechen und ohne Schaden für die Erzählung

hätten korrigiert werden können. Dies gilt für die späte Existenz des Klosters in Lenzen (Nr. 54 und 73), für die höchst fragwürdige Umdeutung des Quitzowsteins in Legde (Nr. 87), für den 948 bekanntlich nicht mehr regierenden Karl den Großen (Nr. 143) und für das Geburtsjahr des Gysel van Lier (1593, nicht 1580, siehe Sage Nr. 67). Auch befindet sich das Grab des Havelberger Bischofs Johann Wöpelitz natürlich nicht im Hochaltar, sondern im Hohen Chor des Domes (Nr. 108). Ganz willkürlich ist schließlich auch auf S. 37 die Deutung des lateinischen Sonntagsnamens „Quasimodogeniti“, der nichts mit Treue zu tun hat, sondern mit der deutschen Bedeutung „wie die neugeborenen Kinder“ auf den 1. Petrusbrief (Kapitel 2, Vers 2) zurückgeht. Nun kann man sich zu Recht fragen, ob die Sagen auch einen geeigneten Zugang zur Geschichte einer Region darstellen. Sicherlich sind sie dazu angetan, gerade bei auswärtigen Besuchern Interesse zu wecken. Sagenbücher haben in der Gegenwart nicht zufällig Konjunktur. Wer eine Antwort auf diese Frage geben will, darf freilich nicht in jeder Sage nach einem historischen Kern suchen, so sehr zum Beispiel die Geschichten um das Königsgrab Seddin auch dazu verleiten. Eine solche Vorgehensweise würde nämlich gerade die Eigentümlichkeiten dieser literarischen Gattung mißachten. Vielmehr geben die Sagen, ebenso wie die eng damit verknüpften abergläubischen Bräuche, Aufschluß über ganz andere Dinge. Vor allem die Volkskunde wird sich der Sagen als eigentümliche Quelle bedienen. Auch ist nicht zu übersehen, daß zahlreiche Sagen eine religiöse (wenn auch meist nicht christliche) Dimension haben. Bestimmte Typen oder Motive kehren in den Sagen immer wieder. Hierzu gehören Spukgeschichten, Strafwunder, Erzählungen von vergrabenen Schätzen oder von gespenstischen Menschen und Tieren sowie ätiologische Sagen, die Namen von Orten und Familien erklären wollen.

Aus diesen Beobachtungen heraus sei der Wunsch mit auf den Weg gegeben, die gesammelten und nach geographischen Gesichtspunkten angeordneten Sagen wenigstens durch ein Sachregister auch inhaltlich zu erschließen. Vorbild dafür könnten die Sagen der Altmark sein, die Alfred Pohlmann 1901 herausgegeben und nach einem sehr überzeugenden Schema systematisch untergliedert hat. Bei einer wünschenswerten zweiten Auflage der vorliegenden Sammlung könnten einige kleine Versehen berichtigt werden (Nr. 60: Wichard, nicht Richard von Möllendorf, Nr. 89 meint Roddahn und nicht Roddan, Nr. 117: Schöppenstedt statt Schöppstaedt, Nr. 129: Guhlsdorf statt Gulsdorf), Nr. 130: Superintendent Niese, nicht Riese), ebenso etliche andere Druckfehler. Auch das Satzbild und die Titelaufnahmen des Literaturverzeichnisses könnten verbessert werden (zum Beispiel S. 156 Nr. 57: R[ichard] Rudloff, nicht R. Rudolff). Ferner gehört das Inhaltsverzeichnis ganz an den Anfang oder ganz an den Schluß eines Buches. Ungeachtet dieser kleinen Einwände ist dieser Sagensammlung eine weite Verbreitung zu wünschen. Gewiß werden sich aber auch ohne diese Empfehlung genügend Liebhaber finden, die diese Sagen mit Vergnügen lesen.

Uwe Czubatynski (Rühstädt)

## Brandenburgische Denkmalpflege Heft 2 (2000)

Im Berliner Verlag Willmuth Arenhövel erscheint die reich bebilderte Halbjahresschrift "Brandenburgische Denkmalpflege", die vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege herausgegeben wird. Sie bietet dem interessierten Leser ein breites Spektrum an Themen zur Denkmalpflegearbeit im Lande, wobei die Prignitz in vielen Beiträgen erwähnt ist. Dazu soll ein Blick in das Heft 2/2000 geworfen werden, das zehn Beiträge enthält. Darunter sind sieben, die das Schloß Demerthin zum Inhalt haben. Sie beschäftigen sich mit der Bauforschung, dem Dach, den Fassaden und ihrer naturwissenschaftlichen Untersuchung. Georg Frank beschreibt die Sanierung des Schlosses. Peter Berg, Monika Loddenkemper und Betty Müller legen die Forschungsergebnisse zu den baulichen Wandlungen, die im 17. und 18. Jahrhundert am Schloß passierten, sowie die Geschichte der Besitzer dar – der Familie von Klitzing, die seit 1237 in der Prignitz erwähnt wird. 1438 wurde sie mit Demerthin belehnt.

Aufgrund dendrochronologischer Untersuchungen an den Jahresringen des verbauten Holzes kann die Bauzeit des heutigen Schlosses auf die Jahre 1599 bis 1602 datiert werden. Ein wesentlich kleinerer Vorgängerbau wurde dabei einbezogen. An ihn erinnern im Erdgeschoß zwei Räume, die ein Sternrippengewölbe mit wappenartigen Schlußsteinen aufweisen. Dazu passen auch die hier im Mauerwerk verwendeten Klosterformatsteine. Der Vorgängerbau könnte 1525 errichtet worden sein. Erstaunlich ist, daß in den späteren Jahrhunderten keine Anbauten oder gravierenden Veränderungen am blockhaft wirkenden, schmucklosen, quaderförmigen Baukörper erfolgten – diese passierten nur im Inneren.

Das Schloß Demerthin gilt heute als eines der wenigen in seiner äußeren Renaissancegestalt erhaltenen Herrenhäuser des Landes Brandenburg. Es wird durch den sechseckigen Turm und die auffällige Dachgestalt charakterisiert. Ein Sandsteinwappen über dem Portal des Turmes weist die Zahl 1604 auf. Die Bauuntersuchung ergab, daß das Schloß kein sogenanntes „festes Haus“ war. Als Beweis führen die Autoren an, daß die Demerthiner Außenmauern deutlich dünner sind als bei den im Grundriß gleich großen Schlössern von Badingen und Königs Wusterhausen. Zum anderen weisen die Umfassungsmauern der älteren Gewölberäume eine geringere Dicke als das übrige jüngere Mauerwerk auf. Erdgeschoß und erstes Obergeschoß sind aus bis zu 1,2 Meter dicken Außenmauern in Feldstein mit Ziegelsteinlagen errichtet worden. Das Dachgeschoß besteht aus steinern verblendetem und ausgefächtem Holzgefüge. Der Treppenturm weist ein Mischmauerwerk aus Feld- und Backstein auf. Wände, Decken und alle Holzkonstruktionen wurden vollständig überputzt. 1699 begannen bauliche Veränderungen des Raumkonzeptes: der einzige große Saal im Erdgeschoß wurde durch Einziehen von Zwischenwänden aufgegeben. 1908 wurde der Schloßhof durch zweigeschossige Flügelbauten eingefasst, wovon heute nur noch einer erhalten ist. 1945 folgte die Enteignung; Demerthin diente als Versorgungsgut der Sowjetarmee und anschließend der Gemeinde für verschiedene zivile Nutzungen. 1992/93



wurde der Turm gesichert und saniert. Zwischen 1997 und 1999 folgten Dach, Wände und Decken, auch wurde die Fassade neu verputzt. Georg Frank stellt abschließend fest: „Auch wenn die akute Gefahr für das Schloß seit der Instandsetzung von Dach und Außenhaut nicht mehr besteht, führt die nun schon Jahre andauernde Nichtnutzung zu einer Gefährdung des bisher Erreichten. Es ist daher dringend zu wünschen, daß eine langfristig tragfähige Nutzung gefunden wird.“

Wolfram Hennies (Perleberg)

## **Protokoll der Mitgliederversammlung**

Perleberg, 27. Oktober 2001. Ort: Hotel Deutscher Kaiser.

Die auf der Einladung zur Jahreshauptversammlung ausgeschriebene Tagesordnung wurde mit geringen Änderungen (Zusammenfassung von TOP 3 und 6) genehmigt.

TOP 1 Begrüßung: Es waren 25 Mitglieder anwesend. Eine gesonderte Feststellung der Beschlußfähigkeit war laut Satzung nicht notwendig, da durch den Schriftführer ordnungsgemäß eingeladen worden war und keine Satzungsänderung vorgesehen war.

TOP 2 Bericht des Vorstandes: Prof. Dr. von Barsewisch berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahr. Hervorgehoben wurde insbesondere die Frühjahrsexkursion nach Heiligengrabe und ein Gespräch mit dem Kultusministerium zwecks Unterstützung der Vereinsarbeit. Die Termine für 2002 waren bereits auf der Einladung mitgeteilt worden. Der Verein umfaßt derzeit rund 60 Mitglieder.

TOP 3 Bericht des Schatzmeisters: Herr v. Saldern berichtete über den Eingang der Mitgliedsbeiträge, die Anerkennung der Förderwürdigkeit des Vereins durch das Finanzamt Pritzwalk sowie über den Eingang von 520,- DM Spenden im Jahre 2000. An Ausgaben wurden erwähnt die Geschäftskosten sowie die Kosten für den Druck des ersten Mitteilungsbandes.

TOP 4 Bericht und Wahl der Kassenprüfer: Frau Neumann berichtete über ihre Einsichtnahme in die Kassenunterlagen und Kontoauszüge. Es ergaben sich keinerlei Beanstandungen. Die Entlastung des Schatzmeisters erfolgte daraufhin ohne Gegenstimme mit einer Enthaltung. Als Kassenprüfer für das kommende Jahr wurden Frau Neumann und Dr. Hermann einstimmig wiedergewählt.

TOP 5 Entlastung des Vorstands: Obwohl die Notwendigkeit einer Entlastung nicht klar genug aus der Satzung ersichtlich ist, wurde der Vorstand durch Abstimmung mit einer Enthaltung für das Jahr 2000 entlastet.

TOP 6 Änderung des Mitgliedsbeitrages: Durch den Schatzmeister wurde der Mitgliederversammlung vorgeschlagen, den Mitgliedsbeitrag ab 2002 geringfügig zu erhöhen und auf 25,- Euro festzusetzen. Der Vorschlag wurde ohne Gegenstimme angenommen.

TOP 7 Bericht über Vorhaben: Dr. Czubatynski berichtete über die inhaltliche Planung für den zweiten Mitteilungsband, der unter anderem die in Heiligengrabe gehaltenen Vorträge enthalten soll. Darüber hinaus sind eine Reihe von Vereinen ange-

sprochen worden, sich selbst vorzustellen. Im Zuge einer Spendenwerbeaktion sind eine erhebliche Menge Faltblätter verteilt worden. In 2001 sind bisher 2.400,- DM Spenden und 600,- DM weitere Drittmittel eingeworben worden. Eine Internetseite über den Verein befindet sich über die Homepage des 1. Vorsitzenden im Aufbau.

TOP 8 Sonstiges: Frau Reichel unterbreitete den Vorschlag, auf der nächsten Hauptversammlung die Prignitzer Museen vorzustellen. Herr Seier hat sich erboten, einen archäologischen Beitrag für die Frühjahrsexkursion zu liefern.

Versammlungsleiter und Protokollant: Dr. Czubatynski

**Kassenbericht für das Jahr 2000**

## 1) Entwicklung des Vereinsvermögens:

Bestand am 1. Januar 2000:	1.235,25 DM
- Einnahmen:	3.090,00 DM
davon:	
Mitgliedsbeiträge	2.040,00 DM
Spenden	520,00 DM
Überschuß Exkursion	530,00 DM
- Ausgaben:	661,67 DM
davon:	
Büromaterial, Porto	244,83 DM
Fahrtkosten	245,44 DM
Honorar Exkursion	150,00 DM
Bankgebühren	21,40 DM
Bestand am 31.12.2000:	3.663,58 DM

## 2) Mitgliedsbeiträge:

Beitrag-Soll 1999 = 32 x 40,- DM: 1.280,- DM  
 Beitrag-Soll 2000 = 56 x 40,- DM: 2.240,- DM

Bis auf wenige Ausnahmen haben sich alle Mitglieder dem Bankeinzugsverfahren angeschlossen, was dem Schatzmeister die Arbeit sehr erleichtert. Auf Beschluß der Mitgliederversammlung werden die Beiträge ab 2002 festgesetzt auf 25,- Euro pro Jahr.

## 3) Spenden:

Im Jahr 1999 gingen 1.035,- DM an Spenden ein, im Jahr 2000 waren es 520,- DM. Spendenbescheinigungen für Spenden ab 100,- DM werden vom Schatzmeister automatisch, für Beträge darunter nur auf besondere Aufforderung ausgestellt, und zwar jeweils im Januar des dem Spendenjahr folgenden Jahres. Gemäß vorläufigem Bescheid des Finanzamts Pritzwalk vom 4. November 1999 (Steuer-Nr. 054/140/08838),

geändert am 19. September 2000 ist der Verein als gemeinnützig und besonders förderungswürdigen (wissenschaftlichen) Zwecken dienend anerkannt. Der Verein bleibt für seine verschiedenen Aktivitäten auf Spenden von Mitgliedern und Sponsoren angewiesen.

### **Kassenbericht für das Jahr 2001 (ungeprüft)**

Entwicklung des Vereinsvermögens:

Bestand am 1. Januar 2001:	3.663,58 DM
- Einnahmen:	7.785,00 DM
davon:	
Mitgliedsbeiträge	3.160,00 DM
Spenden	2.860,00 DM
Drittmittel	600,00 DM
Überschuß Exkursion	680,00 DM
Verkauf Mitteilungen	485,00 DM
- Ausgaben:	4.509,64 DM
Druck Mitteilungen	2.377,54 DM
Büromaterial, Porto	722,24 DM
Fahrtkosten	825,36 DM
Honorare Exkursion	300,00 DM
Mitgliederversammlung	105,80 DM
Mitgliederwerbung	142,00 DM
Bankgebühren	24,90 DM
Recht und Beratung	11,80 DM
Bestand am 31.12.2001:	6.938,94 DM

=====

Achaz von Saldern, Schatzmeister

### **Richtlinien für Autoren**

In den Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Prignitz werden in erster Linie bisher unveröffentlichte Forschungen zur Regionalgeschichte gedruckt, die wissenschaftlichen Anforderungen genügen. Mit dem Abdruck gehen alle Urheberrechte an den Verein über. Wiederabdrucke an anderem Ort bedürfen daher der schriftlichen Zustimmung des Vereins. Unverlangt eingesandte Manuskripte können nur zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Für sie wird keine Haftung übernommen.

Die zur Veröffentlichung bestimmten Beiträge sind als Papierausdruck (einseitig, anderthalbzeilig) und auf Diskette bis spätestens 31. Dezember für das Folgejahr beim Herausgeber einzureichen. Über den Abdruck entscheidet der Vorstand. Die Datei muß für Word für Windows kompatibel oder im RTF-Format abgespeichert sein. Alle Formatierungen und Trennzeichen sind zu löschen. Der Umfang sollte einschließlich Fußnoten und eventuellen Abbildungen 30 Manuskriptseiten nicht überschreiten. Auf ausdrücklichen Wunsch hin haben die Autoren die Möglichkeit, eine Umbruchkorrektur zu lesen. Die Verfasser erhalten ein Belegexemplar des Mitteilungsbandes und können darüber hinaus Autorenexemplare mit einem Rabatt von 10 % beziehen.

Für das Zitieren von Literatur sind folgende Hinweise bei der Titelaufnahme zu beachten: Vornamen sollen nicht abgekürzt werden; Reihentitel stehen am Ende der Titelaufnahme. Verlagsangaben entfallen, sofern der Titel nicht für eine Rezension oder für die Bibliographie bestimmt ist. Nicht auf dem Titelblatt stehende Angaben sind in runde Klammern zu setzen. Ergänzungen, die nicht aus dem Buch selbst zu ermitteln sind, werden in eckige Klammern gesetzt. Beispiel für das Zitieren einer Monographie: Johannes Schultze: Die Prignitz. Aus der Geschichte einer märkischen Landschaft. Köln, Graz 1956, S. 250 (Mitteldeutsche Forschungen; 8). Bei Aufsätzen ist analog zu verfahren und der Umfang korrekt anzugeben (nicht: S. 50 ff.). Beispiel für das Zitieren eines Aufsatzes: Günther Seier: Aus der Geschichte des Perleberger Bieres. in: Prignitzer Heimat Nr. 1 (1987), S. 32 - 33. In den Fußnoten muß bei mehrfach zitierten Titeln korrekt zurückverwiesen werden (nicht: a. a. O. oder ebenda). Abkürzungen sind nach Möglichkeit zu vermeiden oder bei der ersten Verwendung aufzulösen.

## Bibliographie zur Geschichte der Prignitz

Zusammengestellt von Uwe Czubatynski

10 Jahre meyenburger Möbel. (Meyenburg 2000). 24 S. m. Abb.

675 Jahre Lanz 1325 - 2000. (Redaktion: Siegfried Melchert). Lanz bei Lenzen/Elbe: Friedrich-Ludwig-Jahn-Gedenkstätte (2000). 56 S. m. Abb.

1050 Jahre Havelberg 948 - 1998. Festschrift & Programm. Redaktion: Hannes Warnstedt, Torsten Buchholz, Detlef Tusk, Fritz Klitsch. Havelberg: Stadtverwaltung 1997. 24 S. m. Abb.

1899 – 1999. 100 Jahre Katholische Kirche in Meyenburg. o. O. (1999). 44 S. m. Abb.

Albrecht, J[ulius]: Chronik von Flecken Zechlin und den umliegenden Ortschaften. Zechlin 1904. 139 S.

Reprint Karwe: Edition Rieger [2001]

Amt Lenzen-Elbtalae. Wichtiges und Nützliches für Gäste und Bürger. (Nordhorn: BVB-Verlagsgesellschaft 1999). 24 S. m. Abb.

Amt Meyenburg. Informationen für Bürger und Gäste. (Nordhorn: BVB-Verlagsgesellschaft 1997). 16 S. m. Abb.

Amt Meyenburg. Wichtiges und Nützliches für Gäste und Bürger. (Nordhorn: BVB-Verlagsgesellschaft 2000). 24 S. m. Abb.

Amt Putlitz-Berge. Informationen. (Nordhorn: BVB-Verlagsgesellschaft 1999). 16 S. m. Abb.

Bauchspies, Walter / Brockmann, Wolfgang / Jünemann, Klaus / Müller, Heiko / Radke, Detlef: Das Prignitzer Schmalspurnetz. (Hrsg.: Prignitzer Kleinbahnmuseum Lindenberg e. V.) (Schwerin 1997). 160 S. m. Abb.

BBZ forum. (Zeitung des Beruflichen Bildungszentrums der Prignitzer Wirtschaft e. V.). Wittenberge Nr. 1 (2001) ff.

Bransch, Günther: Abschied von Äbtissin von Werthern [geb. Kassel 27. 1. 1913, gest. 14. 3. 1996]. in: Berlin-Brandenburgisches Sonntagsblatt / Die Kirche 2 (1996) Nr. 13 vom 31. März, S. 6 m. Abb. [und Todesanzeige ebenda, S. VII]

Buchholz, Hans-Joachim: Die Schäfer in der Prignitz. Ein Projektbericht. in: Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg / Archivbericht Nr. 11 (1999), S. 100 - 101

Buchholz, Hans-Joachim: Hirten in der Prignitz: Anfang des 16. Jahrhunderts bis Ende des 19. Jahrhunderts. [Marburg] 2001 (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für mitteldeutsche Familienkunde; 96)

Czubatynski, Uwe: Rede zur Einweihung des Kirchturms in Abbendorf am 19. 5. 2001 [und] Daten zur Orts- und Kirchengeschichte von Abbendorf. in: Amtsblatt für das Amt Bad Wilsnack / Weisen 6 (2001) Nr. 6 vom 20. 6., S. 3 - 4

Czubatynski, Uwe: Sein Hauptwerk: Kirchengeschichte. Zur Erinnerung an den Historiker Ludwig Lehmann, Pfarrer in Wittenberge von 1909 bis 1937. in: Prignitzer Heimat H. 30 (2001), S. 14 - 15

Draheim, Hans-Georg: Historische Notizen zu Eldenburg Teil 1 - 4. in: Prignitzer Heimat H. 27 (2000), S. 12 - 13, H. 28 (2000), S. 12 - 13, H. 29 (2001), S. 12 - 13 und H. 30 (2001), S. 12 - 13

Eickelkamp, Barbara / Glöde, Anja: Entwicklungskonzept Nordwestbrandenburgisches Freilichtmuseum. Dorfentwicklung und Museumsplanung in der Gemeinde Demerthin. Bochum: Selbstverlag 1994. 291 S., 43 Abb., 3 Tab., 6 Ktn., 44 Abb. (Zugl. Bochum, Universität, Fak. 17: Geowissenschaften, Dipl.-Arb.)  
Rez. von Hans-Friedrich Kniehase in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 52 (2001), S. 207 - 209

Enders, Lieselott: „aber diese junge Kerls sind so wanckelmutig, das sie baldt Merckisch, baldt Mechelburgisch sein wollen“. Grenzfälle in der frühneuzeitlichen Prignitz. in: Festschrift für Gerhard Heitz zum 75. Geburtstag. Hrsg. von Ernst Münch und Ralph Schattkowsky. Rostock 2000, S. 339 - 369 (Studien zur ostelbischen Gesellschaftsgeschichte; 1)

Enders, Lieselott: Schicksale Heiligengraber Klosterfrauen in nachreformatorischer Zeit. in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 52 (2001), S. 63 - 80

Europäisches Storchendorf Rühstädt. Ein Dorf im Einklang mit der Natur. (Informationsblatt des Storchencclubs Rühstädt e. V. Verantwortlich für den Inhalt: Artur Labrenz). (Schwerin [1998]: Obotritendruck). 28 S. m. Abb.

Falkenhausen, Elisabeth von: Die Prignitz entdecken. Natur und Kultur einer Region. Berlin: Bäßler (2001). 183 S. m. zahlr. Abb.

Fendt, Matthias / Seier, Günther: Ein weiteres Steinhaus aus dem Mittelalter ? Kreuzgewölbe-Keller in der Krämerstraße 3 in Perleberg, Landkreis Prignitz. in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1998, Stuttgart 1999, S. 126 - 127 m. Abb.

Festschrift vom 150. Gründungstag der Stiftsschule Kloster zum Heiligengrabe am 8. Juni 1997. Blumenthal 1997: Liebenow. 63 S. m. Abb.

Festschrift zur 575-Jahr Feier [!] von Berge, Prignitz. 1422 - 1997. [Umschlagtitel:] 575 Jahre Berge 1422 - 1997. (Hrsg. von der Gemeinde Berge. Autoren: Edeltraud Pawelka u. a.). (Berge 1997). 127 S. m. Abb.

Fincke, Hans-Joachim: Der Dom zu Havelberg. 4., völlig neu bearb. Aufl. München: Dt. Kunstverlag 1999. 39 S. m. Abb.

Fischer, Wolfgang: Alte Zierpflanzen auf Kirchhöfen. in: Gartenkunst in Brandenburg und Berlin. Potsdam 2000, S. ?



Foelsch, Torsten: Chronik der Familie von Jagow. Mit Beiträgen von Sophie von Jagow, Anna von Jagow, Gottlieb von Jagow, Anna Schnurre, geb. von Jagow und Georg von Jagow sowie zwei Aufsätzen von Carl und Günter von Jagow. Für den Familienverein von Jagow bearbeitet. Groß Gottschow 1999. 60 S. m. Abb. (mschr. vervielf.)

Friedrich, Verena / Wildhagen, Harald: Dom zu Havelberg. Passau: Peda 1994. 30 S. m. Abb. [2. unveränd. Aufl.] 1997

Geschäftsbericht Volks- und Raiffeisenbank Prignitz eG 2000. Perleberg 2001. 30 S. + [6] Bl. Jahresabschluss

Goralczyk, Peter / Olk, Detlev von: Kyritz: Das Franziskanerkloster – Eine Wiederentdeckung. in: Brandenburgische Denkmalpflege 9 (2000) H. 2, S. 74 - 89 m. Abb.

Gram, Karl-Erich: Perleberg. Eine märkische Kreisstadt. Perleberg – Höhen und Tiefen in der Stadtgeschichte. Wissenswertes und Unterhaltsames chronologisch zusammengefaßt. Perleberg: (Selbstverlag) 1998. 83 S. m. Abb.

Gressel, Hans: Die Stadt Kyritz. Entwicklung, Verfassung und Wirtschaft bis zur Städteordnung 1808/09. [Phil. Diss. Berlin] 1939. 158 S. Reprint Kyritz, Neustadt an der Aisch 1996

Grüneberg, Arthur: Admiral Arnold Gysels van Lier (1593 - 1676). Sein Wirken in Lenzen zum Wohle der Stadt und ihrer Bewohner. in: Mitteilungsblatt der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg 101 (2000), S. 73 - 80 (= Nr. 3)

Havelberg - kleine Stadt mit großer Vergangenheit. Halle: Mitteldeutscher Verlag 1998. 215 S. m. Abb.

Hensel, Nicola: 800 Jahre auf 700 Quadratmetern [Ausgrabungen in der Altstadt von Kyritz]. in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 6 (1999), Stuttgart 2001, S. ?

Hinz, Michael: Notizen zur Presbyterologie der Prignitz, 1933 - 1945. in: Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg / Archivbericht Nr. 12/13 (2000), S. 201 - 218

Hoche, Corrie: Stickmustertücher aus Altmark und Prignitz. Gemeinschaftsprojekt des Museumsverbundes Altmark und der Museen Havelberg, Perleberg, Genthin und Haldensleben. Hrsg.: Kreisheimatmuseum Osterburg. o. O. [1995]. 35 S. m. Abb.

Jaeger, Thomas: Die Prignitz in der spätrömischen Kaiserzeit. Besiedlungsgeschichtliche Untersuchungen unter Einschluß der angrenzenden mecklenburgischen Gebiete. in: Ethnographisch-archäologische Zeitschrift 40 (1999), S. 513 - 553

Jahrbuch des Prignitzer Heimatvereins Wittenberge e. V. 1 (2001). 148 S. m. Abb.

Kunst, H.-J.: Friedrich Wilhelm IV. als Auftraggeber von Bahnhöfen und Brücken. Das Beispiel Wittenberge. in: Jahrbuch Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg 1 (1995/96), Berlin 2000, S. 167 - 179

Die Kunstdenkmäler des Kreises Ostprignitz. Bearb. von Paul Eichholz, Friedrich Solger, Willy Spatz. Berlin 1907: Voss. LI, 312 S. m. 3 Karten, 49 Tafeln, 375 Abb. Reprint Berlin, Karwe bei Neuruppin: Edition Rieger 2001

Landkreis Prignitz: Informationen. (Hrsg.: Kreisverwaltung Prignitz. Mering: Weka-Verlag 1999). 108 S. m. Abb.

Landkreis Prignitz: Statistisches Jahrbuch 1997. Perleberg 1998. 205 S.

Meier, Hubert: Chronik der Dörfer Eldenburg, Seedorf, Moor und Breetz. o. O. 1996. 96 S. m. Abb.

Michas, Uwe: „Die olde Stadt Freyenstein“. in: Die Mark Brandenburg H. 40 (2001), S. ?

Muchow, Heinz: Wie sich das Ackerbürgerstädtchen Wittenberge zu einer Industriestadt entwickelte. Wittenberge 2001. 164 S. m. Abb.

Nitzow im Wandel der Zeiten. Festschrift anlässlich der 1050-Jahrfeier. (Nitzow 1998). 41 S. m. Abb.

Nutzenbilanz 1998. Sparkasse Prignitz. (Pritzwalk 1998: Koch). 27 S. + 8 S. Jahresabschluß

Ornithologische Mitteilungen aus der Prignitz H. 12/13 (2001). 31 S.

Ostprignitz-Ruppin. Jahrbuch 10 (2001). 223 S. m. Abb.

Pauli, Frank: 1050 Jahre – Mehr oder weniger ? Die Bistümer Brandenburg und Havelberg in neueren Veröffentlichungen. in: Herbergen der Christenheit 24 (2000), S. 7 - 15

Pape, Uwe: Friedrich Hermann Lütke Müller. 2., erw. Aufl. (Berlin: Pape 2001). 347 S. (Norddeutsche Orgelbauer und ihre Werke; 1) (Internationale Arbeitsgemeinschaft für Orgeldokumentation; 2. Veröffentlichung)

Pawelka, Edeltraud / Foelsch, Torsten: Land und Leute in der Prignitz. Erfurt: Sutton 2001. 128 S. m. 221 Abb. (Archivbilder)

Polthier, Wilhelm: Geschichte der Stadt Wittstock. Berlin: Safari-Verlag in Komm. 1933. 375 S. Reprint Berlin, Karwe bei Neuruppin: Edition Rieger 2001

Preußens FrauenZimmer. Hrsg. im Auftrag des Kloster Stifts zum Heiligengrabe von Ursula Röper, Simone Oelker, Astrid Reuter. (Berlin): Henschel (2001). 143 S. m. Abb.

Prignitz-Museum Havelberg. Kurzführer durch die Abteilungen. Halle 1996. 15 S. m. Abb.

Putlitz 948 – 1998. 1050 Jahre. (Hrsg.: Gewerbeverein der Stadt Putlitz e. V.) (Pritzwalk 1998: Koch). 50 S. m. Abb.

Rehberg, Rolf: Albert Guthke – Zum Gedenken an den Gründer des Heimatmuseums Pritzwalk. in: Pritzwalker Heimatblätter H. 9 (2000), S. 31 - 37 m. Abb.

- Reichel, Antje: Glasmalerei im Dom zu Havelberg. Halle: Edition Stekofoto 1996. 31 S. m. Abb.
- Schmitt, Reinhard: Bauuntersuchungen im Kapitelsaal des Havelberger Domstifts. in: Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt 3 (1995) H. 1, S. 53 ff.
- Seier, Günther: Notbergung am Großen Markt in Perleberg, Westprignitz. in: Ausgrabungen und Funde 39 (1994) H. 2, S. 92 - 100 m. Abb.
- Seier, Günther: Alte Fachwerkbauten in Perleberg. in: Die Mark Brandenburg H. 14 (1994), S. 10 - 15 m. Abb.
- Seier, Günther: Eingeschnitten für die Ewigkeit. Fachwerkinschriften in Mödlich. in: Die Mark Brandenburg H. 14 (1994), S. 20 - 23 m. Abb.
- Seier, Günther: Vom Willkomm bis zum Nachtgeschirr. Zinngießer in Perleberg. in: Die Mark Brandenburg H. 17 (1995), S. 6 - 10 m. Abb.
- Seier, Günther: Spruchtöpfe der Prignitz. Blumenthal und seine Töpfer. in: Die Mark Brandenburg H. 17 (1995), S. 18 - 21 m. Abb.
- Seier, Günther: Archäologische Untersuchungen in der Altstadt von Perleberg, Landkreis Prignitz. in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1990 - 1992, Stuttgart 1995, S. 77 - 79 m. Abb.
- Seier, Günther: Ein Steinhaus in der Fachwerk-Stadt ? Ergebnisse einer Dokumentation am Kirchplatz 12 in Perleberg, Landkreis Prignitz. in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1993 - 1994, Stuttgart 1996, S. 115 - 117 m. Abb.
- Seier, Günther: Roland, Marktbuden und Paraden. Der Große Markt in Perleberg. in: Die Mark Brandenburg H. 25 (1997), S. 4 - 8 m. Abb.
- Seier, Günther: Bohlenwege und Knüppeldämme. Mittelalterliche Straßen in Wittenberge, Landkreis Prignitz. in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1995 - 1996, Stuttgart 1997, S. 147 - 149 m. Abb.
- Seier, Günther: Feuer in der Backstube. Ein Ofen mit verkohlten Getreideresten aus der Innenstadt von Perleberg, Landkreis Prignitz. in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1995 - 1996, Stuttgart 1997, S. 150 - 151 m. Abb.
- Seier, Günther: Aus Erdgeschoss wurde Keller. Grabungsergebnisse am Großen Markt 4 in Perleberg, Landkreis Prignitz. in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1997, Stuttgart 1998, S. 108 - 109 m. Abb.
- Seiler, Hans: Prignitz – Wanderland. Mit Skizzenblock und Malbuch unterwegs. [Wittstock]: Gudrun Dochow Verlag (1998). 48 S. m. Abb.
- Vogel, Werner: Dr. Wilhelm Polthier – Leben und Werk. in: Ostprignitz-Ruppin. Jahrbuch 10 (2001), S. 112 - 118 m. Abb.

Von Dudo bis Anselm. Jubiläumsschrift anlässlich der Domweihe im Jahre 1170. Havelberg: Heimatverein / Prignitz-Museum 1995. 84 S. m. Abb. (Havelberger regionalgeschichtliche Beiträge; 4) [Enth. S. 4 - 23: Torsten Buchholz, Die Havelberger Bischöfe von Dudo bis Gumpert und ihre Zeit (946/48 - 1125). S. 25 - 54: Jay T. Lees, Wer war Anselm von Havelberg ? und S. 55 - 83: Hanns-Joachim Fincke, Wie alt ist der Havelberger Dom ?]

Wilcke, Wolfgang / Zellmer, Kurt: Erinnerungen an die Wende 1989/90 in Wittstock/Dosse. [Wittstock] 1999. 72 S.

Wildgruber, Vera (Hrsg.): Elbische Impressionen. Gedichte und Erzählungen von der Quelle der Labe bis zur Elbmündung. (Rühstädt): Verlag am Brink [1997]. 153 S. m. Abb.

Wildhagen, Harald / Buchholz, Torsten: Der Lettner im Dom zu Havelberg. Halle, Zürich: Stekovics 1995. 31 S. m. Abb.

Zellmer, Kurt: Die St. Marienkirche zu Wittstock. 2. Aufl. München, Berlin: Deutscher Kunstverlag 1998. 19 S. (Große Baudenkmäler; 428)

Zellmer, Kurt: Ein spätmittelalterlicher Bibelschatz in Wittstock. in: Ostprignitz-Ruppin. Jahrbuch 7 (1998), S. 38 - 39

Zellmer, Kurt: Bischofsgrüfte und Grabstätten in der Wittstocker St. Marienkirche. Eine interessante Spurensuche. in: Ostprignitz-Ruppin. Jahrbuch 9 (2000), S. 100 - 105 m. Abb.

Zellmer, Kurt: Die Wittstocker Bischofschronik des Joachim Conrad Stein vom Jahre 1697. Übertragung / Übersetzung von Kurt Zellmer. (Wittstock 2000). IX S., Bl. 1 - 111, S. 112 - 127, 1 Kte. (mschr. vervielf.)

Zellmer, Kurt: „Ihr Schall geht aus in alle Welt“. Inschriften und Schicksale der Glocken von St. Marien in Wittstock. in: Ostprignitz-Ruppin. Jahrbuch 10 (2001), S. 108 - 111 m. Abb.

Zoellner, Alfred: Anlage zum Führer durch den Dom. Enthält: Grundriß der Domanlage von Havelberg nebst einer Nachweisung sämtlicher sich im Dom befindenden Kunstgegenstände [und] Synchronistische Tabelle zur Geschichte des Bistums und des Domkapitels von Havelberg. Reprint der Ausgabe von 1897. Wettin: Stekovics 1997

Zwischen Elbfähre und Hünengrab. Integrierte ländliche Entwicklung in der Lenzener Elbtalaue. Entwürfe, Erfahrungen, Vorgehensweisen. Lenzen: Amt Lenzen-Elbtalaue (1995). 134 S. m. Abb., 1 Kte.

[Anzeige Nickel und Weger, Legde]

**Danksagung**

Wir danken den nachfolgenden Personen und Firmen sehr herzlich, die im Jahr 2001 mit ihren Spenden die Arbeit des Vereins, vor allem die Drucklegung des vorliegenden Bandes der Mitteilungen, wesentlich unterstützt haben. Die Namen der Spender sind in der Reihenfolge des Eingangs der Spenden folgende:

Prof. Dr. Gisbert zu Putlitz, Heidelberg

Haide zu Putlitz, Heidelberg

Dr. Jasper zu Putlitz, Berlin

Hansjoachim von Wartenberg, Sindelfingen

Ingeburg von Karstedt-Gerngroß, München

Firma Detlef Grünberger, Kletzke

Antiquariat Hennwack (Harald Hentrich), Teetz

Dr. med. Rainer Vetter, Bad Wilsnack

Firma Schwan Gerüstbau, Bad Wilsnack

Baldur Liese, Kaiserslautern

Löcknitzbau GmbH, Lenzen

Drs. med. Eckhard und Inge Dzikus, Lenzen

Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, Berlin

Firma Hans Nickel & Siegfried Weger GbR, Legde

Bernd Janowski, Berlin

Edition Rieger, Karwe

Volks- und Raiffeisenbank Prignitz, Perleberg

Fährbetrieb Erich Butchereit, Lenzen

[Anzeige Georg Grüneberg, Lenzen]

**Aufnahmeantrag**

Bitte dieses Formular kopieren, in Druckschrift ausfüllen und absenden an den Schriftführer des Vereins, Herrn Dr. Clemens Bergstedt, Wolfgang-Staudte-Str. 9, 14480 Potsdam.

Vorname und Name:

Anschrift:

Geburtsdatum:

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 25,- Euro und ist bis zum 31. Januar eines Jahres zu entrichten an:

Verein für Geschichte der Prignitz  
Sparkasse Prignitz  
BLZ 16 05 01 01  
Konto Nr. 13 11 00 88 09

Wenn Sie mit dem dringend erwünschten Bankeinzug des Mitgliedsbeitrags einverstanden sind, geben Sie bitte Ihre eigene Kontoverbindung an:

Kreditinstitut:

Bankleitzahl:

Kontonummer:

Ort, Datum:

Unterschrift: